



<i>Bodenpolitik:</i>	
<i>Grundsteuerreform gegen Umverteilung</i>	32
<i>Stadtentwicklung:</i>	
<i>Renditeerwartungen contra Gemeinwohl</i>	36
<i>Bundestagswahl:</i>	
<i>Bestes Ergebnis im Wahlkreis 226</i>	52

Das ÖDP-Journal
Nr. 175 November 2017

Ökologie Politik

Artikel Diskussion Lesen Bearbeiten Mehr

Als **Fake News** (auch *Fake-News* oder *Fakenews*^[1]; englisch: *fake news* [ˈfɛɪk(ˈ)njuːs]) werden manipulativ verbreitete, vorgetäuschte Nachrichten^[2] oder Falschmeldungen bezeichnet, die sich überwiegend im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken und anderen sozialen Medien zum Teil viral verbreiten, und mitunter auch von Journalisten aufgegriffen werden. Zunehmend wurde *Fake News* auch zu einem politischen Schlagwort und Kampfbegriff. Der Rechtschreibduden, der den Begriff 2017 in die 27. Ausgabe aufnahm^[3], definiert ihn als „umgangssprachlich für in den Medien und im Internet, besonders in den Social Media, in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen“^[4]

FAKE NEWS & CO.

1 Einordnungen und Begriffsetablierung

2 Verbreitung und Ursachen

UMSCHAU

Ökolumne: Zum Ergebnis der Bundestagswahl	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: FAKE NEWS & CO.

„Postfaktisch“ Wort des Jahrhunderts von Bernhard G. Suttner	10
Gesellschaftswandel „Ihr seid Fake News!“ von Markus Reinisch	12
Soziale Netzwerke „Die Motivation vieler Fake-News-Anbieter ist wirtschaftlich“ Interview mit Prof. Dr. Jürgen Pfeffer	18
Digitalisierung „Extremes zieht die Aufmerksamkeit an“ Interview mit Yvonne Hofstetter	20
Manipulationstechniken „Plumpe Lügen sind eher die Ausnahme“ Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld	22
ARD-Tagesschau „Kaum Fake-News, dafür Zero-News“ Interview mit Uli Gellermann	24
Kriegspropaganda „Es dominieren der Terror-Frame und der Böse-Mann-Frame“ Interview mit Dr. Daniele Ganser	26

BAUEN & VERKEHR

Grundsteuerreform „Der Boden stellt eine gigantische Umverteilungsmaschinerie dar“ Interview mit Prof. Dr. Dirk Löhr	32
Stadtentwicklung „Das Gemeinwohl verschwand immer mehr aus dem Blickfeld“ Interview mit Prof. Dr. Fabian Thiel	36

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	40
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	42
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	43
Verbände	44
Bundestagswahl	52
Gedanken in der ÖDP	54
Neues aus der ÖDP	56
Pressticker	62
Leserbriefe	64
Impressum	66

Liebe Leserinnen und Leser,

Fake News hat es schon immer gegeben. Diese Erkenntnis ist banal, aber so wie unsere Leitmedien über das Thema berichten, entsteht der Eindruck, sie wären ein völlig neues Phänomen. Das sind sie nicht. Neu ist, dass sie heute mithilfe Sozialer Netzwerke anders verbreitet werden und eine andere Wirkung entfalten. Deshalb bedeutet eine Beschäftigung mit Fake News auch eine Beschäftigung mit der Digitalisierung. Die eröffnet tatsächlich irritierende Möglichkeiten. So hat Donald Trump in seinem Wahlkampf über Facebook unterschiedlichen Zielgruppen mit unterschiedlichen und sogar sich teilweise widersprechenden Botschaften umworben.

Seltsamerweise stehen aber solche Methoden gar nicht im Zentrum der Kritik. Stattdessen wird hartnäckig das Gerücht gepflegt, der amerikanische Wahlkampf sei von Russland manipuliert worden. So berichteten fast alle deutschen Leitmedien im September groß über den von Facebook selbst aufgedeckten „Skandal“, dass „russische Drahtzieher“ das Netzwerk „missbraucht“, Anzeigen im Wert von 100.000 Dollar geschaltet und damit Einfluss auf den US-Wahlkampf genommen hätten. Mit 100.000 Dollar? Das Trump im gleichen Zeitraum 85 Mio. Dollar für Facebook-Anzeigen ausgab, blieb unerwähnt. Genauso unerwähnt blieben die vielfach höheren Budgets, die amerikanische Think Tanks und Geheimdienste für Medienkampagnen zur Verfügung haben.

Die Debatten und der Aktionismus rund um das Thema „Fake News“ muten oft recht gespenstisch an. So plant die Bundesregierung, ein „Abwehrzentrum gegen Desinformation“ einzurichten, und tut dabei so, als wäre die deutsche Politik bisher ein Hort der Wahrheit und der Fakten gewesen. Und unsere Leitmedien haben Anti-Fake-News-Kampagnen ins Leben gerufen. Das klingt zwar gut, doch es drängt sich auch der Verdacht auf, dass hier etwas gewaltig aufgebauscht wird, dass dies nur eine raffinierte Strategie im Ringen um Nutzer und um die Deutungshoheit aktueller Geschehnisse ist.

Wer hat wohl mehr AfD-Wähler produziert: rechte Propagandisten auf Facebook, die durch den Filterblasen-Effekt nur Nutzer erreichen, die eh schon zum rechten Spektrum gehören? Oder die Bild-Zeitung, das auflagenstärkste Massenblatt, dessen oft verstörende Schlagzeilen im öffentlichen Raum fast unübersehbar sind? Wer sich mit Fake News befasst, der kommt nicht umhin, sich auch mit unseren Leitmedien zu befassen. Sie prägen das öffentliche Bewusstsein nach wie vor, geben vor, was Millionen von Menschen für wahr und unwahr, für wichtig und für unwichtig halten.

Viel Spaß beim Lesen und Mitdenken!

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Zum Ergebnis der Bundestagswahl

Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU hat keine Zukunft mehr. Die SPD erreichte 20%. Die SPD-Führung war so frustriert, dass sie am Wahltag bereits um 18:09 Uhr erklärte, in die Opposition zu gehen. Die CSU hat nur noch 39% in Bayern erreicht, womit ihre absolu-

te Mehrheit weiter schwindet. Der bisherige Skandalminister Alexander Dobrindt will jetzt neuer Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag werden, in Bayern sieht es bald nach einem Wechsel in der Parteiführung aus. In den neuen Bundestag sind die AfD mit 12,6% und die FDP mit 10,7% gekommen.

Die AfD kennt sich aus mit Tabubrüchen gegen die politische Korrektheit. Ihre Kompetenz in der Kritik an der Eurorettungspolitik hat sie verloren.

Die AfD war besonders stark in den südlichen ostdeutschen Bundesländern (besonders in Sachsen mit 27%). Dort hat sie sogar etwas mehr Stimmen bekommen als die CDU, die früher in Sachsen lange Zeit die absolute Mehrheit erreichte. 80% der AfD-Wähler glauben nicht mehr an das Funktionieren der Demokratie. Einer der Hauptstreitpunkte in der AfD-Führung ist der Umgang mit Rechtsradikalen wie dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke. Neben Untergangsfantasien beschäftigt sich

deutschland erhielten. Das sind die Stimmen der Ängstlichen und Unzufriedenen. Die AfD gewann vor allem Nichtwähler in Stadtteilen, in denen die Probleme der Gesellschaft kulminieren. Die Themen Flüchtlinge, Globalisierung, Islam und Terror wurden von der AfD plakatiert. Sie kennt sich aus mit

Ob die Grünen durchsetzen können, dass es zu einem Ende des Braunkohleabbaus kommt, ist fraglich.

Tabubrüchen gegen die politische Korrektheit. Ihre Kompetenz in der Kritik an der Eurorettungspolitik hat sie verloren.

Die bisherige Bundesregierung hat auf die terroristischen Anschläge mit verfassungswidrigen Gesetzen zum Einsatz von „Staatstrojanern“ reagiert. Damit werden nun unsere Computer und Mobilgeräte

zu Wanzen umfunktioniert. Eingebaut hat die große Koalition aus CDU/CSU und SPD das Vorhaben zur Tarnung in einen Gesetzentwurf, mit dem Fahrverbote für Straftäter verhängt werden können. Eingesetzt werden nun Keylogger, die alle Tastatureingaben aufzeichnen, speichern, manipulieren oder die Technik ganz blockieren. Über einen manipulierten Router wird der Mitschnitt dann versendet. Die Digitalisierung macht dem Bürger Sorgen.

Eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen würde etwas über 50% der Stimmen abdecken. So eine Koalition regiert bisher nur in Schleswig-Holstein. Die AfD hat dort auch schwächer abgeschnitten. Das Bekenntnis von Christian Lindner zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens war in der „Elefantenrunde“ der Parteivorsitzenden nach der Wahl deutlich zu hören. Ob sich allerdings die Grünen durchsetzen können, sodass es zu einem Ende des Braunkohleabbaus kommt, die Ökolandwirtschaft gefördert wird, der Ausbau der Erneuerbaren Energien höher gefördert wird und tatsächlich ein umfangreiches Tankstellennetz für Erdgas- und Wasserstofffahrzeuge entsteht, ist fraglich. Ob

Angela Merkel so eine Mehrheit zusammenbekommt, ist noch nicht klar. Sie steht vor der Aufgabe, Ökonomie und Ökologie sinnvoll miteinander zu verbinden.

Außenpolitisch muss Deutschland mit Frankreich eine neue Europapolitik schaffen, ohne dass sich die Haftungsrisiken Deutschlands weiter vergrößern.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

122 Staaten wollen Atomwaffen ächten

Nachdem Bio- und Chemiewaffen schon lange verboten sind, wollen nun 122 Staaten bei den Vereinten Nationen eine weltweite Ächtung von Atomwaffen erreichen. Mit einem völkerrechtlich verbindlichen



Abkommen soll deren Herstellung, Besitz und Einsatz und auch die Drohung mit einem Nuklearschlag verboten werden. Maßgebliche Initiatoren waren Österreich, Irland, Südafrika, Nigeria, Brasilien und Mexiko. Boykottiert wurden die Verhandlungen von den Atomwaffen-Staaten und den meisten NATO-Staaten, darunter Deutschland. Die Friedensorganisation ICAN Deutschland startete eine Kampagne, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

» www.nuclearban.de

Fossile Energie ist hoch subventioniert

Im Jahr 2015 wurde fossiler Energie in den G20-Staaten mit 4,6 Billionen US-Dollar subventioniert, wobei 65% auf Kohle, 26% auf Öl, 7% auf Gas und 2% auf Strom entfielen. Das zeigt eine von Greenpeace beauftragte Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weist China die höchsten Subventionen auf, im Verhältnis zur Einwohnerzahl Saudi-Arabien, Russland und die USA. Deutschland liegt mit 55 Mrd. US-Dollar im Mittelfeld.

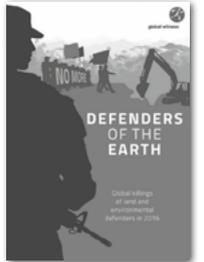
» <http://t1p.de/i1qc>



Morde an Umweltschützern nehmen zu

Weltweit wurden im Jahr 2016 mindestens 200 Umweltaktivisten ermordet, meldet die Menschenrechtsorganisation Global Witness in ihrem aktuellen Bericht. Das sind so viele wie nie zuvor, wobei die Dunkelziffer noch höher liegen dürfte. Die Morde verteilen sich auf 24 Staaten, 60% fanden in Lateinamerika statt, allein in Brasilien waren es 49. Sie stehen oft im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Bergbauunternehmen, Staudammprojekte und Agrarkonzerne. Darüber hinaus werden weltweit immer mehr Umweltaktivisten als „Kriminelle“ oder gar „Terroristen“ bezeichnet, vor Gericht verklagt und zu Strafen verurteilt – auch in den USA.

» <http://t1p.de/id7j>



CO₂-neutraler Verkehr ab 2035 möglich

In 18 Jahren könnte der Verkehr in Deutschland ohne klimaschädliche Verbrennungsmotoren auskommen, zeigt eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie des Wuppertal-Instituts. Das Szenario beschreibt, wie der Ausstieg aus Benzin- und Dieselmotoren bis 2035 umgesetzt werden kann. Dazu müsste sich der Anteil von Rad- und öffentlichem Verkehr verdoppeln, die Zahl der Privatautos mehr als halbieren und die verbleibenden Pkw mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Die Realität sieht aktuell völlig anders aus: 2016 lagen die CO₂-Emissionen des deutschen Verkehrs mit 166 Mio. Tonnen um 4 Mio. über dem Wert von 1990.

» <http://t1p.de/hdcr>

Deutschland verfehlt Klimaschutzziel 2020

Ohne zusätzliche Anstrengungen wird Deutschland sein CO₂-Einsparziel für 2020 deutlich verfehlen. Statt der anvisierten 40% werden die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 nur um 30–31% zurückgehen. Zu dieser Prognose kommt die Agora Energiewende in ihrer aktuellen Analyse. Die Ursachen liegen in zu niedrigen





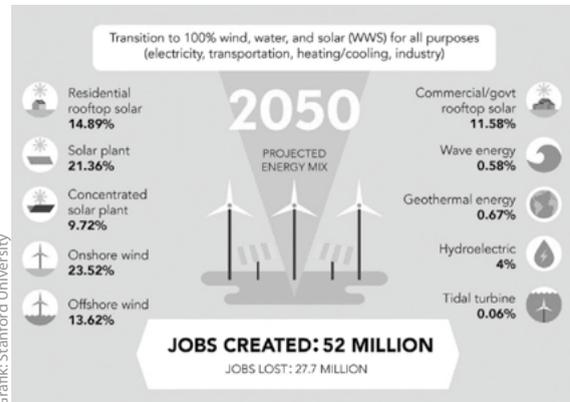
Foto: gmbier/pixello.de

Preisen für CO₂-Emissionsrechte sowie in einer zu stark wachsenden Wirtschaft und Bevölkerung, was zu einem verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe führte. Eine entschlossene Kurskorrektur mit einem Sofortprogramm in 2018 ist deshalb dringend notwendig.

» <http://t1p.de/f50k>

1,5-Grad-Ziel bis 2050 ist noch erreichbar

Bis 2050 könnten 139 Staaten ihren gesamten Energiebedarf auf Erneuerbare Energien umstellen – auch Staaten mit einem hohen Energiebedarf wie China oder die USA. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der kalifornischen Stanford University. Durch den



Grafik: Stanford University

vollständigen Umstieg auf Windenergie, Solaranlagen und Wasserkraft ließe sich verhindern, dass die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad über das vorindustrielle Niveau ansteigt.

» <http://t1p.de/ykqr>

Nordsee erwärmt sich übermäßig stark

Die Nordsee hat sich durch den menschengemachten Klimawandel in den vergangenen 45 Jahren doppelt so

schnell erwärmt wie die Ozeane weltweit. Ihre Durchschnittstemperatur stieg um 1,67 Grad an, die der Ozeane um durchschnittlich 0,74 Grad. Das sagen Daten des Weltklimarates IPCC und des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven. Die Entwicklung hat schon jetzt deutliche Auswirkungen auf die Fischvorkommen.



Foto: Günther Hartmann

Laut der Wilhelmshavener Senckenberg-Gesellschaft für Naturforschung droht mehr als 60 % der heimischen Arten der Verlust ihres Lebensraums.

» <http://t1p.de/ck1f>

US-Klimabericht: 2016 war extremstes Jahr

Noch nie seit Messbeginn wurden eine so hohe CO₂-Konzentration, so hohe Temperaturen, ein so hoher Meeresspiegel und so viele Dürren registriert – 2016 war erneut ein Jahr der Negativ-Rekorde. Das stellt der Klimabericht der US-Behörde NOAA fest, an dem 450 Wissenschaftler aus 60 Staaten mitgewirkt haben, doch verzichtet er auf Hinweise, wer die Verantwortung dafür trägt. Die CO₂-Konzentration stieg 2016 auf einen neuen Rekordwert von 402,9 ppm im Jahresdurchschnitt. Das sind 3,5 ppm mehr als 2015 und eine so starke Zunahme wie noch nie, seit die Messungen vor 58 Jahren begannen.

» <http://t1p.de/fb44>

Synthetik-Kleidung bedroht Weltmeere

Unsere Kleidung besteht zu rund 60 % aus Kunstfasern. Bei jeder Wäsche werden davon große Mengen freigesetzt und gelangen über das Abwasser in die Weltmeere – in Europa 30.000 Tonnen pro Jahr. Da sie biologisch nicht abbaubar sind, reichern sie sich im Meer

an, zerfallen zu noch kleineren Partikeln, verschwinden aber nicht. Durch den Verzehr von Fischen, Muscheln, Krabben und anderen Meerestieren gelangt das Mikroplastik in den menschlichen Körper. Mit dem Aufkommen der Wegwerfmode, für die Textilketten wie H&M, KiK oder Primark stehen, ist der Verbrauch von Kunstfasern geradezu explodiert: von 2000 bis 2016 weltweit von 8,3 auf 21,3 Mio. Tonnen.

» <http://t1p.de/2fqf>

DUH will Städte zu sauberer Luft zwingen

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kündigte an, ihre Klagestrategie zur Durchsetzung der Luftqualitätswerte in belasteten Städten zu intensivieren. Denn nach Auswertung aller bislang öffentlich zugänglichen Informationen kam sie zu dem Ergebnis, dass sich die



Foto: Gabi Eder/pixello.de

NO₂-Werte im kommenden Winter und Sommer kaum verringern. Die DUV veröffentlichte deshalb ein „Acht-Punkte-Sofortprogramm für saubere Luft“. Da sich die Politik bisher nicht einmal dazu durchringen konnte, beim Abgasbetrug Bußgelder gegen die Automobilhersteller zu verhängen, klagt die DUV derzeit in 16 Städten für Dieselfahrverbote.

» <http://t1p.de/5lo1>

EU verschiebt Entscheidung über Glyphosat

Die Entscheidung über die weitere Zulassung von Glyphosat fällt die EU-Kommission Ende 2017. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) stuft das Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. In den USA führte seine Anwendung zu vermehrtem Lymphdrüsenkrebs, in Südamerika zu Missbildungen bei Kindern. Zudem vernichtet es die Nahrungsgrundlage vieler Insekten, die wiederum Nahrungsgrundlage



Foto: wuzefe/pixabay.com

für viele Vögel sind, und führt im Boden zum starken Rückgang von Mikroorganismen. Die Umweltorganisation Testbiotech veröffentlichte E-Mails, die zeigen, dass José Tarazona, Leiter der Pestizidabteilung der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, verdeckte Zahlungen des Gentechnik-Konzerns Monsanto erhielt. Zudem kam Mitte September 2017 heraus, dass das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) signifikante Teile seiner Bewertung von Glyphosat aus dem Zulassungsantrag von Monsanto abschrieb.

» www.testbiotech.org/node/2050

» www.presseportal.de/pm/115731/3736308

USA wollen Export von Gen-Food erhöhen

Zur wirtschaftlichen Förderung des ländlichen Raums setzt US-Präsident Donald Trump auf Gentechnik. Er kündigte an, den Druck auf Gentechnik-Querulanten im Welthandel zu erhöhen und im Ausland geltende Vorschriften, die den Export von genmanipulierten Produkten aus den USA behindern, zu attackieren. Dafür wurde im Sommer 2017 eine neue, abteilungsübergreifende Task Force gegründet.

» <https://heise.de/-3820510>

Pädagogen kritisieren Digitalpakt#D

Deutsche Hochschullehrer und Pädagogen haben ein „Bündnis für humane Bildung“ gegründet. Anlass ist der sogenannte „Digitalpakt#D“ der Bundesregierung, der festlegt, künftig vermehrt in Digitaltechnik statt in Lehrkräfte zu investieren. Smartphones, Tablet-PCs und WLAN sollen zentrale Unterrichtsmittel werden. Warum das eine falsche Weichenstellung ist, legt die Initiative in einem offenen Brief an die Kultusminister dar. Auf einer Kampagnen-Website sammelt sie Unterstützer-Unterschriften.

» www.aufwach-s-en.de

Bücher

Gleichheit & Gerechtigkeit

Per Molander

Die Anatomie der Ungleichheit

Woher sie kommt und wie wir sie beherrschen können

Westend, September 2017

224 Seiten, 24,00 Euro

978-3-86489-184-7



Der Autor ist ein schwedischer Mathematiker und beriet die schwedische Regierung, die Europäische Kommission, den IWF und die Weltbank. Er zeigt in seinem Buch wissenschaftlich fundiert anhand anschaulicher Beispiele aus der Spieltheorie, dass Gesellschaften unabhängig von den Fähigkeiten und dem Arbeitswillen der Menschen immer ungleicher werden. Diese Ungleichheit lässt sich jedoch durch entsprechende Maßnahmen wieder korrigieren. Chancengleichheit und Gerechtigkeit sind also durchaus möglich, wenn die Politik die sozialen Rahmenbedingungen richtig gestaltet. (gh)

Rhetorik & Demagogie

Walter Ötsch, Nina Horaczek

Populismus für Anfänger

Anleitung zur Volksverführung

Westend, August 2017

256 Seiten, 18,00 Euro

978-3-86489-196-0



Rechtspopulisten sind in Europa auf dem Vormarsch. Das Buch analysiert ihre Methoden und Erfolgsrezepte. Es zeigt ihre simple Einteilung unserer Gesellschaft in ein diffuses „Wir“ und ein diffuses „die anderen“. Letztere werden als düstere Bedrohung und Verschwörung dargestellt, gegen die „wir“ uns wehren müssen. „Die anderen“ – das sind: „die da oben“, „die da draußen“ und „die da unten“, oft rhetorisch geschickt zu einer Gruppe verschmolzen. Da ökologische Themen wie der Klimaschutz nicht ins Wir-gegen-die-anderen-Schema passen, wird ihnen jede Bedeutung abgesprochen. Als fiktive Coaches zeigen die beiden Autoren scharfsinnig, aber auch humorvoll und unterhaltsam, mit welchen Tricks und Täuschungsmanövern man es zum erfolgreichen Demagogen bringen kann. (gh)

Arbeitswelt & Digitalisierung

Matthias Martin Becker

Automatisierung und Ausbeutung

Was wird aus der Arbeit im digitalen

Kapitalismus?

Promedia, März 2017

240 Seiten, 19,90 Euro

978-3-85371-418-8



Die computergestützte Automatisierung zielt darauf ab, die alltägliche Arbeit zu standardisieren, digital abzubilden, zu vereinfachen, zu kontrollieren und zu verdichten. Wo sich dies wirklich lohnt, ist aber oft noch unklar. Das Buch erläutert und analysiert die neuen Rationalisierungsstrategien – und zeigt, dass hinter „Industrie 4.0“ vor allem eine geschickte Marketingstrategie der großen Hersteller von Automatisierungstechnik steckt. Politisch betrachtet, ist der aktuelle Diskurs geprägt von der fragwürdigen Angst, Deutschland könne seine Stellung als Exportweltmeister verlieren. (gh)

Klimawandel & Klimaschutz

Ottmar Edenhofer, Michael Jakob

Klimapolitik

Ziele, Konflikte, Lösungen

C.H. Beck, Mai 2017

128 Seiten, 9,95 Euro

978-3-406-68874-4



In komprimierter Form legen die beiden renommierten Klimawissenschaftler die Tragweite des Problems, physikalische Zusammenhänge, Lösungsansätze und ethische Implikationen dar. Schlussfolgerung und Hauptforderung: Die Weltwirtschaft benötigt einen CO₂-Preis, der die Knappheit des begrenzten Deponieraums der Atmosphäre widerspiegelt. Es mag zahlreiche Hürden geben, ehe die Erdtemperatur aufhört zu steigen, unüberwindlich sind sie jedoch alle nicht. (gh)

Landwirtschaft & Widerstand

Alexander Schiebel

Das Wunder von Mals

Wie ein Dorf der Agrarindustrie die Stirn bietet

oekom, September 2017

240 Seiten, 19,00 Euro

978-3-96006-014-7



Überall auf der Welt wird die Landwirtschaft industrialisiert – mit verheerenden Folgen. Doch das Dorf Mals in Südtirol macht da nicht mit. Seine 5.000 Einwohner beschlossen 2014 bei einem Bürgerentscheid: Sie wollen die erste pestizidfreie Gemeinde Europas werden. Es beginnt ein ungleicher Kampf gegen eine Allianz aus Bauernbund, Landesregierung und Agrarindustrie. Das Buch erzählt die Geschichte dieses Aufstands und porträtiert seine Akteure. Der Autor, ein Filmemacher, ist extra ins Dorf gezogen, um hautnah dabei zu sein und die Geschehnisse exakt zu dokumentieren. (gh)

Rentensystem & Altersarmut

Holger Balodis, Dagmar Hühne

Die große Rentenlüge

Warum eine gute und bezahlbare Alterssicherung für alle möglich ist

Westend, August 2017

208 Seiten, 18,00 Euro

978-3-86489-177-9



Rund die Hälfte der heute Erwerbstätigen ist im Alter von Armut bedroht. Dies sei die Folge einer politisch gewollten Zerstörung unseres Rentensystems, behaupten die beiden Journalisten und fordern einen entschlossenen Kurswechsel: Weg mit der Riester-Rente und dem 3-Säulen-Modell, Schluss mit der Subventionierung der Finanzwirtschaft! Stattdessen: Ausbau unseres umlagefinanzierten gesetzlichen Rentensystems! In dieses sollten endlich alle einzahlen: auch Besserverdiener, Beamte und Politiker. (gh)

Tierversuche – Pro & Contra

Matthias Dietrich

Tierversuche verbieten?

Gute Argumente

Eryn, Juli 2017

200 Seiten, 12,00 Euro

978-3-946962-06-9



Sind Tierversuche in Medizin und Forschung notwendig oder können wir komplett auf sie verzichten? Diese Streitfrage wird von verschiedenen Seiten beleuchtet: historisch, ethisch, rechtlich und ökonomisch. Ausführlich dargestellt werden auch Alternativen, deren Möglichkeiten und deren Grenzen. Das Buch ist der erste Band der neuen Reihe „Gute Argumente“, die einen Gegenpol

zu Fake News und Halbwissen bieten will. Mit ausführlichen und facettenreichen Darstellungen eines Themas mit Pro- und Contra-Positionen und in leicht verständlicher Sprache sollen sich die Leser eine eigene Meinung bilden. (gh)

Lobbyismus & Demokratieabbau

Ullrich Mies, Jens Wernicke (Hrsg.)

Fassadendemokratie und tiefer Staat

Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter

Promedia, August 2017

272 Seiten, 19,90 Euro

978-3-85371-425-6



Rechtsstaatliche Demokratien verändern sich immer mehr in autoritäre Systeme. Mächtige Wirtschaftsorganisationen schaffen suprastaatliche Strukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Die vom Volk gewählten Politiker werden zu deren Handlangern und Schauspielern. Konzerne konzipieren die Budget-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik, die Parlamente stimmen den Gesetzentwürfen brav zu. 15 Autoren beschreiben diese fatale Entwicklung aus unterschiedlichen Blickwinkeln. (gh)

Europa & Nationalismus

Friedhelm Hengsbach

„Was ist los mit dir, Europa?“

Für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität!

Westend, April 2017

128 Seiten, 14,00 Euro

978-3-86489-166-3



Die EU steckt in einer Krise. Großbritannien tritt aus, der Einfluss nationalistischer Parteien nimmt zu. Deutschlands führender Sozialethiker geht der Frage nach, woher das Unbehagen an der EU kommt, und fordert zur Rettung der Idee eines vereinten Europas ein radikales Umsteuern: gute Lebensperspektiven für alle Bürger, einen demokratischen Umbau, faire Handelsbeziehungen. Von Angela Merkels Vorstellung einer „EU der zwei Geschwindigkeiten“ hält er wenig. Stattdessen plädiert er für ein gemeinsames, solidarisches Handeln sowie für ein Primat des Politischen über das Ökonomische. (gh)

„Postfaktisch“

Wort des Jahrhunderts

Postfaktisches Denken und Handeln gilt als neues Phänomen, doch aus der Perspektive der Ökologie ist es schon seit Jahrzehnten bittere Realität. Die Tatsachen können noch so klar sein: Wenn Profit winkt, dann ist der Schutz von Mensch und Umwelt schnell unwichtig. Mit fadenscheinigen Argumenten und auch dreisten Lügen wird so eine Politik durchgesetzt.

von Bernhard G. Suttner

Als das Wort „postfaktisch“ zum „Wort des Jahres 2016“ gekürt wurde, war vor allem die Begründung interessant: Die Jury wollte eine Entwicklung in der Gesellschaft deutlich machen, die durch eine Verachtung der Faktenlage, durch eine Akzeptanz offensichtlicher Lügen und generell durch eine gefährliche Emotionalität bei abnehmender Rationalität gekennzeichnet sei.

Die Karriere des Wortes „postfaktisch“ wurde durch Trumps Wahlerfolg befeuert: Man erregte sich darüber, dass er durch „postfaktische Aussagen“ zustande gekommen sei. Ungeniert hätte der Kandidat seine Kampagne mit falschen Fakten bestückt. Das war wohl so. Aber: Sind wir nicht alle ein bisschen Trump? Gehört es nicht schon immer zu den Grundausstattungen des Menschen, sich nach Pippi-Langstrumpf-Art die Welt jenseits aller Fakten so zu machen und so zu denken, „wie sie einem gefällt“? Wenn schon eine Marke für diese Vokabel sein muss, dann sollte „postfaktisch“ mindestens als „Wort des Jahrhunderts“ gelten.

Beispiel Atomkraft

Wer hätte jemals ein Atomkraftwerk zugelassen, wenn die Fakten eine Rolle gespielt hätten? In den



Jahrzehntelang erzählten Politiker und „Experten“, Atomkraftwerke seien sicher und der Atommüll kein Problem.

1960er- und 1970er-Jahren redeten Physiker, Manager der Energiewirtschaft und natürlich auch Politiker von CDU/CSU, SPD und FDP nicht junger Mensch war und von Atomphysik herzlich wenig Ahnung hatte. Für die Experten gab es keine unlösbaren technischen Probleme.

Am Anfang der Atomwirtschaft stand faktenfreies Wunschdenken – mit verderblichen Folgen für die gesamte Biosphäre.

nur das „Restrisiko“ klein, sondern verdrängten auch das ungelöste Problem der Atommüllverwertung. Die Nutzung der Kernspaltung als Energiequelle galt als „alternativlos“, auch wenn es dieses Wort damals so noch nicht gab.

Wohlgemerkt: Die „Experten“ kannten die Sachlage, die „Fakten“ weit besser als beispielsweise ich, der ich damals nur ein interessierter

Wenn eine Lösung noch nicht verfügbar ist, dann wird sie eben in der Zukunft entwickelt werden. Basta. Am Anfang der Atomwirtschaft stand faktenfreies Wunschdenken – mit verderblichen Folgen für die gesamte Biosphäre.

Beispiel Klimaerwärmung

Die energiewirtschaftliche Faktenverachtung setzt sich munter fort.

Wer würde heute noch Kohlekraftwerke laufen lassen, ja sogar neue bauen und kontinuierlich Subventionsmilliarden für die Kohle aufwenden, wenn Fakten entscheidungsrelevant wären? Haben wir nicht genug Daten zum Zustand des

und im Gewohnten fortzufahren: Was bisher funktionierte, wird doch wohl auch morgen noch funktionieren.

Problematisch ist der in dieser Debatte enthaltene Kurzschluss „Fakten gut, Emotionen gefähr-

Wer würde heute noch Kohlekraftwerke laufen lassen und neue bauen, wenn Fakten entscheidungsrelevant wären?

Erdklimas? Es ist erschreckend, wie „normal“ unsere Gesellschaft immer noch die aktuelle Energiewirtschaft findet, obwohl diese faktisch ein Selbsterstörungsprogramm der Menschheit darstellt.

Wer würde steuerfreie Billigfliegerei, absurde SUV-Raserei, massive Gesundheitsgefährdung durch vielfältigen Schadstoffausstoß zulassen, wenn Fakten in der Verkehrspolitik eine Rolle spielten und nicht Profitinteressen und hoch problematische Emotionen – „Freude am Fahren!“ – die Richtlinienkompetenz hätten?

Fakten gut, aber Emotionen gefährlich?

Wer würde es zulassen, dass regelmäßig viel zu viel Gülle und diverse Gifte zum Schaden des Trinkwassers und der biologischen Artenvielfalt auf die Böden verteilt werden, wenn Rationalität unser Handeln steuern würde? Und vor allem: Wer würde stetiges „Wachstum der Wirtschaft“ anstreben, wenn naturwissenschaftliche Fakten anerkannt würden?

Die aufgeführten Beispiele weisen auf ein Grundproblem hin: Es ist angenehm, Fakten zu verdrängen. Fundamentale Veränderungen machen Angst; man versucht, solchen Änderungen auszuweichen

lich“. Menschen sind ohne Emotion nicht denkbar. Es kann nicht darum gehen, Emotionen auszuschließen. Es muss darum gehen, kritisch und selbstkritisch mit ihnen umzugehen. Wir müssen de-

Es ist angenehm, Fakten zu verdrängen. Fundamentale Veränderungen machen Angst; man versucht ihnen auszuweichen.

struktive Gefühle wie Hass und Vernichtungslust im Zaum halten.

Wir müssen aber auch die positiven Emotionen vor Bedrohung schützen. „Arbeitsplätze, Wachstum, Freihandel und Profit haben Vorrang vor romantischen Gefühlen!“ Wirklich? Die totale Ökonomisierung unserer Existenz wertet Liebe zum Leben, Empathie mit allen Kreaturen, Begeisterung für natürliche und kulturelle Schönheiten und Dankbarkeit für eine an den Menschenrechten orientierte staatlich-gesellschaftliche Ordnung ab. Wer die noch erlebbaren erfreulichen Verhältnisse lediglich als historische Fakten zur Kenntnis nimmt und unter Nützlichkeitsaspekten bewertet, gefährdet sie. Hier braucht es Emotion: Sie müssen heiß geliebt und leidenschaftlich verteidigt werden.

Wahrheit – eine unmögliche Forderung?

Der angeklagte Jesus brachte im Verhör vor, er sei in die Welt gekommen, um „für die Wahrheit Zeugnis abzulegen“. Der römische Machthaber konnte darauf nur sein skeptisches „Was ist Wahrheit?“ anbringen. Die Pilatus-Frage ist eigentlich eine Antwort: Wahrheit gibt es nicht und wenn es sie gäbe, könnten wir sie nicht erkennen.

Ich möchte niemandem absprechen, dass er eine religiöse oder weltanschauliche Wahrheit erkannt hat. Die Suche nach Wahrheit bleibt jedoch trotzdem eine persönliche Lebensaufgabe. Im gesellschaftlich-politischen Alltag gilt die Empfehlung: Jede Information, jede fak-

tische oder emotionale Äußerung muss der Quellenkritik unterzogen werden: Wer sagt was? Und warum? Wie ist die Interessenlage der Quelle? Was wird gesagt und was verschwiegen? ■

Bernhard Suttner, Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1982 gründete er die ÖDP mit, war von 1991 bis 2011 Landesvorsitzender der ÖDP Bayern und ist seit 2011 ihr Fachbeauftragter für Grundsatzfragen.



BuESuttner@aol.com

Gesellschaftswandel

„Ihr seid Fake News!“

Als Donald Trump am 11. Januar 2017 gegen einen Reporter des Senders CNN sein „You are Fake News!“ giffete und keine Fragen von ihm zuließ, war das nur ein besonders skurriles Ereignis in einer beunruhigenden Entwicklung. Der Umgang mit Fakten hat sich verändert – und das nicht nur in den USA. Leben wir in einer postfaktischen Epoche? Eine kritische Bestandsaufnahme.

von Markus Reinisch

Spätestens seit Donald Trumps Spitzenberaterin Kellyanne Conway am 22. Januar 2017 mit dem Begriff „alternative facts“ aufhorchen ließ, herrscht große Verwirrung und auch Verwunderung über den Realitätssinn und die demonstrative Vereinnahmung von Fakten durch bestimmte Gruppen. Fakten scheinen nicht mehr „hart“ zu sein, sondern vielmehr „situationselastisch“, um Österreichs Wort des Jahres 2014 zu bemühen. Dabei sind reine Fakten alleine nicht dazu da, um Menschen zu überzeugen; erst mit ihrer Interpretation lassen sich Bewertungen schaffen, die politisch wie gesellschaftlich bedeutsam sind. Dass einzelne Gruppen die Interpretation von Fakten zu steuern versuchen, muss alarmierend genug sein. Dass sie uns dabei auch noch vormachen wollen, es gilt das in den 1980er-Jahren im politischen Diskurs aufgekommene „Perception is reality“ (Lee Atwater), müsste einen Aufschrei der aufgeklärten demokratischen Öffentlichkeit erzeugen.

„Gefühlte“ Wahrheiten aus Bequemlichkeit

Emotionen statt Tatsachen, Ängste statt Aufklärung, Glauben statt Informieren – im „postfaktischen Zeitalter“ der gefühlten Wahrheiten herrscht zunehmend Unsicherheit.



Donald Trump nutzte seine erste Pressekonferenz als US-Präsident zu einem Frontalangriff auf kritisch berichtende Medien.

Die sozialen Medien erlauben eine nie da gewesene Individualisierung der öffentlichen Kommunikation: Das Kommunizieren wird einfacher, direkter, persönlicher, spontaner – damit erscheint zugleich das Erfahrene und Gefühlte bedeutsamer. Die subjektive „gefühlte“ Realität tritt immer stärker in den Vordergrund. Fakten hingegen erscheinen, ja überhäufen den Konsumenten in immer komplexer werdenden Zusammenhängen, zudem nimmt ihre Menge (bei gleichzeitig unkomplizierter Verfügbarkeit) stetig zu. Martin Tschechne wirft hier folgende Fragen auf, um sie sodann

zu bejahen: „Postfaktisches Denken also als Sparmaßnahme zur Ökonomisierung der Denkarbeit? Als Notwehr gegen eine Überfülle an Informationen?“

Wenn sich der öffentliche Diskurs nicht um diese Fragen dreht, droht er am Kern des Problems vorbeizugehen, denn eine Gesellschaft kann mitnichten akzeptieren, dass das Postfaktische zur bequemen, alternativlosen Antwort auf die Komplexität von Informationen ausgewachsen ist. Sind Tätigkeiten wie das Beschaffen, Filtern und kritische Prüfen von Informationen sowie politisches Partizipieren

tatsächlich unattraktiv geworden? Ist die Netzgemeinde gar zu einer „Nichtwissenwollengesellschaft“ geworden, wie in der „Neuen Züricher Zeitung“ jüngst zu lesen war? Tschechne führt die Problematik mit dem Verweis auf den Psychologen und Nobelpreisträger Daniel Kahneman weiter aus: „Ein jeder kümmert sich um das, was er überblickt und begreift, alles andere lässt er eben liegen. Wo sich Lücken auftun, werden sie gefüllt mit Meinung, Hörensagen und Vorurteil.“

Sich zurückziehen und bestätigt fühlen: Filterblasen

Für die Gesellschaft der USA, wo die sozial- wie medienwissenschaftliche Forschung zum Postfaktischen viel weiter ist als im deutschsprachigen Raum, konstatiert der in Stanford lehrende Literaturwissenschaftler Adrian Daub ähnlich ernüchternd: „Ein Segment der Wähler ist an der Realität einer komplexen, multikulturellen Weltmacht gescheitert und hat sich in eine Fantasiewelt zurückgezogen. Donald Trump ist ihr fleischgewordener Rückzug.“

Rückzugs- und Bestätigungsmöglichkeiten bieten hierbei vor allem die viel genutzten sozialen Medien, über die man rasch Gleichgesinnte und auch sich selbst bestätigt findet in seiner Weltsicht – wozu also noch andere Sichtweisen, kritisches Nachfragen, Skepsis, Diskussionen und Verifizieren von Nachrichten? Zudem darf in sozialen Netzwerken im Schutze der Anonymität auch ordentlich Dampf abgelassen werden. Hier lässt die Bestätigung ebenfalls oft nicht lange auf sich warten. In diesen „Echokammern“, die in den USA schon länger als „Filter Bubbles“ benannt werden, muss man sich stark und vor allem wahrgenommen fühlen. Immer mehr liest man auch im

deutschsprachigen Feuilleton von „Filterblasen“; Tschechne nennt sie „Gesinnungskapseln, deren Bewohner so etwas wie ein Hausrecht für sich beanspruchen – und deshalb besonders empfänglich sind für maßgeschneiderte Manipulation“.

Rezipienten: mobil, mitteilbar – und beeinflussbar

Freilich muss es bei der Debatte um die Wirkung von Fakten auch um das Publikum gehen. Der Kreis der Nachrichten-Konsumenten hat sich

Großkonzern weiß mit seiner Big-Data-Strategie auch um Formen der Beeinflussbarkeit, er hat den Rezipienten mit seinen Nutzungsgewohnheiten nicht nur vermessen, sondern er „kennt die Gefühle seines Publikums, Ängste und Bedürfnisse, und weiß, welches Angebot aus echten oder vermeintlichen Fakten darauf Einfluss hat“ (Tschechne).

Es wird sicherlich nicht darum gehen, kulturpessimistisch eine alarmierende Vorstellung von sich separierenden Teilgesellschaften durch

Ist die Netzgemeinde zu einer „Nichtwissenwollengesellschaft“ geworden?

enorm gewandelt: Das Zeitungs-Abo wird häufig abbestellt, News werden mehr und mehr über das Smartphone oder Tablet abgerufen. Dass die Beschäftigung mit dem einzelnen Text dabei deutlich kürzer und weniger intensiv ausfällt, liegt in der Natur der mobilen Nutzung – und wer prüft da schon eine Nachricht auf Echtheit, bevor er sie weiterschickt? Und wer weiß schon über Hacking, Trolls, Fake-Follower und (Social) Bots Bescheid?

Das Publikum wird heutzutage mehr denn je analysiert: Der ein-

die Dynamik von Filterblasen heraufzubeschwören. Auch wenn sich sowohl Publikum als auch die Art des Rezipierens gewandelt haben, ist doch seit dem Web 2.0 solide erforscht, dass es einem Großteil der User auch um Selbstdarstellung und ästhetische Prinzipien geht. Mehr denn je werden die sozialen Medien als Plattformen der Selbstinszenierung genutzt. Bereits das Teilen von Nachrichten im Netzwerk gehört zu den Mechanismen und zur Ästhetik der Selbstdarstellung („Impression Management“). Das Mitteilen von

Mehr denn je werden die sozialen Medien als Plattformen der Selbstinszenierung genutzt.

zelle „User“ hinterlässt Spuren im Netz, die als Daten gesammelt werden, damit er nach seinen Neigungen und Vorlieben bedient werden kann, ohne sich dabei selbst zu sehr anstrengen zu müssen („Micro-Targeting“). Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere ist weit problematischer, denn der Internet-

Privatem sowie die Art und Weise des Mitteilens werden als zentraler Bestandteil der Medienkommunikation immer wichtiger, das Diskutieren von Inhalten in sozialen Netzwerken hingegen verliert an Bedeutung. Bereits im Jahr 2000 stellte der Medienwissenschaftler Norbert Bolz dazu fest, „dass es im Internet

sortiert, sodann komplex bearbeitet (durchdrungen und interpretiert) werden muss, um zu einem fertigen Produkt (Wissen) zu werden. Die-

down- und uploaden. Es ist ein rein mechanischer und kein reflexiver Prozess mehr. Was uns Google als Faktum präsentiert, ist womöglich

Eine starke Zivilgesellschaft muss die Werte einer liberalen demokratischen Ordnung mit aller Macht verteidigen.

ses verstehend-durchdringende Anagnen in einem durchaus anstrengenden, selbst gesteuerten Prozess erfordert eine aktive Haltung statt nur Konsumtion und wird häufig mit „Googeln“ verwechselt.

Adrian Daub verweist auf das Buch des amerikanischen Philosophen Michael Patrick Lynch mit dem Titel „The Internet of Us: Knowing More and Understanding Less in the Age of Big Data“. Er beschreibt darin, „wie wir Fakten durch eine Google-Suche kaum noch entdecken, sondern nur noch

keines, doch wir haben die Suchmaschine bereits dermaßen internalisiert, dass wir Wissen und Googeln gleichsetzen und ihr die Rolle eines Schiedsrichters zuschreiben.“

Es ist jedoch vielmehr an uns, das von Suchmaschinen erhaltene Datenmaterial kritisch zu prüfen, zu bewerten und in den subjektiv bedeutsamen Kontext der Wissenskonstruktion zu integrieren. Medienkompetente, mündige Nutzer sind in der Lage, dies zu lernen, zu bewältigen und den Status von blanken Fakten („was“) zu erkennen und ihre Deutungen („wie“) miteinander zu vergleichen.

Informationsethische Fragen stellen und debattieren!

Schließlich bedarf es einer breiten Debatte informationsethischer Fragen wie etwa: Inwieweit lassen wir Algorithmen als „Redakteure“ zu, um Falschnachrichten von wahren

Fake News beizukommen: „Dass wir einer Maschine die Verifizierung von Fakten überantworten, zeigt, dass wir offensichtlich kein Vertrauen mehr in unseren Wahrheitsbegriff haben.“

„Informationsethik als Schulfach“, so lautete zuletzt ein Vorschlag aus verschiedenen politischen Richtungen. Inhalte sollten technische Themen sein wie Algorithmen, Bots, soziale Medien, aber auch medienethische Aspekte wie das Verschmelzen von Privatheit und Öffentlichkeit, vor allem die „persönlichen Öffentlichkeiten“, die Medienwissenschaftler seit dem Web 2.0 diagnostizieren und mit denen auch eine veränderte Rolle des Journalismus einhergeht.

Ferner sollen journalistische und kommunikationswissenschaftliche Inhalte eine Rolle spielen, die deutlich machen, dass der Weg der Falschinformationen hin zum Rezipienten nun nicht mehr zwangsläufig über Journalisten vorgegeben ist: Mit einfachen Mitteln ist es grundsätzlich jedem möglich, Autor von Fake News zu sein, sie, redaktionell gesteuert, zu veröffentlichen und einem ausgewählten Publikum zugänglich zu machen.

Interessant wären hier sicherlich auch Vergleiche zu klassischen Journalismus-Formen, denn viele

Eine ehrliche Debatte über das Postfaktische ist nötiger denn je.

Gegebenheiten zu unterscheiden? Vorerorts wird an modernen Algorithmen geforscht, welche die Semantik von Falschmeldungen selbstständig (also ohne menschliche Urteilskomponente) erkennen sollen. Adrian Lobe warnt davor, zu sehr auf Algorithmen zu setzen, um

Fake News setzen auf die Macht von Spekulationen und Skandalisierungen – der Boulevard-Journalismus lässt grüßen. Die Prinzipien der reiferischen Sensationsüberschriften, Empörungen und Übertreibungen der großen deutschen Tageszeitung, die schon seit Jahrzehnten funkti-



Wissen erwerben deutet: sich intensiv beschäftigen, reflektieren und verstehen.

onieren, werden schlicht ins Digitale übertragen. Hinzu kommt die manipulative Kraft der Bilder, die bei Schönfärbereien auf der einen sowie Verteufelungen auf der anderen Seite gerne genutzt werden. Informationsethik intendiert letzt-

erstellen? Wer hat sich nicht alles als Experte ausgegeben, um schon im Voraus zu wissen, wie die Wahl ausgeht? Wie viele Meinungsforschungsinstitute sahen Hillary Clinton bereits als Siegerin, ehe die erste Wahlurne stand? Verlassen wir

Themen der Medienpädagogik und -kompetenz gehören nicht nur in Feuilletons, sondern bereits in den Unterricht der Grundschulen.

lich, bewusst zu machen, dass Fake News und ein veränderter Umgang mit Fakten weder als Auswüchse von Social Media noch als Form von Edutainment missverstanden werden dürfen. Sie weist auf Strategien hin, die Gruppen benutzen, um Fakten für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

Bequemlichkeit aufgeben – auch im Präfaktischen!

Wenn es das „Post-Faktische“ gibt, muss auch so etwas wie das „Prä-Faktische“ denkbar sein: Wie sieht das Verhältnis von Fakten und Prognosen aus? Wie viel Geld wurde ausgegeben, um vor der Wahl Prognosen und Umfragewerte zu

uns zu sehr auf das „Präfaktische“, also auf Spekulationen und Beurteilungen dessen, was erst noch geschieht? Vertrauen wir zu sehr auf vermeintliche Experten, nehmen wir wiederum eine passive Haltung der Bequemlichkeit ein? Johannes Röser konstatiert dazu: „Unsere Kultur hat sich in vielfacher Hinsicht [...] im ‚Präfaktischen‘ eingerichtet. [...] Wir lassen uns die Welt machen, durch jene, die angeblich alles besser wissen.“

Verlassen wir also die Bequemlichkeitszonen im Präfaktischen, lassen wir uns nicht „alternative Fakten“ präsentieren und alternativlose Handlungsanweisungen vorgeben! Werden wir aktiv, nutzen wir unsere

Instrumentarien zum Faktenprüfen, reflektieren wir den eigenen Umgang mit Nachrichten in sozialen Netzwerken immer wieder kritisch!

Ein starker Schulterschluss von Medien und Öffentlichkeit, das Besinnen auf journalistische Prinzipien, klare Zeichen aus der Politik helfen jedem einzelnen medienmündigen Bürger dabei. Dieser soll skeptisch sein, wenn faktenalternative Gruppen Tatsachen ideologisch zu interpretieren versuchen.

Wenn das „Sapere aude“ Kants in einer aufgeklärten Gesellschaft gelten soll, muss unser selbstbestimmtes Handeln jenseits von medialen und digitalen Kompetenzen geprägt sein von Mut, Engagement und gesundem Menschenverstand. Nur gemeinsam – in der Kommunikation mit anderen abseits von Filterblasen – lassen sich Gründe eruieren, ob etwas stimmt oder falsch ist. Wir werden den Begriff „postfaktisch“ wohl nicht mehr los, jedoch können wir die Vorstellung dessen, was „postfaktisch“ ist, relativieren, indem wir Unwahrheiten weder verharmlosen noch legitimieren und Urheber von Fake News entlarven. ■

Dieser Artikel ist eine für die Ökologie Politik leicht überarbeitete Fassung eines Artikels, den der Autor im März 2017 in der Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ veröffentlichte.

Markus Reinisch, Jahrgang 1978, studierte Lehramt für Grundschulen und ist seit 2007 als Mittelschullehrer tätig. Seit 2004 enga-

giert er sich ehrenamtlich im kirchlichen Bereich, unter anderem als Pfarrgemeinderatsvorsitzender.

markus.reinisch@gmx.de



ONLINETIPPS

Martin Tschechne
Tricks, Lügner, Populisten
NDR, 14.12.2016
<http://t1p.de/lq45>

Adrian Daub
Lügen sind Trumps System
Zeit, 25.01.2017
<http://t1p.de/bq9g>

Adrian Lobe
Algorithmen sind kein Gegenmittel
FAZ, 20.12.2016
<http://t1p.de/xplb>

Johannes Röser
Wir machen uns die Welt, wie sie uns – nicht – gefällt
Christ in der Gegenwart, 47/2016
<http://t1p.de/Inc7>

Soziale Netzwerke

„Die Motivation vieler Fake-News-Anbieter ist wirtschaftlich“

Bei der Brexit-Entscheidung und im Wahlkampf von Donald Trump haben die Sozialen Netzwerke angeblich eine wichtige Rolle gespielt. Welche? Wie verändern sich politische Meinungsbildungsprozesse durch sie? Um diese und ähnliche Fragen wissenschaftlich zu erforschen, wurde vor wenigen Jahren eine neuartige Hochschule für Politik ins Leben gerufen.

Interview mit Prof. Dr. Jürgen Pfeffer

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Pfeffer, warum hat die Technische Universität München eine eigene Hochschule für Politik?

Prof. Dr. Jürgen Pfeffer: Die Hochschule für Politik an der Technischen Universität München hat

litikwissenschaft heraus. Denken Sie beispielsweise an den möglichen Einfluss der Sozialen Netzwerke auf das Wahlverhalten der Bevölkerung, an Social Bots, an Fake News oder an die Menge an Daten, die wir aufgrund der technischen Mög-

keiten in Minutenschnelle im ganzen Land oder auch über den gesamten Planeten verbreiten. Der zweite Aspekt ist die Personalisierung: Die Bevölkerung wird seit jeher gerne in Zielgruppen eingeteilt, weil man weiß, dass man beispielsweise mit Älteren anders kommunizieren sollte als mit Jüngeren. Aus diesem Grund entwerfen politische Parteien verschiedene Forderungen und Werbungen für unterschiedliche Bildungsschichten etc. Neu ist jetzt, dass aufgrund der Informationen, die über uns im Internet, z.B. in Sozialen Medien, zu finden sind, die Zielgruppen immer kleiner und genauer definiert werden. Am Ende ist dann jede Person ihre eigene „Zielgruppe“ und erhält exakt auf sie zugeschnittene Werbung. Und natürlich kann genauso gut auch Desinformation auf sie zugeschnitten werden. Noch ein weiterer As-

pekt darf jedoch nicht übersehen werden: Die Motivation vieler Fake-News-Anbieter und Bot-Betreiber ist wirtschaftlich. Wenn Millionen Menschen eine Geschichte im Internet lesen, dann werden dort auch Millionen von Werbungen angezeigt – und der Betreiber der Seite verdient dadurch Zehntausende Euros.

„Gelogen haben die Menschen immer. Neu sind vor allem zwei Aspekte: Geschwindigkeit und Personalisierung.“

vor allen Dingen eines zum Ziel: Politikwissenschaft und Technik miteinander zu verbinden. Im Mittelpunkt steht die Ausrichtung auf die Wechselwirkungen zwischen Politik, Gesellschaft und Technik. Der rasante technologische Wandel verändert nicht nur unsere Gesellschaft in vielen Bereichen, sondern fordert auch die Politik und die Po-

lichkeiten heute sammeln und auch auswerten können.

Desinformation ist ja etwas, was von der Politik seit jeher betrieben wird. Was ist heute neu?

Stimmt, gelogen haben die Menschen immer. Neu sind vor allem zwei Aspekte. Der erste Aspekt ist die Geschwindigkeit: News und auch Fake News können sich heu-



Prof. Dr. Jürgen Pfeffer, Jahrgang 1976, studierte Informatik und arbeitete anschließend in Beratungsunternehmen und Forschungseinrichtungen. Nach seiner Promotion in Wirtschaftsinformatik war er an einer US-amerikanischen Universität tätig. Seit März 2016 ist er Professor für Computational Social Science & Big Data der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München.

www.hfp.tum.de www.pfeffer.at

te in Minutenschnelle im ganzen Land oder auch über den gesamten Planeten verbreiten. Der zweite Aspekt ist die Personalisierung: Die Bevölkerung wird seit jeher gerne in Zielgruppen eingeteilt, weil man weiß, dass man beispielsweise mit Älteren anders kommunizieren sollte als mit Jüngeren. Aus diesem Grund entwerfen politische Parteien verschiedene Forderungen und Werbungen für unterschiedliche Bildungsschichten etc. Neu ist jetzt, dass aufgrund der Informationen, die über uns im Internet, z.B. in Sozialen Medien, zu finden sind, die Zielgruppen immer kleiner und genauer definiert werden. Am Ende ist dann jede Person ihre eigene „Zielgruppe“ und erhält exakt auf sie zugeschnittene Werbung. Und natürlich kann genauso gut auch Desinformation auf sie zugeschnitten werden. Noch ein weiterer As-

pekt darf jedoch nicht übersehen werden: Die Motivation vieler Fake-News-Anbieter und Bot-Betreiber ist wirtschaftlich. Wenn Millionen Menschen eine Geschichte im Internet lesen, dann werden dort auch Millionen von Werbungen angezeigt – und der Betreiber der Seite verdient dadurch Zehntausende Euros.

Wie groß ist in Deutschland die Gefahr, dass Wahlen durch Hacker und Desinformationskampagnen entscheidend beeinflusst werden?

Die Einflussmöglichkeiten von Hackern sind überschaubar, solange Wahlen hauptsächlich mit Papier und Kugelschreiber durchgeführt werden. Wenn allerdings Entscheidungen vollständig oder teilweise

mithilfe von Wahlautomaten oder e-Voting durchgeführt werden, dann lassen sich Manipulationen nie gänzlich ausschließen. Den Ausgang einer Wahl in Deutschland direkt zu manipulieren, kann aktuell also so gut wie ausgeschlossen wer-

Menschen aktiv sind. Das, was den Anschein erweckt, als würde es von vielen Menschen geteilt werden, kann auch bloß das Ergebnis einer geschickten Manipulation sein. Genau wie im richtigen Leben, müssen wir uns auch im Internet erarbei-

„Wenn Millionen Menschen eine Geschichte lesen, dann werden dort auch Millionen von Werbungen angezeigt – und der Betreiber der Seite verdient Zehntausende Euros.“

den. Indirekte Manipulation durch eine Beeinflussung von Wahlberechtigten findet jedoch sehr wohl statt. Das beginnt mit der „normalen“ politischen Werbung von den zur Wahl antretenden Parteien. Leider sehen wir aber auch immer mehr gezielte Desinformation, mit der beispielsweise gegen bestimmte Gesellschaftsgruppen gehetzt wird. Solche Geschichten können zu einer Polarisierung beitragen und damit natürlich auch indirekt Auswirkungen auf das Wahlverhalten haben.

Wie kann sich unsere Gesellschaft vor Manipulationen schützen? Wie der einzelne Bürger?

Für den Einzelnen ist es wichtig, ein Bewusstsein darüber zu entwickeln, dass nicht jede auf Facebook verbreitete Geschichte stimmt. Ge-

ten, welchen Quellen wir vertrauen können und woher wir unsere Informationen beziehen. Und im Zweifelsfall sollten wir lieber ein wenig skeptisch sein.

Im Moment wird stark über negative Folgen bzw. Probleme der Digitalisierung gesprochen. Was sind denn positiv gesehen die Möglichkeiten?

Das Internet und da speziell die Sozialen Medien wie Facebook und Twitter sind an sich eine tolle Sache. Wir können uns Informationen direkt aneignen, wir können uns weltweit mit Menschen verbinden und private Kontakte auf anderen Kontinenten aufrechterhalten. Das eröffnet uns eine Vielzahl an Möglichkeiten. Wir haben jedoch, als Einzelne und als Gesellschaft, noch einiges zu lernen, um die negativen Seiteneffekte dieser

„Den Ausgang einer Wahl in Deutschland direkt zu manipulieren, kann aktuell so gut wie ausgeschlossen werden.“

nauso wenig, wie jedes Gerücht wahr ist, das wir am Arbeitsplatz oder in einer Bar oder sonst wo hören. Zudem muss man sich darüber klar sein, dass im Internet nicht nur

Technologien besser in den Griff zu bekommen. Aber ich bin da sehr zuversichtlich.

Herr Prof. Pfeffer, vielen Dank für das interessante Gespräch. ■

Digitalisierung

„Extremes zieht die Aufmerksamkeit an“

Das Internet ist heute die dominierende Informationsquelle. Seine Nutzung geht einher mit einer schleichenden Veränderung unserer Wahrnehmung, unseres Denkens, unseres Selbstverständnisses, unserer Persönlichkeit, unserer Beziehungen und unseres Weltbildes. Wir werden manipulierbarer. Und das gefährdet Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Interview mit Yvonne Hofstetter

ÖkologiePolitik: Frau Hofstetter, warum ist die Digitalisierung gefährlich?

Yvonne Hofstetter: Die Digitalisierung ist eine menschliche Kulturleistung und als solche nicht direkt gefährlich. Aber alle menschlichen Kulturleistungen verändern die Gesellschaft von Grund auf, setzen Normen, Regeln, Lebensentwürfe und Herrschaftsformen außer Kraft. Technologische Kräfte der Digitalisierung sind z.B. Datenströme in Echtzeit, Künstliche In-

einbar. Und die zunehmende Vernetzung macht unsere Gesellschaft noch dynamischer und komplexer – und damit auch zunehmend chaotischer.

Steigt durch die Digitalisierung auch die Manipulierbarkeit?

Ja. In der digitalen Ära geht es um Personalisierung: um personalisierte Suchergebnisse, um personalisierte „Nachrichten“ usw. Ich soll in meiner eigenen Welt, in meiner „Echokammer“ leben. Da-

„Unsere Gesellschaft wird in Einzelmeinungen fragmentiert. Es fehlt an gemeinsamer Programmatik.“

telligenz und Dauerüberwachung. Dadurch wird nichts so bleiben, wie es war. Aus DVDs werden Streams, aus Büchern fluide Texte auf einem Kindle, aus Zeitungen News Feeds. Berufe wie Lkw-Fahrer, Programmierer oder Buchhalter werden automatisiert. Von diesem zerstörerischen Potenzial bleibt die Demokratie nicht ausgenommen. Schon die Dauerüberwachung der Menschen ist mit Demokratie nicht ver-

für werden Profile von Menschen berechnet. Künstliche Intelligenzen beurteilen uns und spielen uns dann Information zu, die auf uns zugeschnitten ist. Damit wird unsere Gesellschaft in eine Masse von Einzelmeinungen fragmentiert. Parteien, Kirchen oder Vereine verlieren an Einfluss und Bindungskraft. Es fehlt an gemeinsamer Programmatik. Wer aber kein inneres Programm mehr hat, der ist sehr



Foto: C. Bertelsmann

Yvonne Hofstetter, Jahrgang 1966, studierte Jura, ist seit 1999 in der IT-Branche tätig und seit 2009 Geschäftsführerin eines Unternehmens, das Künstliche Intelligenz für industrielle Einsatzzwecke entwickelt. Darüber hinaus beschäftigt sie sich mit Fragen zu Nutzen und Risiken der Digitalisierung für unsere Gesellschaft, worüber sie zahlreiche Artikel und Bücher veröffentlichte.

www.yvonnehofstetter.de

leicht von rechts oder links beeinflussbar.

Von rechts oder links?

Nicht die Mitte, sondern Extremes zieht die Aufmerksamkeit an: Übertreibungen, Lügen, Auslassungen. Die Mitte ist für das Internet uninteressant. Denn Content aus der Mitte ist unspektakulär, ist Content, den keiner lesen will. Die IT-Giganten haben ihre Online-Plattformen aus Werbetechnologien entwickelt. Haben Sie schon einmal eine Werbung gesehen, die eine „mittlere“ Botschaft sendet? Es geht immer um Aufreger und Erregung.

Soziale Netzwerke galten als neue Stufe von Demokratie und Freiheit.

Soziale Netzwerke versprechen, dass man sich direkt mit Freun-

den austauschen kann. Tatsächlich tausche ich meine Informationen aber zuerst mit dem Netzwerkkonzern aus. Der nutzt sie, um mich zu profilieren, um meine „Echokammer“ auszubauen, in der ich nur sehe, was mich interessiert. Jeder Klick auf Links, die zu meinem Interesse passen, bringt Geld – dem Konzern, nicht mir. Vollends irrsinnig ist, dass wir diese Werbetechnologien auch für die Nachrichtenbeschaffung auserkoren haben. Dabei sind Nachrichten über die Wirklichkeit auf solchen Plattformen gar nicht zu

den austauschen kann. Tatsächlich tausche ich meine Informationen aber zuerst mit dem Netzwerkkonzern aus. Der nutzt sie, um mich zu profilieren, um meine „Echokammer“ auszubauen, in der ich nur sehe, was mich interessiert. Jeder Klick auf Links, die zu meinem Interesse passen, bringt Geld – dem Konzern, nicht mir. Vollends irrsinnig ist, dass wir diese Werbetechnologien auch für die Nachrichtenbeschaffung auserkoren haben. Dabei sind Nachrichten über die Wirklichkeit auf solchen Plattformen gar nicht zu

que, geht nicht mehr in verrufenen Stadtbezirken aus. Die Souveränität, die Selbstbestimmung des Betroffenen wird durch so ein präzisiertes staatliches Handeln massiv beschränkt. Das hat mit unserem Rechtsstaatsverständnis nichts mehr zu tun. Rechtsstaatlichkeit ist aber eine Grundlage der Demokratie.

Lassen sich heute schon gravierende Unterschiede zwischen Digital Natives und Digital Immigrants feststellen?

Digital Natives haben das Vertrauen in die Demokratie verloren.

„49% der US-amerikanischen Digital Natives wünschen sich einen starken Führer.“

erwarten. Im Gegenteil: Bei der Werbung ist das gefragt, was erregt und aufregt. Aufregung macht Klick – und schon fließt der Geldsegen.

Wie wirkt sich das Profiling auf unsere Demokratie und Freiheit aus? Polizeibehörden in den USA und England setzen heute schon Algorithmen ein, die die Wahrscheinlichkeit berechnen, mit der Bürger straffällig werden. Noch bevor sie eine Straftat begangen haben, erhalten Betroffene ein Anschreiben: „Wir haben ausgerechnet, dass Sie in den nächsten drei Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine kriminelle Handlung verstrickt sein werden – entweder als Täter oder als Opfer. Wenn Sie sich nicht gesetzestreu verhalten, wird Sie der Arm des Gesetzes mit voller Wucht treffen und streng bestrafen.“ Kein Betroffener bewegt sich da noch frei, sondern schränkt sein Verhalten stark ein: hört keinen Rap mehr, trifft sich nicht mehr mit seiner Cli-

Laut World Value Study 2016 halten nur noch 30% der zwischen 1980 und 2000 Geborenen die Grundrechte für wichtig. 49% der US-amerikanischen Digital Natives wünschen sich einen starken Führer, gerne auch eine Militärregierung. Der Trend in Europa ist ähnlich. Begonnen hat diese Erosion mit der digitalen Überwachung: Zuerst haben die Digital Natives die Privatsphäre abgeschrieben. Danach war ihnen das algorithmische Profiling egal, das häufig technologisch diskriminiert. Aber Grundrechte sind eine Grundlage der Demokratie. Wer sie aufgibt, fügt der Demokratie schlimme Defekte zu.

Welche Maßnahmen könnten das korrigieren?

Unsere demokratischen Verfassungen waren nicht darauf vorbereitet, dass globale Konzerne die Grundrechte der Bürger fast mehr verletzen als Staaten. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, dies zu berichte-

BUCHTIPPS

Yvonne Hofstetter

Das Ende der Demokratie

Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt
C. Bertelsmann, September 2016
512 Seiten, 22,99 Euro
978-3-570-10306-7

Yvonne Hofstetter

Sie wissen alles

Wie Big Data in unser Leben eindringt und warum wir um unsere Freiheit kämpfen müssen
Penguin, August 2016
352 Seiten, 10,00 Euro
978-3-328-10032-4



gen. Das Gesetz muss auch im 21. Jahrhundert noch leisten, was es leisten kann. Es kommt allerdings auch an seine Grenzen, denn es wird zunehmend von der Technosteuerung abgelöst.

Warum wird die Digitalisierung von der Politik so unkritisch hingenommen?

Die Digitalisierung verspricht einen neuen Goldrausch: den Rausch der Daten, der neuen Leitwährung des 21. Jahrhunderts. Wirtschaftswachstum geht über Bürgerrechte, auch bei der Digitalisierung. Nicht nur der betrogene Autofahrer ist der Politik egal, wenn es um die Macht der Autokonzerne geht. Auch die bürgerlichen Freiheiten müssen hinter den Interessen der übermächtigen Tech-Konzerne zurückstehen.

Frau Hofstetter, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Manipulationstechniken

„Plumpe Lügen sind eher die Ausnahme“

Wie ist es in einer Demokratie möglich, dass die große Mehrheit der Bevölkerung bei Wahlen immer wieder eine Politik unterstützt, die ihren Interessen völlig zuwiderläuft? Dieses irrationale Verhalten lässt sich nur verstehen, wenn man die Funktionsweise der menschlichen Psyche kennt – und die Techniken, mit denen sie manipuliert werden kann.

Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Mausfeld, welche Bedeutung haben Fake News für die Manipulation des öffentlichen Bewusstseins?

Prof. Dr. Rainer Mausfeld: Fake News sind seit je ein beliebtes Mittel, um die öffentliche Meinung zu steuern. Sie sind ein altes Phänomen

das Denken blockiert wird. Die Methoden sind mannigfaltig. Ihre geschickte Kombination macht sie besonders wirkungsvoll.

Was bewirkt die Wiederholung einer Botschaft?

Sie bewirkt, dass der „gefühlte Wahrheitswert“ einer Botschaft

„Je öfter eine Botschaft wiederholt wird, desto eher wird sie als wahr eingeschätzt – völlig unabhängig davon, wie wahr sie tatsächlich ist.“

und haben wenig mit dem Internet zu tun. Fast immer, wenn eine Bevölkerung auf einen Krieg eingeschwo-ren werden soll, verbreiten Regierung und Massenmedien erfundene Geschichten über angebliche Gefahren oder Gräueltaten. Solch plumpe Lügen sind aber eher die Ausnahme. Die Regel sind viel subtilere Methoden der Manipulation.

Welche Methoden sind das?

Es gibt davon ein großes Arsenal. Beispielsweise die Überflutung mit Informationen, was zu einer Übersättigung führt und die Aufmerksamkeit sinken lässt. Oder die andauernde Wiederholung einer bestimmten Botschaft. Oder die Erzeugung von Angst, wodurch

steigt. Psychologische Experimente haben gezeigt, dass dies selbst dann funktioniert, wenn wir zuvor über diesen Effekt aufgeklärt werden. Je öfter eine Botschaft wiederholt wird, desto eher wird sie als wahr eingeschätzt – völlig unabhängig davon, wie wahr sie tatsächlich ist.

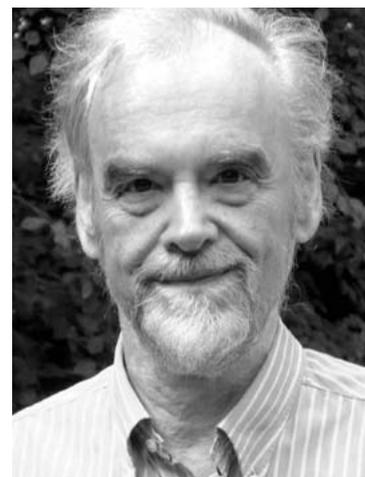
Wie wird sonst noch manipuliert?

Eine schlichte, aber sehr wirksame Methode besteht z.B. darin, Tatsachen als bloße Meinung zu bezeichnen. Oder man reißt Tatsachen aus ihrem Kontext heraus, sodass Sinnzusammenhänge verloren gehen. Oder man bettet sie in einen anderen Kontext ein, gaukelt also andere Sinnzusammenhänge vor. Oder man deklariert, wo die

Grenzen für „vernünftige“ Meinungen liegen, und bezeichnet alles, was außerhalb dieser Grenzen liegt, als „unvernünftig“ und „undiskutabel“. Da wir dazu neigen, bei Konflikten gegensätzlicher Positionen die Wahrheit in der Mitte zu vermuten, kann man durch die Festlegung der Grenzen des „Vernünftigen“ unser Urteilsvermögen beeinträchtigen und so den öffentlichen Diskussionsraum auf die politisch gewünschten Positionen verengen.

Wie rational ist das menschliche Urteilsvermögen?

Es ist in seiner Rationalität sehr begrenzt und stark gefühlsgeliebt. Das hat in unserem Alltag durchaus Vorteile, eröffnet jedoch auch viele Möglichkeiten für Manipulation. So haben wir z.B. große Schwierigkeiten, abstrakte, also nicht unmittelbar sinnlich greifbare Ursachen gesellschaftlicher Phänomene zu erfassen. Über direkte Gewalt, wie z.B. Folter oder Mord, die Menschen an anderen Menschen ausüben, empören wir uns sehr viel leichter als über abstrakte Gewalt, wie sie von unserer neoliberalen Wirtschaftsordnung und ihren Akteuren ausgeübt wird, auch wenn diese ein Vielfaches an Opfern fordert.



Prof. Dr. Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie, schlug eine akademische Berufslaufbahn ein und hatte von 1993 bis 2016 den Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel inne. Er arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung.

www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld

Eigentlich sind die Manipulationsmethoden ziemlich simpel. Warum funktionieren sie?

Auch bei Zauberkünstlern sind wir uns bewusst, dass ihre Tricks auf Täuschung basieren, können uns aber dennoch ihrer Wirkung nicht entziehen. In der Politik sind die verwendeten Täuschungsmethoden sogar wesentlich einfacher.

„Wir neigen dazu, bei Konflikten gegensätzlicher Positionen die Wahrheit in der Mitte zu vermuten.“

Das entscheidende Transportmittel der Manipulationen sind die Massenmedien. Das ist seit je so und ergibt sich bereits aus deren ökonomischer Situation. Hierzu gibt es eine Fülle sorgfältiger Studien. Angesichts solcher empirischen Be-

lege überrascht die Beharrlichkeit, mit der Journalisten ihr berufliches Selbstbild einer unvoreingenommenen Vermittlung der gesellschaftlichen Realität aufrechtzuerhalten suchen. Dies lässt sich wohl nur dadurch erklären, dass sie durch ihre Ausbildung in besonders hohem Maße indoktriniert werden.

Welche Rolle spielt die Sprache?

Eine herausragende. Mithilfe von Schlüsselbegriffen hält man das Denken in Schach. Neoliberale Begriffe wie „Reform“, „Globalisierung“ oder „Wettbewerbsfähigkeit“ klingen positiv, sorgen für Akzeptanz, verzerren und verharmlosen aber die soziale Realität, die sich hinter ihnen verbirgt. Oder denken Sie an Kriege: Dienen Kampfhandlungen unseren Interessen, werden die Akteure „Rebellen“ oder „Freiheitskämpfer“ genannt, laufen sie unseren Interessen zuwider, dann heißen sie „Terroristen“. Für Kriege werden heute PR-Agenturen engagiert, die dafür sorgen, dass bei allen Berichten bestimmte Sprachregelungen zum Einsatz kommen. So wird das öffentliche Bewusstsein geformt und gelenkt.

Woher haben die Manipulanten ihr Wissen?

Die Sozialwissenschaften und die Psychologie spielen seit vielen Jahrzehnten bei der Entwicklung von Techniken des Meinungsma-

agements eine zentrale Rolle. Nur als kleines Beispiel: Die American Psychological Association (APA) führte 2003 mit der CIA einen Workshop durch, um neueste psychologische Erkenntnisse „zum Zwecke nationaler Sicherheit“ auf-

ONLINETIPPS

Vortrag von Rainer Mausfeld

Wie werden Meinung und Demokratie gesteuert?

München, Leo 17, 01.05.2017 (ÖDP München)

<https://youtu.be/AU8hjfhAAxg>

Interview mit Rainer Mausfeld

Die neoliberale Indoktrination

NachDenkseiten, 18.01.2016

www.nachdenkseiten.de/?p=30286

Vortrag von Rainer Mausfeld

Warum schweigen die Lämmer?

Kiel, Universität, 22.06.2015

<https://youtu.be/QIMsEmpdC0E>

<http://t1p.de/bve9> (Textfassung)

zubereiten und für eine wirkungsvolle Manipulation der Bevölkerung zu nutzen.

Wie kann man sich gegen die Manipulation schützen?

Das ist – im politischen Bereich wie bei der Werbung – nicht leicht und erfordert ein Bewusstsein davon, dass man sich in einer Situation des Manipuliertwerdens befindet. Wichtig ist auch zu verstehen, wie Manipulationstechniken funktionieren und welche „Schwachstellen“ unseres Geistes sie ausnutzen. Und schließlich bedarf es unseres Willens und unserer Entschlossenheit, uns von eingeflossenen Ängsten und Vorurteilen zu befreien und uns ein eigenständiges Bild von der gesellschaftlichen Realität zu machen. Wie Immanuel Kant es so schön ausgedrückt hat: Wir müssen den Mut haben, hinzusehen und uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen. Das ist anstrengend, aber die einzige Möglichkeit.

Herr Prof. Mausfeld, vielen Dank für das interessante Gespräch. ■

ARD-Tagesschau

„Kaum Fake-News, dafür Zero-News“

Jeden Abend um 20 Uhr berichtet die ARD-Tagesschau über aktuelle Ereignisse. Sie gilt als gründlich arbeitendes, seriöses und objektives Qualitätsmedium. Ein kürzlich erschienenes Buch stellt dies infrage und kommt zu einem ernüchternden Fazit: Nach den 15 Minuten weiß man, was die Regierung denkt und was man selbst denken soll.

Interview mit Uli Gellermann

ÖkologiePolitik: Herr Gellermann, was missfällt Ihnen an der Tagesschau?

Uli Gellermann: Die Tagesschau hat – wie alle öffentlich-rechtlichen Medien – einen Programmauftrag. Der fußt auf dem Grundgesetz, ist in den Staatsverträgen der Sender mit ihren Bundesländern verankert und verlangt eine objektive Berichterstattung. Die der Tagesschau ist aber nicht objektiv. Zwar verbreitet sie kaum Fake-News, dafür hat sich die Redaktion in den letzten Jahren auf Zero-News spezialisiert: Wichtige Nachrichten bleiben konsequent unerwähnt.

Zum Beispiel?

Als zu Beginn des Ukraine-Konflikts über 60 Prominente – darunter Gerhard Schröder, Roman Herzog, Otto Schily, Herta und Paul Amirian, Manfred Stolpe und Margot Käßmann – zum Frieden aufrufen und davor warnten, Russland „hinauszudrängen“ und „zu dämonisieren“, war das der Tagesschau keine Meldung wert. Die Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt und über Russland generell zeichnet sich durch ein schlichtes Freund-Feind-Schema aus. Die genannten

Namen hätten normalerweise Talk-Shows zur Folge gehabt, vielleicht sogar Sondersendungen. Aber man schwieg. Und die deutschen Medien schlossen sich diesem mafiosen Schweigen mehrheitlich an. Wer ausscherte, wurde als „Putin-Versteher“ oder „Verschwörungstheoretiker“ gebrandmarkt. Obwohl der Ukraine-Konflikt vom Wunsch der NATO und der EU nach Ausweitung ausgelöst wurde, ging es laut Tagesschau um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte.

Auch im *Syrien-Krieg* geht es angeblich darum.

Dort bezeichnet die Tagesschau dschihadistische Terroristen konsequent als „moderate Rebellen“ und erweckt damit den Eindruck, die syrische Regierung bekämpfe mithilfe Russlands eine legitime Opposition und habe ihre eigene Legitimität längst eingebüßt. Dass Unterstützer dschihadistischer Terroristen von deutschen Gerichten als Kriminelle abgeurteilt wurden, bleibt unerwähnt. Es wird so getan, als herrsche in Syrien ein Bürgerkrieg zwischen „guten Rebellen“ und einem „bösen Regime“. Deshalb wird Baschar al-Assad nicht als



Uli Gellermann, Jahrgang 1945, machte eine Ausbildung zum Industriekaufmann und arbeitete danach in einer Werbeagentur, für den Berliner Senat sowie ab den 1990er-Jahren als freier Journalist und Dokumentarfilmer. Seit 2005 gibt er als Verantwortlicher Redakteur das Online-Magazin „Rationalgalerie“ heraus.

www.rationalgalerie.de

„Präsident“, sondern als „Machthaber“ bezeichnet. Auch der Krieg im Jemen wird immer als Bürgerkrieg dargestellt, den „Huthi-Rebellen“ gegen „Regierungsgruppen“ führen. Als saudische Flugzeuge einen Marktplatz bombardierten und mehr als 120 Menschen töteten, passte das nicht ins Bild und war der Tagesschau keine Nachricht wert. Eine Kriegsberichterstattung aus dem Jemen findet praktisch nicht statt. Und nie werden die Hintergründe beleuchtet: geostrategische Interessen der Großmächte und der Saudis, Erdöl- und Erdgasfelder, Handelswege.

Manipulation findet also auch über die Sprache statt?

Ja. Wenn Militäraktionen ohne UN-Mandat als „Übernahme von mehr internationaler Verantwortung“, „Eintreten für Menschenrech-

te“ und „Verteidigung der Freiheit“ bezeichnet werden oder von ausländischen Staaten bezahlte Söldner und Terroristen als „Rebellen“, dann ist das gezielte Irreführung. Dieses „Wording“ transportiert Wertungen, die in einer zur Objektivität verpflichteten Nachrichtensendung nichts zu suchen haben. Die Sprachregelung „US-geführte Koalition gegen den IS“ verschleierte, dass jeder Bombenflug in Syrien einen Bruch des Völkerrechts darstellt.

Vertritt die Tagesschau eine klare außenpolitische Position?

Die Tagesschau vertritt immer die Position der Bundesregierung: Die USA seien ein Freund Deutschlands und letztlich sei alles, was sie tun, gut. Das galt unbeirrt für den völkerrechtlich illegalen Drohnenkrieg Barack Obamas ebenso wie für den von Hillary Clinton befürworteten NATO-Krieg gegen Libyen.

Was hat sich mit Donald Trumps Amtsantritt geändert?

Nachdem die Tagesschau Clintons Wahlkampf begeistert begleitet hatte, ringt sie seit Trumps Sieg um neue Sprachregelungen. Das unorthodoxe Auftreten Trumps lässt sich schwer mit der bisherigen USA-Begeisterung vereinbaren. In die fällt

die Tagesschau aber sofort zurück, wenn Trump sich positiv zur NATO äußert und eine Distanz zu Russland erkennen lässt.

Wie berichtet sie über Innen- und Wirtschaftspolitik? Wie über den Neoliberalismus?

Der Begriff „Neoliberalismus“ ist ein Tabu. Gibt man ihn in die Tagesschau-Suchmaschine ein, dann erscheinen nur wenige Ergebnisse und keine Definition. Auch in der anfänglichen Begeisterung für den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz wurde der Begriff tunlichst vermieden, dabei hätte dessen an-

gebliche Abkehr von der Agenda 2010 ihn zu deren Charakterisierung erfordert.

Wer gibt die Positionen vor? Und wie werden sie intern durchgesetzt?

Hinter der Position „Wir senden, was die Bundesregierung will“ steckt keine zentrale Leitstelle. Man weiß dort bereits als Volontär, was gewünscht wird. Wer Karriere machen möchte, hält sich an die unge-

BUCHTIPP

Uli Gellermann, Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam
Die Macht um acht
 Der Faktor Tagesschau
 Papyrossa, Mai 2017
 173 Seiten, 13,90 Euro
 978-3-89438-633-7



schriebenen Gesetze. Die Politik der Bundesregierung ist in Grundsatzfragen sakrosankt.

„Wichtige Nachrichten bleiben unerwähnt. Der Begriff ‚Neoliberalismus‘ ist ein Tabu.“

Was raten Sie den Fernsehzuschauern? Keine Tagesschau mehr?

Wer wissen will, was die jeweilige Bundesregierung als Botschaft verkünden will, kommt an der Tagesschau nicht vorbei. Und das ist ja durchaus wichtig und interessant. Wer jedoch mehr wissen will, muss sich aus verschiedenen Quellen des Internets bedienen.

Sie selbst beziehen sich auch auf *Russia Today* und *Sputnik* – und schreiben für *Sputnik*. Halten Sie die für objektiver als die Tagesschau?

Ich schreibe nicht für *Sputnik*, sondern die dortigen Kollegen übernehmen zuweilen Artikel von meiner Website. *Sputnik* und *Russia Today* werden vom russischen Staat alimentiert, so wie die Deutsche Welle vom deutschen. Wenn man das weiß, kann man die Positionen dieser Medien einordnen. Ganz sicher erweitern sie das Spektrum der Nachrichten und Meinungen in Deutschland.

Herr Gellermann, vielen Dank für das interessante Gespräch.



Mit fast 10 Mio. Zuschauern ist die ARD-Tagesschau die meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen.

Kriegspropaganda

„Es dominieren der Terror-Frame und der Böse-Mann-Frame“

Das erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit, sagte US-Senator Hiram Johnson im Jahr 1914. Anstelle der Wahrheit tritt die Propaganda. Die wird heute gemeinhin als eine eher krude Manipulationsstrategie totalitärer Staaten verstanden. Gibt es sie auch in westlichen Demokratien? Wenn ja: In welchen Formen tritt sie auf? Welche Methoden stecken dahinter?

Interview mit Dr. Daniele Ganser

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Ganser, mit welchen Methoden werden uns Kriege schmackhaft gemacht? Mit Fake News?

Dr. Daniele Ganser: Mit Fake News auch, aber das sind eher Ausnahmen, die meist unmittelbar vor Angriffskriegen zum Einsatz kommen. Der Normalfall ist das sogenannte „Framing“. Mit „Frame“ ist ein Deutungsrahmen für Ereignisse gemeint. Den benötigen wir letztlich immer, um der Überfülle an Informationen eine Struktur geben zu können. Das nützt die Politik aus, um über die Massenmedien Frames vorzugeben, durch die Ereignisse in unserem Gehirn eine bestimmte Bedeutung erhalten. Aktiviert wird ein Frame vor allem durch das ständige Wiederholen bestimmter Schlagworte und Bilder sowie durch das konsequente Ausblenden unliebsamer Frames.

Welche Frames dominieren aktuell?

Seit den 9/11-Anschlägen im Jahr 2001 dominiert der „Terror-Frame“: So gut wie alle militärischen Operationen werden uns als „Krieg gegen den Terror“ verkauft. Wesentlich älter, aber nach wie vor in Gebrauch, ist der „Böse-Mann-Frame“: Ein unliebsamer Regierungschef wird

dämonisiert und es wird so getan, als ob der Frieden käme, wenn er gestürzt wird. Doch der kam so gut wie nie, stattdessen herrschte da-

die geostrategischen Ziele des derzeit mächtigsten Landes der Welt: der USA. Und mit dem „Rohstoff-Frame“ geht man der Frage nach,

„Die Politik gibt über die Massenmedien bestimmte Frames vor, durch die Ereignisse eine bestimmte Bedeutung erhalten.“

nach in den Ländern vor allem Chaos – und irgendwo anders tauchte wieder ein neuer „böser Mann“ auf. Besonders wirksam ist die Kombination dieser beiden Frames. Und um diese als einzig „vernünftige“ durchzusetzen, werden Kritiker mit dem „Verschwörungstheorie-Frame“ als „verrückte Spinner“ diffamiert.

Wie kann man sich dagegen wehren?

Zum einen, indem man sich bewusst wird, dass es das Framing gibt und wie es funktioniert. Zum anderen, indem man andere Frames aktiviert: den „UNO-Frame“, den „Imperium-Frame“ und den „Rohstoff-Frame“. Mit dem „UNO-Frame“ prüft man, ob eine militärische Operation völkerrechtlich legal oder illegal ist. Mit dem „Imperium-Frame“ untersucht man

inwieweit sich hinter militärischen Operationen wirtschaftliche Interessen verbergen könnten: die Sicherung von Rohstoffen, vor allem von Erdöl und Erdgas.

Warum sind die Rohstoffe so bedeutsam?

Die Welt ist hochgradig süchtig nach Erdöl. 90 Mio. Fass braucht sie heute jeden Tag, das sind 45 Supertanker. 1945 waren es nur 6 Mio. Fass. Zunehmend wichtiger wird Erdgas. Stoppt der Nachschub, dann kollabiert die Wirtschaft. Geostrategische Machtpolitik dient deshalb vornehmlich dazu, die eigene Versorgung mit Rohstoffen zu sichern und den Zugriff der Konkurrenten zu erschweren. Wer Erdöl und Erdgas kontrolliert, wer deren Abbau und deren Transportwege kontrolliert, der kontrolliert letztlich die Welt.



Foto: Kristin Herbig

Dr. Daniele Ganser, Jahrgang 1972, studierte Alte und Neue Geschichte, Philosophie und Englisch, spezialisierte sich auf Zeitgeschichte seit 1945 und promovierte über die „Operation Gladio in Westeuropa und den USA“. Nach mehrjährigen Forschungstätigkeiten an der ETH Zürich und der Universität Basel gründete er 2011 sein eigenes Forschungsinstitut.

www.danieleganser.ch

Welche Kriege wurden um Erdöl geführt?

Viele. Schon im Ersten Weltkrieg spielte Erdöl eine Rolle, im Zweiten Weltkrieg auch. In unserer Zeit war sicher der Angriff auf den Irak im Jahr 2003 ein Krieg um Erdöl. Damals haben Bush und Blair die ganze Welt belogen, als sie behaupteten, Saddam Hussein hätte atomare, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen und wolle sie gegen den Westen einsetzen. Heute wissen wir, dass dies frei erfunden war, um die Weltöffentlichkeit unter Druck zu setzen und den Angriff moralisch zu rechtfertigen. Ein Fake-News-Klassiker! Der Angriff wurde ohne UNO-Mandat durchgeführt und war daher illegal. Er kostete weit über 1 Mio. Menschen das Leben. Die Zahl der Verletzten

und Verstümmelten ist vielfach höher. Und das Land ist seither instabil und versinkt im Chaos.

Gibt es legale Kriege?

Die UNO definiert in ihrer Charta von 1945 zunächst ganz klar: Kein Land darf ein anderes angreifen. Grundsätzlich sind also alle Kriege illegal. Allerdings definiert die Charta zwei Ausnahmen: zum einen das Recht auf Selbstverteidigung, wenn ein Land angegriffen wird. Zum anderen das Recht auf einen Angriffskrieg, wenn ein ausdrückliches Mandat des UNO-Sicherheitsrats vorliegt. Nur in diesen beiden Fällen sind Kriege legal, ansonsten sind sie illegal. Illegal sind auch Regime-Changes – eine besonders beliebte und elegante Methode, um die eigenen Interessen in anderen Ländern durchzusetzen. Und illegal ist auch die Bewaffnung von Söldnern und Banden in fremden Staaten, um diese zu destabilisieren.

Können Sie Beispiele für Regime-Changes nennen?

Aktuell wird in Syrien versucht, Assad zu stürzen. Ein bekanntes älteres Beispiel ist der Iran: 1953 stürzte die CIA zusammen mit dem britischen Geheimdienst MI6 dessen demokratisch gewählte Regie-

ten Oberschicht, bis 1979 die Lage eskalierte und die sogenannte „Islamische Revolution“ sie stürzte. Um den Iran kleinzuhalten, rüsteten die USA den irakischen Diktator Saddam Hussein auf, der 1980 den Iran angriff. Später belieferten die USA beide Kriegsparteien mit Waffen. So waren beide mit sich selbst beschäftigt und schwächten sich über Jahre hinweg gegenseitig. Mindestens 400.000 Tote forderte dieser Krieg, der bis 1988 dauerte. Diese Strategie wird übrigens heute wieder von US-Geostrategen wie George Friedman vom Thinktank Stratfor empfohlen, um den Einfluss der USA in Europa und Asien zu sichern. Im Februar 2015 forderte Friedman in einem Vortrag in Chicago, Spannungen zwischen Nationen zu nutzen, anzufachen und beide gleichzeitig zu unterstützen. Er forderte auch unverhohlen, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben, um beide zu schwächen.

Trieb nicht Russland selbst den Keil, indem es die Krim annektierte?

Nein. Seit Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO kontinuierlich ausgedehnt, nicht Russland. Russland will nicht von der NATO völlig umzingelt sein, will nicht, dass nun auch noch die komplette

„Seit den 9/11-Anschlägen werden uns so gut wie alle militärischen Operationen als ‚Krieg gegen den Terror‘ verkauft.“

Ukraine zur NATO gehört. Bei der deutschen Wiedervereinigung zog Russland seine Truppen aus der DDR ab, weil die USA versprochen, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Dieses Versprechen haben sie dann immer wieder gebrochen. Gorbatschow klagte 2009, der Westen habe Russland über den

Ukraine zur NATO gehört. Bei der deutschen Wiedervereinigung zog Russland seine Truppen aus der DDR ab, weil die USA versprochen, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Dieses Versprechen haben sie dann immer wieder gebrochen. Gorbatschow klagte 2009, der Westen habe Russland über den



Tisch gezogen. Putin sieht das genauso. John Mearsheimer, Professor für Politikwissenschaft an der University of Chicago, sagte zur russischen Befindlichkeit: Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein Militärbündnis schmieden und dabei versuchen

„Wenn immer wieder das Gleiche erzählt wird, dann glauben das die Menschen irgendwann, auch wenn es nicht schlüssig ist.“

würde, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen. Die Sezession der Krim war eine Reaktion auf den vom Westen eingefädelten Regime-Change in der Ukraine: Poroschenko anstelle von Janukowytsch. Denn Poroschenko will in die NATO. Im Februar 2014 war der Putsch, im März 2014 die Sezession der Krim. Der „Böse-Mann-Frame“ verdeckt dies – und wer es anspricht, wird als „Putin-Versteher“ diffamiert.

Geht also von Russland keine Bedrohung aus?

Nein. Russland hat kein Interesse, Westeuropa zu erobern. Die 54 Mrd. Dollar, um die Trump den US-Militäretat jetzt nochmals erhö-

hen will, entsprechen fast dem, was Russland insgesamt ausgibt. Mit jährlich 600 Mrd. Dollar hatten die USA schon vor Trump den mit Abstand größten Militäretat der Welt. Dahinter kommt lange nichts, dann China mit 215 Mrd. Dollar, wieder lange nichts, dann Saudi-Arabien mit 87 Mrd. Dollar – und dann erst Russland mit 66 Mrd. Dollar. Ist angesichts dieser Zahlen Russland tatsächlich eine Bedrohung für Westeuropa? Eine imperialistische Politik wird seit Jahrzehnten vor allem von den USA betrieben. Unter Trump ist nur die Scheinheiligkeit vorbei. Es wird jetzt so offen wie noch nie davon geredet, kräftig aufzurüsten, um Kriege zu führen und zu gewinnen. Und das nicht aus moralischen Gründen, um jemanden zu „befreien“ und zu „demokratisieren“, sondern weil „America first“ gilt. Aber das ist in Wirklichkeit schon lange das Leitmotiv des

US-Imperiums. So wie in früheren Jahrhunderten beim britischen und beim spanischen Imperium das Eigeninteresse im Mittelpunkt stand.

Um was geht es aktuell im Syrienkrieg?

Dort versuchen die NATO-Staaten USA, Großbritannien und Frankreich zusammen mit den Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar seit 2011, Präsident Assad zu stürzen, indem sie sogenannte „Rebellen“ unterstützen, ausbilden und mit Waffen versorgen. Diese drangen ins Land ein, um es systematisch zu destabilisieren und ins Chaos zu stürzen. Täten die „Rebellen“ das, was sie in Syrien tun,

bei uns, dann würden wir sie als „Terroristen“ bezeichnen und verfolgen. „Rebellen“ hört sich aber sympathischer an und scheint nicht im Widerspruch zum „Krieg gegen den Terror“ zu stehen, der seit 2001 angeblich geführt wird. Zwar werden vornehmlich „moderate Gruppen“ unterstützt, doch die arbeiten mit der Al-Nusra-Front zusammen – einem Ableger von Al-Qaida. Die gelieferten Waffen landen also auch bei denen. Die CIA hat 1 Mrd. Dollar in die Stärkung der „Rebellen“ investiert. Dieser Versuch, Assad zu stürzen, steht im Widerspruch zur UNO-Charta, ist also illegal, forderte bisher über 400.000 Tote, ein Vielfaches an Verletzten und löste eine riesige Flüchtlingswelle aus. Auch die „Aufklärungsflüge“ der deutschen Luftwaffe sind übrigens illegal. Kein Land darf in den Luftraum eines anderen Landes eindringen, außer dieses Land hat es ihm vorher ausdrücklich erlaubt. Ob die deutschen Tornados Bomben werfen, ist dabei nicht entscheidend. Die Flüge dienen einer vom UNO-Sicherheitsrat nicht genehmigten Militäroperation und verstoßen damit gegen die UNO-Charta. Russland verstößt nicht gegen die UNO-Charta, weil es auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung im Land aktiv ist.

Warum will die NATO Assad stürzen?

Zum einen, weil ihr Assads russland-freundliche Politik missfällt und Russland Militärbasen in Syrien hat. Zum anderen geht es um ein gigantisches Erdgasfeld, das größte der Welt. Es befindet sich allerdings nicht in Syrien, sondern südlich davon unter dem Persischen Golf. Es ragt sowohl ins Staatsgebiet von Katar als auch ins Staatsgebiet des Iran hinein, kann also von beiden Staaten angezapft werden. Das führt zu einer grotesken Situation: Wer

das Erdgas schneller abpumpt, verdient damit mehr. Nur ist das nicht ganz so einfach, denn: Wie kommt das Erdgas zum Endabnehmer? Wie kommt es nach Europa? Katar

von Geostrategie und Erdgas die Rede ist. Stattdessen wird Assad zum „Bösen Mann“ stilisiert und der „Krieg gegen den Terror“ beschworen – die eingangs erwähnte

„Es wird mit Psychotricks gearbeitet. Kinder sind ein beliebtes Mittel, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.“

wollte eine Pipeline durch Saudi-Arabien und Syrien bis in die Türkei bauen – und Assad sagte Nein. Der Iran wollte eine Pipeline durch den Irak und Syrien bauen und es von dort mit Schiffen weitertransportieren – und Assad sagte Ja. Deshalb wollen Katar, Saudi-Arabien und die Türkei Assad stürzen. Deshalb will der Iran, dass Assad an der Macht bleibt. So kompliziert ist der Syrienkrieg also gar nicht. Er wirkt nur kompliziert durch eine verwirrende Berichterstattung, in der nie

Kombination von „Terror-Frame“ und „Böser-Mann-Frame“.

Assad ist kein Unterstützer des IS, sondern wird von ihm bedroht. Wie kann da der „Terror-Frame“ angewendet werden?

Auf Assad sei im „Krieg gegen den Terror“ kein Verlass, behauptete Obama und leitete daraus ein Recht auf seinen Sturz ab. Die UNO blieb dabei völlig unerwähnt – von Obama, von der deutschen Bundesregierung, von den deutschen Massenmedien. In Deutschland diente

dann der Terroranschlag von Paris als Vorwand, um in den Syrienkrieg zu ziehen. Der hatte aber mit Syrien überhaupt nichts zu tun, denn die Terroristen kamen aus Belgien.

Warum funktioniert das so gut?

Durch die ständige Wiederholung der immer gleichen Deutung. Der Frame sinkt so ins Gehirn ein und wird nicht mehr reflektiert. Wenn in allen Fernsehsendern, Radiosendern und Zeitungen immer wieder das Gleiche erzählt wird, die gleiche Auswahl an Fakten, die gleiche Deutung, die gleiche Perspektive, dann glauben das die Menschen irgendwann, auch wenn es mit dem gesunden Menschenverstand betrachtet gar nicht schlüssig ist. Warum bewaffnet man im „Krieg gegen den Terror“ Terroristen? Solche Fragen unterbleiben, weil sie den Frame sprengen. Zudem wird in entscheidenden Momenten mit subtilen und perfiden Psychotricks gearbeitet, deren Wirkung man sich nur schwer entziehen kann.

Zum Beispiel?

Kinder sind ein beliebtes Mittel, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Als beispielsweise 1990 der Irak in Kuwait eingefallen war, berichtete im Fernsehen ein 16-jähriges Mädchen unter Tränen, sie hätte als Krankenschwester in Kuwait gearbeitet und in ihrer Klinik mit ansehen müssen, wie irakische Soldaten Neugeborene aus den Brutkästen rissen und auf den Boden schleuderten. Diese Erzählung wurde ständig wiederholt und diente als Hauptargument für den Einmarsch von US-Truppen in den Irak. Da haben Skeptiker und Pazifisten keine Chance mehr, Gehör zu finden. Jahre später kam heraus, dass die ganze Geschichte erlogen war. Sie stammte von einer PR-Agentur und die angebliche Krankenschwester war gar keine Krankenschwester,



sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington. Diese „Brutkasten-Lüge“ ist auch ein Fake-News-Klassiker!

Seit 2001 dient 9/11 für den „Krieg gegen den Terror“.

Ja, denn dieses Ereignis war für die Weltöffentlichkeit ein großer Schock. Die Bilder der explodierenden Flugzeuge und zusammenstürzenden Gebäude haben sich tief in unserem Unterbewusstsein eingegraben. Fast jeder weiß heute

„Der Syrienkrieg wirkt kompliziert durch eine Berichterstattung, in der nie von Geostrategie und Erdgas die Rede ist.“

noch, wo er war, als ihn diese Bilder erreichten. Weil dieses Ereignis so tief in uns verankert ist, lässt es sich leicht für manipulative Zwecke missbrauchen.

Sie stellen die offizielle Darstellung von 9/11 infrage und werden deshalb oft als „Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet.

Der Kampfbegriff „Verschwörungstheoretiker“ soll verhindern, dass wache Menschen den „Krieg gegen den Terror“ hinterfragen. Ich wurde damit diffamiert, weil ich darauf hinweise, dass der 9/11-Abschlussbericht voller Erklärungslücken und Ungereimtheiten steckt. Die Geschehnisse und vor allem der mysteriöse Einsturz des WTC7, des dritten Gebäude, das gar nicht von einem Flugzeug getroffen wurde und im 9/11-Abschlussbericht unerwähnt bleibt, bedürfen nach wie vor einer gründlichen Aufarbeitung. Da es sich um die Grundlage für den „Krieg gegen den Terror“ handelt, sollte gründlich gearbeitet und nicht geschlampt werden.

Auf Wikipedia steht über Sie: „Er greift Verschwörungstheorien zum

11. September 2001 auf und stellt sie als von Wissenschaftlern noch zu prüfende Erklärungsansätze dar.“

Richtig müsste es heißen: „Er untersucht die Terroranschläge vom 11. September 2001 kritisch.“ Ich greife keine Verschwörungstheorien auf, verbreite keine und entwickle auch keine eigenen. Ich bin Historiker und spekuliere nicht. Ich weise nur auf die Schwachstellen in der „offiziellen Verschwörungstheorie“ hin. Die wurde damals von Bush

mit den Worten „That's the truth!“ der Weltöffentlichkeit vorgestellt – und seither ist es ein absolutes Tabu, sie kritisch zu hinterfragen. Wissenschaftler und Journalisten, die es trotzdem taten, wurden dafür heftig angegriffen und massiv unter Druck gesetzt. Es stand sofort ihre berufliche Karriere auf dem Spiel. Für mich als Historiker ist diese Unterdrückung der freien Forschung genauso interessant wie die Terroranschläge selbst. Es muss in einem freien Land erlaubt sein zu erwähnen, dass neben der offiziellen Darstellung der 9/11-Anschläge auch noch andere Darstellungen existieren. Viele Wikipedia-Nutzer haben versucht, den Artikel über mich zu korrigieren und die diffamierenden Sätze durch sachliche zu ersetzen. Jedes Mal wurde ihr Zugang gesperrt und ihre Änderung rückgängig gemacht. Es tobt ein richtiger „Edit War“ um meinen Wikipedia-Eintrag.

Als Sie 2016 von der ÖDP München zu einem Vortrag eingeladen wurden, gab es heftige Kritik, weil Sie angeblich Kontakte zu Rechtsextremen pflegen.

Dieser Vorwurf ist eine Frechheit und stimmt nicht. Die Anschuldigung bezog sich darauf, dass ich mich vor ein paar Jahren mit Karl-Heinz Hoffmann, dem Ex-Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann, zu einem Gespräch traf. Es ging um den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest im Jahr 1980, den ich untersuchte. Ich bin Schweizer und ich bin Historiker. In der Schweiz gibt es diese seltsame Kontaktschuld nicht. Dort ist es ganz normal, mit jedem zu sprechen, denn das bedeutet ja noch lange nicht, dessen Überzeugungen zu teilen. In Deutschland dagegen wird einem genau das sofort unterstellt. Das ist absurd. Was soll ich

ONLINETIPPS

Vortrag von Daniele Ganser
Interessenspolitik von Russland und den USA
München, Freiheiz, 04.09.2017
(ÖDP München)
http://youtu.be/p-rRQ_Lq2cs

Interview mit Daniele Ganser
Vom Friedensforscher zum Verschwörer
NachDenkseiten, 27.03.2017
www.nachdenkseiten.de/?p=37585

Vortrag von Daniele Ganser
Wie uns illegale Kriege schmackhaft gemacht werden
Berlin, Babylon, 05.12.2016
(KenFM)
<http://youtu.be/j98QBCuvOVg>

Vortrag von Daniele Ganser
Energiewende statt Erdölkrise
München, Leo 17, 30.05.2016
(ÖDP München)
<http://youtu.be/UmGzQhaiJ9I>

denn als Historiker machen? Ich habe auch mit CIA-Mitarbeitern gesprochen, mit Kommunisten, mit Islamisten. Als Historiker muss ich Quellenforschung betreiben – und das bedeutet auch: viele Menschen befragen, vielen Menschen zuhören.

Warum ein Gespräch mit Hoffmann?

In meiner Doktorarbeit habe ich die „Operation Gladio“ und die 1990 aufgedeckten NATO-Geheimarmeen untersucht und in meinem Buch die Zusammenarbeit der NATO mit Rechtsextremen in Deutschland und Italien kritisiert. Hoffmann behauptete, was ich schreibe, stimme so nicht, und er hätte wichtige Informationen zum Münchner Bombenanschlag für mich. Deshalb wollte er mich treffen. Zuerst lehnte ich ab, Hoffmann blieb hartnäckig, schließlich stimmte ich zu, bestand aber auf die Anwesenheit eines Journalisten und auf eine Veröffentlichung des Gesprächs, um Transparenz zu gewährleisten. Hoffmann stimmte dem zu und wählte Jürgen Elsässer aus. Das Gespräch fand in einem Hotel in Basel statt, wurde gefilmt und auf YouTube veröffentlicht.

„Wir sollten uns an das Gewaltverbot halten und die Welt durch die UNO-Brille und nicht durch die NATO-Brille betrachten.“

Hoffmann habe ich weder vorher noch nachher je wieder gesehen. Seine Ansichten teile ich überhaupt nicht und habe in meinem Leben noch nie rechte Parteien gewählt. Deshalb war ich sehr erstaunt, plötzlich als Rechter eingestuft zu werden. Als Historiker ist es für mich wichtig, mit allen Menschen zu reden und bei Terroranschlägen und Kriegslügen gründlich zu re-

chieren. Das ist mein Beitrag, damit wir aus der Gewaltspirale herauskommen, in der wir aktuell stecken. Dass ich dabei mit den unterschiedlichsten Leuten rede, liegt in der Natur der Sache, aber zur Beurteilung meiner Arbeit sollte nur das hergenommen werden, was ich selber sage und schreibe – und das ist so ziemlich genau das Gegenteil von dem, was Rechtsextreme von sich geben.

Wie kommen wir aus der Gewaltspirale heraus?

Grundsätzlich sollten wir uns an das Gewaltverbot halten und die Welt durch die UNO-Brille und nicht durch die NATO-Brille betrachten. Dann müssen wir uns mit den Manipulationstechniken und Propagandatricks beschäftigen, müssen sie kennen, um sie im konkreten Fall zu erkennen. Durch das Internet und die sozialen Medien kann so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit entstehen. Auf persönlicher Ebene ist Achtsamkeit von zentraler Bedeutung: das Beobachten der eigenen Gedanken und Gefühle. Und natürlich müssen wir die Ursachen der Kriege beseitigen oder zumindest verringern. Wenn

wir auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umsteigen, wenn wir nicht mehr angewiesen sind auf Erdöl und Erdgas, dann verschwinden die Gründe für Ressourcenkriege. Hier kann auch jeder selber etwas tun.

Ist die Energiewende nicht primär eine politische Aufgabe?

Prinzipiell schon, aber die Konzerne haben einen zu großen Ein-

BUCHTIPPS

Daniele Ganser
Illegale Kriege
Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren
Orell Füssli, Okt. 2016
374 Seiten, 24,95 Euro
978-3-280-05631-8



Daniele Ganser
Europa im Erdölrausch
Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit
Orell Füssli, Mai 2014
416 Seiten, 24,95 Euro
978-3-280-05474-1



Daniele Ganser
NATO-Geheimarmeen in Europa
Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung
Orell Füssli, April 2009
446 Seiten, 24,95 Euro
978-3-280-06106-0



fluss auf die politischen Eliten. Unternehmen wie Shell machen Gewinne von mehreren Milliarden Dollar – pro Quartal. Spitzenmanager von ExxonMobil verdienen zwischen 100.000 und 1.000.000 Dollar – pro Tag. Die werden nicht freiwillig darauf verzichten, sondern alles tun, damit das möglichst lange so weitergeht. Wir stehen vor der Frage: Mehr Ressourcenkriege oder mehr dezentrale Erneuerbare Energieproduktion? Wofür wollen wir unser Geld ausgeben? Wenn die USA die 600 Mrd. Dollar, die sie jedes Jahr für ihr Militär ausgeben, in den Ausbau der Erneuerbaren Energien stecken würden, wären sie wohl in einem Jahrzehnt völlig unabhängig von Erdöl und Erdgas.

Herr Dr. Ganser, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Grundsteuerreform

„Der Boden stellt eine gigantische Umverteilungsmaschinerie dar“

Der Wert eines Grundstücks ist im Wesentlichen das Resultat von Entscheidungen und Investitionen der öffentlichen Hand. Von den oft enormen Wertsteigerungen profitieren jedoch fast nur die privaten Grundstückseigentümer. Eine Grundsteuerreform könnte nicht nur für mehr Gerechtigkeit sorgen, sondern dem Gemeinwohl weitere große Vorteile bringen.

Interview mit Prof. Dr. Dirk Löhr

Herr Prof. Löhr, warum ist das Thema „Boden“ ein wichtiges politisches Thema?

Prof. Dr. Dirk Löhr: Wenn wir die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt betrachten, dann fallen teilweise enorme Preissteigerungen in bestimmten Städten und Regionen auf, aber auch recht unterschiedliche Entwicklungen. Fragen wir nach den Ursachen, dann stellen wir fest, dass die Baupreise wesentlich geringer gestiegen sind als die Bodenpreise, zumindest in den Ballungsräumen. So kostet eine identische Wohnung heute in München mehr als das Siebenfache wie in Gelsenkirchen. Das liegt an der unterschiedlichen Attraktivität bezüglich Arbeitsplätzen und Arbeitskräften, Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangebot, Sicherheit usw. Die Voraussetzungen hierfür sind öffentliche Leistungen und Infra-

„Der Preisanstieg beim Boden ist durchaus die Folge einer Leistung, aber einer öffentlichen Leistung.“

struktur, die vor allem vom Bund, von den Ländern und von den Kommunen bereitgestellt werden. Finanziert werden diese Leistungen durch



Steigende Preise auf dem Immobilienmarkt sind vor allem auf steigende Bodenpreise zurückzuführen. Die Bodenwerte werden jedoch nicht von den Eigentümern geschaffen.

Abgaben, die größtenteils von Verbrauchern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Nutznießer sind die privaten Grundstückseigentümer

mer, die von der Inwertsetzung der Standorte enorm profitieren, denn die Besteuerung des Bodens ist ja minimal. Der Boden stellt somit eine

gigantische Umverteilungsmaschinerie dar. Die Ungerechtigkeit bei der Bodenrente ist eine der Hauptursachen für die zunehmende Arm-Reich-Schere. Seltsamerweise ist das bisher kaum jemandem bewusst.

Was ist eine Bodenrente?

Das ist der Bodenertrag. Mit „Rente“ ist im Sprachgebrauch von uns Ökonomen ein leistungsloses Einkommen gemeint. Wobei – wie eben gesagt – der Preisanstieg beim Boden durchaus die Folge einer Leistung ist, aber einer öffentlichen

Leistung. Die Leistung ist sozialisiert, der daraus resultierende Profit privatisiert. Das ist geltendes Recht, gerecht ist das jedoch nicht.

Welche Größenordnung haben die Bodenrenten?

Eine gewaltige! Die Bodenrente ist aber keine absolute Größe. Länder mit hohen Abgaben wie Deutschland haben im Durchschnitt moderate Bodenrenten, Länder mit niedrigen Abgaben wie Luxemburg oder die Schweiz hohe. Die Bodenrente ist nämlich das, was bleibt, wenn man vom Einkommen die Kosten des Wirtschaftens abzieht. So mindern öffentliche Abgaben einerseits das verfügbare Einkommen, andererseits erhöhen sie die Kosten v. a. für den Faktor Arbeit. Zudem entstehen Reibungsverluste, weil die Menschen aufwendige wirtschaftliche Umwege einschlagen, um der Abgabenlast zu entgehen. Oder sie lassen sich entmutigen und werden erst gar nicht wirtschaftlich tätig. Darum verringern Steuern und andere Abgaben die Bodenrenten. Deswegen hatte das Hochsteuerland Deutschland in der Vergangenheit moderate Bodenerträge und Bodenpreise. Geändert hat sich dies im Zuge der Niedrigzinsphase: Die Bodenerträge sind v. a. in den großen Städten im Zuge der Niedrigzinsphase drastisch gestiegen. Von dieser Entwicklung haben aber nicht die Arbeitseinkommen profitiert. Stellen Sie sich nun vor, dass die öffentlichen Abgaben abgeschafft und durch eine Bodensteuer ersetzt werden. Die Bodenrente würde sich wegen der vermiedenen Reibungsverluste dann um weit mehr erhöhen als um den Betrag der weggefallenen Abgaben. Hinzu kommen noch die heute privatisierten Teile der Bodenrenten. Würde der Staat also auf die heutigen Abgaben gänzlich verzichten und stattdessen



Prof. Dr. Dirk Löhr, Jahrgang 1964, studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, schlug eine akademische Berufslaufbahn ein und ist seit 1997 Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Seit 2011 gibt er den Blog „Rent Grabbing“ heraus. 2012 rief er zusammen mit dem Naturschutzbund (NABU) die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ ins Leben.

www.dirk-loehr.de

die dann gestiegenen Bodenrenten komplett abschöpfen, dann wäre er damit mehr als auskömmlich finanziert. Das heißt: Abgesehen von Umweltabgaben könnten wir auf fast alle Steuern verzichten, wie

„Die Leistung ist sozialisiert, der daraus resultierende Profit privatisiert. Das ist geltendes Recht, gerecht ist es nicht.“

wir sie heute kennen. Dieses Konzept heißt übrigens „Henry-George-Theorem“, benannt nach dem amerikanischen Bodenreformer. Es bliebe sogar noch erheblicher Raum für Lohnerhöhungen und für eine bessere soziale Sicherung als heute. Der Durchschnittsbürger würde

in einem solchen System aufgrund des Wegfalls der heutigen Abgaben deutlich besser gestellt als derzeit. Dass erst die Privatisierung der Bodenrente den heutigen Steuerstaat überhaupt notwendig macht, wird von den verteilungspolitischen Diskussionen regelmäßig übersehen.

Würden die Bodenpreise noch steigen, wenn der Staat die Bodenrenten weitgehend abschöpft?

Nein, die Bodenpreise würden sogar massiv sinken, denn sie ergeben sich aus den Bodenrenten, die in private Hände fließen. Je stärker der Staat diese Bodenrenten abschöpft, desto mehr sinken die Bodenpreise. Grundstücksspekulation – ein Geschäftsmodell vieler „Investoren“ – ergibt dann keinen Sinn mehr.

Wie ließe sich die Höhe der Bodenrente bemessen und abschöpfen?

Die Bodenrente könnte laufend über die Besteuerung des Bodenwertes abgeschöpft werden. Der Bodenwert wiederum ergibt sich aus den künftigen Bodenrenten. Bei allen Vermögenswerten – egal ob Immobilien, Aktien oder Anleihen – zahlt man ja immer für die künftigen Erträge. Technisch könnte die Besteuerung über die Bodenrichtwerte ablaufen. Diese stehen schon heute flächendeckend

zur Verfügung und werden durch die Gutachterausschüsse festgestellt – wenngleich aktuell in jedem Bundesland in qualitativ sehr unterschiedlicher Weise. Die Verfahren müssten noch verbessert und vereinheitlicht sowie die Bewertungszyklen verkürzt werden.

Gibt es dann überhaupt noch einen Anreiz zu investieren?

Die Bodenwertsteuer basiert ja auf dem Bodenwert bei bestmöglicher Nutzung. Natürlich steht es dem Grundstückseigentümer frei, das Grundstück auch weniger gut oder gar nicht zu nutzen. Trotzdem muss er so viel bezahlen, wie wenn es bestmöglich genutzt würde, denn er nimmt ja die begrenzte Ressource Bodenfläche auf Kosten seiner Mitbürger in Anspruch. Dadurch ergibt sich ein starker Druck zu effizienter Nutzung und zur Erwirtschaftung der entsprechenden Bodenrente. Bodenspekulation würde sich nicht mehr lohnen.

Wie hoch sollte die Besteuerung des Bodens ungefähr sein?

Der schon erwähnte Henry George propagierte eine Single Tax: Der Staat sollte sich ausschließlich über eine Bodenwertsteuer finanzieren, deren Satz bei 100% läge. Das ist in Deutschland rechtlich und politisch auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Allerdings sollten wir uns Schritt für Schritt auf den

Weg einer Ersetzung der herkömmlichen Steuern durch eine Bodenwertsteuer begeben.

Warum? Welche Vorteile würde das bringen?

Zunächst einmal hat die Besteuerung des Bodens für den Staat den großen Vorteil, dass der Boden

sprach genommen und davon rund die Hälfte durch Gebäude, Straßen und Parkplätze versiegelt. Das geht auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Natur – und kann nicht ewig so weitergehen. Aus diesem Grunde wird die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ von be-

„Die Besteuerung des Bodens hat für den Staat den großen Vorteil, dass der Boden nicht auswandern kann.“

nicht auswandern kann. Wir haben ja heute die Situation, dass Unternehmen und reiche Privatpersonen ihren Sitz oder einen erheblichen Teil ihres Vermögens ins Ausland verlagern, um Steuern zu sparen. Dadurch ist der Staat erpressbar. Bei der Besteuerung des Bodens ist er das nicht, denn der Boden bleibt immer da, wo er ist. Des Weiteren lassen sich durch eine höhere Besteuerung des Bodens andere Steuern senken und dadurch wirksame Impulse setzen. Aktuell wird ja zur Finanzierung des öffentlichen Haushalts vor allem der Konsum des Verbrauchers und der Faktor „Arbeit“ herangezogen. Würde man hier die Steuern spürbar senken, dann hätte das natürlich positive Impulse auf den Arbeitsmarkt. Der ökonomische Druck, teure menschliche Arbeitskraft durch preisgünstiger arbeitende Computer und Maschinen zu ersetzen, würde deutlich sinken. Ein weiterer wichtiger Punkt: die Wohnungsnot in den Ballungsräumen. Eine hohe Bodenwertsteuer erzeugt Nutzungsdruck und mobilisiert brachliegende Flächen. Verdichtetes Bauen wird attraktiv, wodurch der Pro-Kopf-Flächenverbrauch sinkt. Aktuell wird in Deutschland täglich eine Fläche von 66 Hektar neu in An-

deutenden Umwelt- und Raumplanungsverbänden unterstützt.

Warum wurde dieses Konzept nicht schon längst umgesetzt? Wer profitiert von der aktuellen Situation?

Viele Kleineigentümer von Wohnungen und Einfamilienhäusern glauben, dass sie profitieren. Doch würden sie einmal scharf rechnen, was sie an öffentlichen Abgaben bezahlen und welchen Vorteil sie aus ihrem privaten Bodeneigentum ziehen, kämen sie zu einem ganz anderen Ergebnis. Auf der Sonnenseite des aktuellen Systems stehen vor allem institutionelle Vermieter, aber auch Spekulanten. Oft vergessen wird, dass Bodenrenten auch einen erheblichen Anteil der Gewinne von erfolgreichen Großunternehmen ausmachen. So ist beispielsweise McDonald's nicht nur ein Burgerbrutzler, sondern ein gewaltiger Immobilienkonzern. Die größte Blockade besteht aber in den Köpfen. Wegen der mäßigen Bodenrenten und Bodenpreise in der Vergangenheit ist das Bodenproblem hierzulande weitgehend aus dem Bewusstsein verschwunden. Es gibt kein Bodenbewusstsein mehr in Deutschland. In der Wirtschaftswissenschaft wird der Faktor „Boden“ ohnehin so gut wie nicht mehr wahrgenommen. Juristen,

welche auch die Ministerialverwaltungen dominieren, können sich Boden und Gebäude meist nur als Einheit vorstellen. Wir brauchen also ganz dringend eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema. Wir brauchen eine andere Kultur, welche die Privatisierung von öffentlich geschaffenen Werten achtet.

Gibt es Vorbilder?

Im chinesischen Qingdao, von 1898 bis 1914 eine Kolonie des deutschen Kaiserreichs, wurde eine ganz andere Boden- und Steuerpolitik „ausprobiert“ – mit großem Erfolg. Die Reichsmarineverwaltung wollte spekulativen Exzessen vorbeugen und führte u.a. eine Bodenwertsteuer ein, die sogar mit ihren nur 6% bereits Wirkung zeigte. Die damalige deutsche Bodenreformbewegung um Adolf Damaschke hatte ähnliche Vorstellungen. Auch Sun Yat-sen, der sowohl in der Volksrepublik als auch in Taiwan als Gründer des modernen China verehrt wird, war davon fasziniert. Er wollte die Bodenordnung von Qing-

„Es gibt kein Bodenbewusstsein mehr in Deutschland. Wir brauchen dringend eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema.“

dao auf ganz China übertragen. Wilhelm Schrameier, der deutsche Administrator von Qingdao, wurde sein Berater. Allerdings starben beide zu früh, um ihre Pläne umsetzen zu können. Dennoch sind Spuren der Land- und Steuerordnung noch im heutigen Taiwan zu finden. Auch der Erfolg anderer Tigerstaaten ist auf eine andere Bodenpolitik zurückzuführen, als sie in den heutigen Ökonomie-Lehrbüchern propagiert wird. Sicher können Hongkong und Singapur nur sehr beschränkt als Vorbilder dienen. Al-

lerdings war deren rasanter Aufstieg von unbedeutenden Ortschaften zu internationalen Handels- und Finanzzentren nur dadurch möglich, dass ein großer Teil des öffentlichen Finanzbedarfs aus dem Boden anstatt aus herkömmlicher Besteuerung bestritten wurde. Auch in einigen angloamerikanisch geprägten Ländern gibt es Bodenwertsteuern, wenngleich auf geringem Niveau – ein Überbleibsel aus dem Wirken des erwähnten Henry George, der diese Länder damals bereiste und mit seinen Ideen begeisterte. Noch heute hat er dort eine beachtliche Anhängerschaft. Sein Hauptwerk war über Jahrzehnte hinweg eines der am meisten gelesenen Bücher überhaupt – es erreichte Millionenauflagen. In Kontinentaleuropa finden sich zaghafte Ansätze von Bodenwertsteuern in Dänemark und in Estland. Deutschland ist diesbezüglich die reinste Wüste, dabei war hier in früheren Zeiten das Bodenbewusstsein durchaus ausgeprägt. Ein Überbleibsel davon findet sich

unter anderem in der Verfassung des Freistaats Bayern von 1946: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“, steht in ihrem Artikel 161. Umgesetzt wurde das von der Politik allerdings nie.

Wie lässt sich eine Bodenreform heute begründen?

Ein zeitgemäßes Bodenrecht ist eine Antwort auf das aktuelle Marktversagen. Jeder Ökonom weiß – oder sollte wissen –, dass

BUCHTIPPS

Henry George
Fortschritt und Armut
Metropolis, Oktober 2017
514 Seiten, 22,80 Euro
978-3-7316-1249-0

Dirk Löhr,
Fred Harrison (Hrsg.)
Das Ende der Rentenökonomie
Metropolis, April 2017
377 Seiten, 34,80 Euro
978-3-7316-1226-1

Dirk Löhr
Prinzip Rentenökonomie
Metropolis, Mai 2013
198 Seiten, 22,00 Euro
978-3-7316-1013-7



es immer dann zu Marktversagen kommt, wenn Kosten und Nutzen des Wirtschaftens auseinanderfallen. Beim Boden werden öffentlich geschaffene Werte zugunsten starker und gut organisierter Gruppen systematisch privatisiert. Im Gegenzug werden privat geschaffene Werte zulasten schwach organisierter Gruppen über unser Abgabewesen systematisch sozialisiert. All dies provoziert Fehlentwicklungen, wird aber durch unsere Eigentumsordnung auch noch geschützt. Das heutige Boden- und Baurecht wird erst tätig, nachdem das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Die Rechtsordnung muss die Voraussetzung dafür schaffen, dass diese Missstände gar nicht erst auftauchen können.

Herr Prof. Löhr, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Das Interview erschien auch am 24.07.2017 im Online-Magazin „Telepolis“.

ONLINETIPPS

NABU, ZBF-UCB

Grundsteuer: Zeitgemäß!

Ein bundesweiter Aufruf zur Grundsteuerreform

www.grundsteuerreform.net

TU München

Nachhaltige Bodennutzung

Vortragsreihe 2017

<http://t1p.de/j84z>

BDA Bayern

Spekulationsgut Boden – brauchen wir ein neues Bodenrecht?

BDAtalk, Mai 2017

www.bda-talk.de

Stadtentwicklung

„Das Gemeinwohl verschwand immer mehr aus dem Blickfeld“

Um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten, muss die Nutzung von Grund und Boden in hohem Maß an Gemeinwohlerfordernissen ausgerichtet sein. Das ist eine Frage des politischen Willens und des rechtlichen Ordnungsrahmens. Sind die aktuellen Gesetze und Verordnungen dafür geeignet? Was sagt das Grundgesetz? Und was wollen die Freihandelsabkommen?

Interview mit Prof. Dr. Fabian Thiel

Herr Prof. Thiel, was fasziniert Sie als Jurist am Thema „Boden“?

Prof. Dr. Fabian Thiel: Interessant ist am Thema „Boden“, dass es sich fast um einen juristischen „Graubereich“ handelt. Das Grundgesetz sagt zwar indirekt etwas zur „sozialen Hypothek“ der privaten Eigentumsnutzung, doch die Gesetze und Verordnungen scheinen das nie

ge bis heute sehr bemerkenswerte Urteile gefällt, die vor allem die soziale Bindung des Eigentums unterstreichen. Die heutige Bodenmarktpolitik hat indes eine verblüffende Scheinselbstverständlichkeit.

Was sagt das Grundgesetz genau?

In Art. 14 schützt es in Abs. 1 nach herrschender Meinung zunächst vor allem die Baufreiheit

eine Beachtungspflicht des Staates und seiner Institutionen, etwa beim Verwaltungshandeln. Das bleibt unklar. Wichtig zu erwähnen ist aber, dass Grundrechte als Abwehrrechte Einzelner gegen hoheitliche Maßnahmen gesehen werden müssen. Abwehrrechte münden dann in Fachgesetzen und in Verwaltungshandeln, also etwa Entschädigungsregelungen im Rahmen von Enteignungsmaßnahmen. Erst in jüngster Zeit wird Grundrechten ein aktiver Verschaffungsanspruch für die Bürger zugebilligt, damit Freiheit sich in einer optimierten Form entfalten kann. Damit die Verfassung umgesetzt werden kann, bedarf es also stets eines Gesetzes, das die Verfassungsnorm gleichsam ausfüllt, konkretisiert und auch interpretiert, etwa Enteignungs- oder Vermögensgesetze, die sich auf Grundstücke beziehen. Bei jedem Eingriff wird nach der Verhältnismäßigkeit gefragt.

Wann gilt eine Enteignung als verhältnismäßig?

Auch das ist unklar. Dabei hatten wir Ende 2015 den schönen Fall der Beschlagnahme von Gewerbeimmobilien zur kurzfristigen und temporären Unterbringung von Flüchtlingen. Die Dringlichkeit



Prof. Dr. habil. Fabian Thiel, Jahrgang 1968, studierte Rechtswissenschaften und Geografie, schlug eine akademische Berufslaufbahn ein und ist seit 2011 Professor für Baurecht und Immobilienbewertung an der Frankfurt University of Applied Sciences sowie Lehrbeauftragter an der Justus-Liebig-Universität Gießen, an der er im Juli 2017 erfolgreich habilitierte.

www.fabian-thiel.de

der Maßnahmen wurde sowohl mit „Eigentum verpflichtet“ als auch mit der Verhinderung von Obdachlosigkeit, also die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung durch die jeweiligen Polizeigesetze der Länder, gerechtfertigt. Vor allem in Berlin und Hamburg wurde die Debatte recht lebhaft geführt. In der Praxis wurden dann z.B. wie in Hamburg „Bürgerverträge“ geschlossen, d.h. private Verträge mit den Eigentümern der betroffenen Liegenschaften, um Streitigkeiten zu vermeiden und die Unterbringung möglichst geräuschlos zu realisieren. Diese Flucht ins „konsensuale“ Vertragsrecht ist aus wissenschaftlicher Sicht eigentlich schade, denn es hätte 2015 und 2016 im Zuge der Dringlichkeit der Flüchtlingsunterbringung durch-

aus einmal zum eigentumsrechtlichen Schwur kommen können: Was ist mit „Eigentum verpflichtet“ im Falle von Gebäudeleerstand und Brachflächen, auf denen Container notfalls zwangsweise hätten errichtet werden können, gemeint? Wie weit könnte es im Notfall als ultima ratio gehen? Kann das Polizeirecht

vestoren auf die Stadtentwicklung nahm zu. Heute wird – gleichsam verzweifelt – in Bundesländern über die Einführung bzw. Wiedereinführung von Wohnraumzweckentfremdungsgesetzen diskutiert, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Verhinderung von manchmal durchaus

„Wir müssen das Grundgesetz nicht unbedingt ändern, doch wir sollten es endlich ernst nehmen.“

hier einen Ermächtigungstitel für einen Freiheitseingriff liefern? Wie ist es um die verfassungsrechtliche Direktionskraft bestellt? Leider ist diese reizvolle Gelegenheit, diese eigentumsrechtliche Nagelprobe, vorerst vertan worden. Wichtig ist jedenfalls eines: Der Satz „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ deutet an, in welche Richtung die Verpflichtung gehen sollte und könnte. In der Baupraxis spielte das aber nur höchst selten eine Rolle, etwa bei der Steuerung des großflächigen Einzelhandels durch kommunale Satzungen.

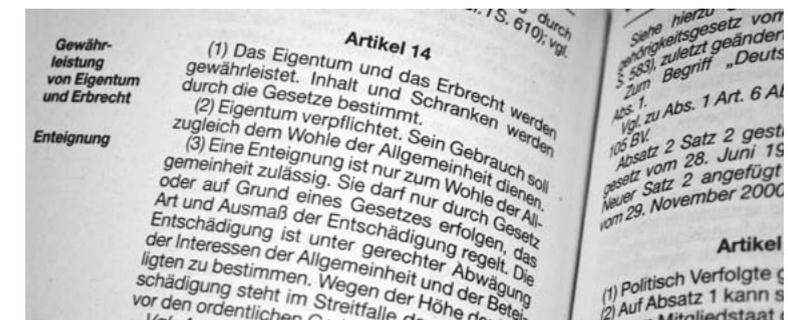
Wie läuft es heute stattdessen in der Baupraxis?

Das Gemeinwohl verschwand immer mehr aus dem Blickfeld. Der Einfluss von finanzkräftigen In-

spekulativ betriebenen Wohnungsleerstand verhindern sollen, und es wird darüber gestritten, wie es verhindert werden kann, dass ehemals geförderte Mietwohnungen nicht aus der „Sozialbindung“ herausfallen. Diese Sozialbindung meint hier etwas anderes als die unpolitische Sozialbindung des Art. 14 Abs. 2 GG. Es wird zudem verbreitet über Mi- lieuschutz nach § 171 BauGB diskutiert.

Wie agieren hier die Städte?

Die Städte sind hier seltsam defensiv, reagieren zumeist nur, statt zu agieren. Ihr Handlungsspielraum ist aber aufgrund ihrer Haushaltslage oft eingeschränkt. Das liegt auch daran, dass sie von der Wertsteigerung des Bodens kaum profitieren, obwohl sie durch ihre



„Eigentum verpflichtet“, sagt das Grundgesetz in seinem Art. 14 Abs. 2. „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ In der Baupraxis spielte diese Forderung bisher so gut wie nie eine Rolle.

„Überfällig ist eine intensive Diskussion darüber, was die Väter unseres Grundgesetzes eigentlich mit Art. 14 Abs. 2 bezweckten.“

vollständig umgesetzt zu haben. Es wurde aber auch nie über die „richtige“ Auslegung des Grundgesetzes in Bezug auf Art. 14 Abs. 2 „Eigentum verpflichtet“ entschieden, und zwar weder aus wissenschaftlicher und nicht aus ideologischer Sicht. Doch was ist die „richtige“ Verfassungsinterpretation? Wie weit darf sie gehen, wie kreativ kann man dabei auf Basis des Grundgesetzes vorgehen? Die Auslegung der Normen des Grundgesetzes ist zunächst einmal Sache des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Zum Thema Grund und Boden hat das Bundesverfassungsgericht eini-

als private Grundstücksnutzung – das Eigentum als wohlverworbenes Recht, wengleich im Rahmen der Gesetze –, schränkt diese dann aber im Abs. 2 durch die Sätze „Eigentum verpflichtet“ und „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ sogleich wieder ein. Doch was bedeutet dieses Wörtchen „zugleich“? Der Satz ist unscharf. Ist Satz 1 „Eigentum verpflichtet“ – übrigens der kürzeste Satz des Grundgesetzes – auch ohne Satz 2 verwend- und interpretierbar? Zu was verpflichtet Eigentum? Und wen? Bedeutet es eine Grundpflicht des Eigentümers oder

Planungen maßgeblich dafür verantwortlich sind. Es gibt allerdings Ausnahmen wie Ulm, München und Frankfurt am Main, die einen bestimmten Anteil von öffentlich gefördertem und preislimitiertem Wohnraum zur Bedingung für die Aufstellung von neuen Bebauungsplänen machen. Dies sind aber Ausnahmen – und auch keineswegs unumstritten, vor allem hinsichtlich der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG. Wie hoch darf die Abschöpfung von Planungsgewinnen privater Investoren, Grundstücksentwickler und anderer „Akteure“ bei der Baulandproduktion sein – ein Drittel, zwei Drittel oder zur Gänze? Dies sind hochinteressante Fragen, die allesamt vor dem Hintergrund von Art. 14 GG zu diskutieren sind. Denn es profitieren vor allem die privaten Grundstückseigentümer. Der Wert eines Grundstücks vervielfacht sich jedes Mal, wenn ein Regionalplan Ackerland als Siedlungsfläche definiert, wenn ein Flächennutzungsplan Siedlungsfläche als Wohnbaugelände

„Freihandelsabkommen sind Investorenschutzabkommen: Es sollte alles immer genauso bleiben, wie es war, als der Investor seine Investition tätigte.“

ausweist, wenn ein Bebauungsplan das genaue Nutzungsrecht der Baugrundstücke festsetzt. Und eine weitere Steigerung des Marktwerts kann sich dann durch konkrete Baumaßnahmen der öffentlichen Hand ergeben, z.B. durch die Anlage attraktiver öffentlicher Plätze oder Grünanlagen.

Die öffentliche Hand investiert und macht dadurch private Investoren reich.

Ja. Und es geht hier um gigantische Summen. Konzerne wie



Foto: Günther Hartmann

Investoren bauen, um Gewinne zu erzielen. Geht es nach den Freihandelsabkommen, dann sollen ausländische Investoren, deren Gewinnerwartung durch Stadtplanung beeinträchtigt wird, Schadenersatz erhalten.

McDonald's oder Zara verdienen heute mehr mit Grundstücks- und Immobiliengeschäften als mit ihrem Kerngeschäft.

Wie könnte es anders laufen?

Singapur z.B. hat vor einigen Jahren das Recht auf Bodeneigentum aus seiner Verfassung gestri-

chen. Boden ist nun Staatseigentum und kann privat nur noch über Erbbaurecht genutzt werden. In Kambodscha gilt Ähnliches. „You can buy the air“, sagen die kambodschanischen Makler sehr treffend.

Vorbilder für Deutschland?

Dazu müsste das Grundgesetz geändert werden. Aber so weit müssen wir gar nicht gehen. Überfällig ist allerdings eine intensive Diskussion darüber, was die Väter unseres Grundgesetzes eigentlich mit Art. 14 Abs. 2 bezweckten, welche Funktion

dieses „Korrektiv“ erfüllen sollte, was dann von Legislative, Exekutive und Judikative daraus gemacht wurde, welche Auslegung es erfuhr. Wir müssen das Grundgesetz nicht unbedingt ändern, aber wir sollten es endlich ernst nehmen in diesem Punkt und den Willen der Verfassungsväter in die Baurechts- und Planungspraxis implementieren. Geändert werden sollte die Grundsteuer. Das, was aktuell als Reform geplant wird, ist viel zu kompliziert, aufwendig und streitanfällig. Besser wäre es, nur noch den Boden und nicht mehr die darauf errichtete Geschossfläche zu besteuern. Und den Bodenwertzuwachs viel stärker abzuschöpfen, als das bisher der Fall ist. Ein großer Wurf wäre angebracht, doch davon will die Politik derzeit nichts wissen.

Was bedeuten die von der Bundesregierung angestrebten Freihandelsabkommen für die Stadtentwicklung?

Die Freihandelsabkommen sind vor allem Investorenschutzabkommen. Eine Maßnahme des Bundes, eines Landes oder einer Kommu-

ne, die die Gewinnerwartung eines ausländischen Investors negativ beeinträchtigen könnte, kann dieser als indirekte Enteignung oder Verletzung des Grundsatzes der gerechten und billigen Behandlung interpretieren und Schadenersatz bzw. Entschädigung einfordern. Darüber

„Unter solchen Rahmenbedingungen ist eine am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung kaum möglich.“

entscheiden dann keine deutschen Gerichte, sondern im Falle bilateraler Investitionsschutzabkommen internationale Schiedsgerichte – ohne die Möglichkeit, gegen deren Urteile in Berufung zu gehen. Dieses ist allerdings derzeit im Zuge der TTIP- und CETA-Diskussion durchaus umstritten; es wird die Gründung von ständigen, nicht ad hoc zusammengesetzten Investitionsschiedsgerichten erwogen.

Nach welchen Regeln entscheiden internationale Schiedsgerichte?

Es gibt im Wesentlichen keine klaren Regeln. Die Rechtsbegriffe sind unbestimmt und ausfüllungsbedürftig. Und in der Schiedsgerichtspraxis ist auch noch keine klare Linie erkennbar. Die Entscheidungen widersprechen sich je nach Zusammensetzung des Schiedsgerichts und dem entschiedenen Sachverhalt. Eindeutig nicht zutreffend ist indes die Behauptung oder Annahme, Schiedsgerichte würden prinzipiell zugunsten von klagenden privaten Investoren und zulasten der Gaststaaten entscheiden; dies ist definitiv nicht der Fall. Zu beobachten ist in den letzten Jahren freilich eine Ausdehnung des indirekten Enteignungsbegriffs und vor allem des materiellen Investitionsschutzkriteriums der fairen und

gerechten Investorenbehandlung auf Maßnahmen des Verwaltungsrechts – gemeint sind Umweltrecht, Planungsrecht, Baurecht – und auf das Mietrecht. Maßnahmen in den genannten Rechtsbereichen werden von Investoren als Eingriff in ihre eigentumswerten Vermögenspositi-

onen interpretiert und ziehen Schadenersatz- und Entschädigungsforderungen nach sich.

Was kann das für konkrete Auswirkung auf die Stadtentwicklung haben?

Eine „Mietpreisbremse“ könnte als „Enteignung des Investors“ interpretiert werden, ebenso der Erlass von Erhaltungs- und Milieuschutzsätzen, Gebote gegen Luxussanierungen, die Ausweisung von Sanierungs- und Naturschutzgebieten. Mit anderen Worten: Es sollte alles immer genauso bleiben, wie es war, als der Investor seine Investition tätigte. Unter solchen Rahmenbedingungen ist eine am

„Den Ländern und Kommunen ist bisher noch gar nicht richtig bewusst, was da auf sie zukommen könnte.“

Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung kaum mehr möglich. Denn Wohnen, also das Recht auf eine angemessene, menschenwürdige und vor allem bezahlbare Wohnung, kann ebenso gut als „Ausfluss“ – wie Juristen sagen – des Sozialstaatsprinzips interpretiert werden, aus dem sich einklagbare Rechte Einzelner ergeben könnten.

BUCHTIPP

Fabian Thiel
Strategisches Landmanagement
Baulandentwicklung durch Recht, Ökonomie, Gemeinschaft und Information
Books on Demand,
Juli 2008
336 Seiten, 39,90 Euro
978-3-8370-1680-2



Weil sich Pläne immer wieder an neue gesellschaftliche Herausforderungen anpassen müssen?

Genau. So muss beispielsweise das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch von derzeit 66 ha auf 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2030 zu reduzieren, zur Änderung zahlreicher Regionalpläne und Flächennutzungspläne führen. Schmäler dies die Gewinnerwartung eines ausländischen Investors, kann er auf Schadenersatz oder Entschädigung klagen. Den Ländern und Kommunen ist bisher noch gar nicht richtig bewusst, was da auf sie zukommen könnte. Im Übrigen stellen sich wettbewerbsrechtliche Fragen auf

EU-Ebene, falls ansiedlungswillige Unternehmen aus Europa betroffen sein könnten. Hier geht es um die europarechtliche Niederlassungsfreiheit und Eigentumsгарantie versus nachhaltige Raum- und Stadtentwicklung – eine hochinteressante Fallkonstellation!

Herr Prof. Thiel, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

„Deutschland hat sich verwählt: Zukunft ... kein Anschluss unter dieser Nummer!“

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

an den Anfang sei der Dank gestellt an alle, die mit Mut und Tatkraft unseren Bundestagswahlkampf begleitet haben: Kandidatinnen und Kandidaten, Mitglieder, Spender, Wählerinnen und Wähler.

Wie Worte finden, wenn das Ergebnis vom 24. September sprachlos macht? Nach 31 Jahren ÖDP-Zugehörigkeit bin ich einig gewöhnt; ein Stehauf-Weibchen mit dem festen Willen: jetzt erst recht! Was ist diesmal anders?

Selten habe ich als Kandidatin so viel Ausgrenzung erfahren, ob durch Verbände oder Presseorgane. Noch nie habe ich erlebt, dass die wirklich wichtigen Zukunftsfragen so gut wie keine Rolle gespielt haben. Die vermeintlich wichtigste Frage lautete: Wer wird dritte Kraft und wie können Merkel und die AfD verhindert werden? Das gipfelte zwei Tage vor der Wahl in dem Aufruf von compact: „Wer Kleinstparteien wählt, nutzt im Kampf gegen Rechts seine Stimme nicht optimal. Wer die AfD maximal schwächen will, muss Union, SPD, Linke, Grüne oder FDP wählen!“

Taktisches Wählen hat beides nicht verhindert, aber alles untergehen lassen, was im Wahlkampf auf die Tagesordnung gehört hätte. Die großen, langfristigen Themen wurden schlicht ignoriert. Richard David Precht, Publizist und Honorarprofessor für Philosophie, äußerte

sich bei Markus Lanz über die „Verweigerung eines Wahlkampfes“.

Ich stimme ihm zu, wenn er beklagt, dass die gesamten gesellschaftlichen Umbrüche durch die Digitalisierung, die das Land nicht nur etwas moderner macht, sondern eine völlig neue Gesellschaft/Arbeitswelt erzeugen wird, weder politisch noch gesellschaftlich diskutiert werden. Wo beispielsweise beschäftigt sich eine Ethikkommission mit derlei Fragen, wenn schon die Entwicklung völlig undemokratisch an uns vorbeiläuft? Er benennt unmissverständlich, dass unsere Art zu wirtschaften auf Kosten unserer Enkel geht, und beschreibt genau, was passiert, wenn alle so wirtschaften wie wir. Wir werden in wenigen Jahrzehnten unseren Lebensraum unwiederbringlich zerstört haben.

Für Precht ist das ökologische Thema selbst bei den Grünen in den falschen Händen. Migration wird als das dritte große Thema benannt. Precht beklagt den völlig falschen Ansatz. Er will flüchtlingspräventiv mit den Ländern zusammenarbeiten, um die Not zu lindern und Chancen zu eröffnen, statt in die Rüstung zu investieren. Und so weiter und so fort.

Precht liest aus unserem ÖDP-Programm, er weiß es nur nicht!



Precht bei Lanz: <https://tinyurl.com/y7gba64p>



ZDF-Interview: <https://tinyurl.com/ybdcz8qn>



Der Beitrag gipfelt in der Frage von Markus Lanz: „Worum traut sich keiner, das zu tun, was wirklich Sache ist?“ Precht spricht von der Angst der Politiker, den Wählern Angst zu machen, und fordert: „Wir müssen unser Lebensmodell umstellen. Das erzählen die Grünen ihren Wähler nicht und das erzählen uns alle anderen auch nicht.“

Alle anderen? Nein. Wir schon, allerdings um den Preis, von nur wenigen, viel zu wenigen gewählt zu werden. Und wieder scheint sich eine wahlanalytische Erkenntnis zu bewahrheiten: Gewählt wird man nur, wenn man den Menschen verspricht, dass möglichst alles so bleibt, wie es ist.

Liebe Freundinnen und Freunde, es darf nichts so bleiben, wie es ist. In der „großen“ Politik nicht und in der ÖDP auch nicht. Nach diesem Wahlsonntag können wir, dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen Fehler ebenso analysieren wie wir uns möglicherweise „neu erfinden“ müssen. Und ich wünsche mir, dass manch „alter Hase“ seine Enttäuschung überwinden kann, weil diejenigen, die uns neu entdeckt haben, uns Mut machen:

Ein Neu-Mitglied schreibt: „Insgesamt glaube ich, dass der Wandlungsprozess weg von der individualisier-

ten Konsumgesellschaft hin zur gemeinwohlorientierten Nachhaltigkeit und Genügsamkeit eine Wandlung, ein Wandlungsprozess von kolossalem Ausmaß ist und wir hier viel Geduld brauchen werden ...“

Und ein weiteres neues Mitglied schreibt: „Ich habe mich nach langem Überlegen heute dazu entschlossen, der ÖDP beizutreten. Ich möchte mich politisch engagieren und die ÖDP bildet hier für mich die einzige Möglichkeit. Denn diese Partei bietet ein Konzept, das es uns ermöglichen wird, ein nachhaltiges, gemeinsames und glückliches Leben auch in 50 Jahren zu führen.“

Lassen wir uns von dieser Hoffnung anstecken und mitreißen. Mein Lieblingsdichter Hermann Hesse will uns gleichsam anstiften: „Heute liegt die politische Vernunft nicht mehr dort, wo die politische Macht liegt. Es muss ein Zustrom von Intelligenz und Intuition aus nichtoffiziellen Kreisen stattfinden, wenn Katastrophen verhütet oder gemildert werden sollen.“ Und: „Es fehlt nicht an Autoren, deren Verzweiflung an unserer Zeit und deren Angst vor dem Chaos echt ist. Es fehlt aber an solchen, deren Glaube und Liebe ausreicht, sich selbst über dem Chaos zu halten.“

Ich hoffe und wünsche mir sehr, dass wir uns über dem Chaos halten können und Wege finden, wie wir als ehrliche und konstruktive politische Kraft Menschen erreichen können, um sie für die „ÖDP-Lösungen für die Zukunft“ zu begeistern. ÖDP, das ist nicht nur eine Partei oder ein Programm; ÖDP, das ist gleichermaßen Haltung und Lebensaufgabe, vielleicht auch ein Liebesdienst gegenüber allem, was wir uns vertraut gemacht haben und für das wir Verantwortung tragen.

Abschließend muss ich nochmals den Bundespräsidenten a.D. Horst Köhler aus seiner Rede „Die große Transformation in Zeiten des Unbehagens“ zitieren:

„Es gibt keine Veränderung ohne Widersprüche, ohne Konflikte. Aber ich bin fest davon überzeugt, wenn diese Konflikte auf den Tisch gebracht und kenntlich gemacht werden, die Komplexität nicht verschwiegen wird, dann verliert Politik nicht an Glaubwürdigkeit, sondern gewinnt sie.“

Lassen Sie uns gemeinsam weiter eine Hoffnungsgeschichte erzählen.

Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit!

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Ergebnis der Bundestagswahl

Im Namen des ÖDP-Bundesverbandes bedanke ich mich bei allen, die uns bei der Bundestagswahl 2017 mit ihrer Stimme/ihren Stimmen unterstützt haben. Ich danke auch unseren Kandidatinnen und Kandidaten sowie den vielen Mitgliedern, die ehrenamtlich viel Zeit und Kraft in den Meinungswettstreit um die besseren Konzepte investiert haben. Im Vergleich zu 2013 haben wir am vergangenen Sonntag 144.809 Parteistimmen (0,3%) erhalten (2013: 127.088 0,3%). 85 von 299 möglichen Wahlkreisen konnten wir mit Direktkandidaten besetzen und insgesamt 166.228 Stimmen (0,4%) gewinnen (2013: 128.209 0,3%).

Die Parteigremien werden sich nun mit dem Ergebnis der Wahl ausführlich befassen. Am 4. November 2017 tagt der Bundesvorstand in Würzburg. Er wird eine Analyse der Ergebnisse vornehmen und dabei auch die Rückmeldungen (Kritik und Ideen) aus dem Kreis der Mitglieder einfließen lassen. Es wird dabei nicht nur um

harte Zahlen gehen, sondern es soll auch herausgearbeitet werden, wo wir inhaltlich/organisatorisch Verbesserungspotenzial haben. Aber auch mögliche Reaktionen und Maßnahmen auf externe Faktoren müssen diskutiert werden, wie z.B. die geringe Medienpräsenz, mit der wir zu kämpfen hatten.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Ab jetzt laufen (bei Redaktionsschluss) die Wahlkämpfe für die Landtagswahl Niedersachsen am 15.10.2017, die Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2018 und die für uns wichtige Europawahl 2019! Bei der EU-Wahl gibt es keine Sperrklausel (5%), sodass uns alle nachdenklichen Menschen mit gutem Gewissen ihre Stimme(n) geben und dazu beitragen können, das Europawahl-Ergebnis von 2014 (0,6%) zu steigern. Erklärtes Ziel ist es, unser Mandat im Europa-Parlament (MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner) nicht nur zu halten, sondern möglichst bei der Zahl der Sitze zuzulegen!

Positive Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederzahlen haben sich durch die Bundestagswahl positiv entwickelt. Aktuell (Stand: 17. Oktober 2017) sind stolze 6.342 Mitglieder in der ÖDP. Von Januar bis Ende September konnten wir 465 neue Mitglieder begrüßen (davon im August 55 und im September sogar 149). Trotz aller Enttäuschungen bzgl. des Wahlergebnisses ist diese Entwicklung ermutigend. Sie zeigt, dass die Wahlteilnahme allein schon aus Gründen der Steigerung von Interessenten und Mitgliedern richtig und wichtig war.

Strukturen in der Partei weiter ausbauen

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen müssen wir vorrangig unsere Strukturen ausbauen. Wir müssen die Landesverbände stärken, insbesondere die „kleinen“. Dort, wo es möglich ist, müssen wir Kreis- oder Regionalverbände gründen. Dieses Netzwerk ist erforderlich, damit erforderliche Unterstützungsunterschriften möglichst von viel mehr Untergliederungen und aktiven Mitgliedern in der Partei gesammelt werden können. Dann haben wir auch die Chance, mit noch mehr Direktkandidaten bei einer Bundestagswahl aufzutreten.

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29
55118 Mainz

Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner



Foto: Simone Lettenmayer

Juncker zur „Lage der Union“ am 13. September. Juncker will bis zum Ende seines Mandats Mitte 2019 die sich derzeit in der Verhandlungsphase befindlichen Freihandelsabkommen zu einem Abschluss bringen. Offenbar hat die EU-Kommission nichts aus der zunehmenden Skepsis gegenüber der Europäischen Union gelernt. Anstatt Freihandelsabkommen auszuhandeln, die nur die Interessen von großen Konzernen bedienen und Sozial- und Umweltstandards aushöhlen, sollte sich die Kommission für die Rechte der Verbraucher und Arbeitnehmer einsetzen.

In der Flüchtlingsfrage hoffe ich nach der Juncker-Rede auf ein Umdenken. Denn der Kommissionspräsident betonte, dass die EU keine Festung sei, sondern dass Europa ein Kontinent der Solidarität sein müsse. Ich setze mich schon lange dafür ein, dass insbesondere die Fluchtursachen bekämpft werden. Europa liefert in erheblichem Maße Waffen in Krisengebiete, womit kriegerische Konflikte befeuert und die Menschen zur Flucht gezwungen werden. Darüber hinaus verelenden in Afrika viele Menschen aufgrund der ungerechten Handelsabkommen, die ihnen von der EU aufgezwungen werden. Hier müssen wir endlich umdenken. Ich setze mich auch dafür ein, dass die unhaltbaren Zustände in den libyschen Flüchtlingslagern endlich auf die politische Agenda kommen. Denn dort wird systematisch gefoltert und vergewaltigt.

Ich bin im Europäischen Parlament Berichterstatter für die Dual-Use-Reform. Dabei geht es um Exportkontrollen für Güter, die nicht nur zivil, sondern auch militärisch eingesetzt werden können. Ein Beispiel ist etwa Überwachungstechnologie. Die Rolle als Berichterstatter verschafft mir große mediale Aufmerksamkeit. So wurde ich unter anderem von der „FAZ“ und der „Zeit“ interviewt. Leider sieht es derzeit aus, als könnte es der Industrie durch massiven Druck gelingen, eine Reform, die die Menschenrechte zum Grundwert europäischer Handelspolitik macht, zu verhindern. Doch ich werde weiter für meine Überzeugungen kämpfen.

Es grüßt Sie herzlich

K. Buchner

Ihr Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Am 21. September trat das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA vorläufig in Kraft. Damit sind jene Teile des Vertrags wirksam geworden, die in die ausschließliche Kompetenz der EU fallen. Und das, obwohl bislang erst eine Minderheit der Mitgliedstaaten CETA ratifiziert hat. Dass mit der vorläufigen Anwendung des Abkommens nun ein Großteil von CETA in Kraft getreten ist, ist deshalb undemokratisch und schafft überdies vollendete Tatsachen. Denn sollte meine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich sein, wird es sehr schwer werden, CETA wieder rückgängig zu machen.

Dass man sich beim Kampf gegen CETA nicht auf die Grünen als Bündnispartner verlassen kann, zeigte der Auftritt des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am 15. September in Karlsruhe, bei dem ich auch anwesend war. Dort wurden ihm von den jungen und engagierten Aktivisten des „Greenteam Schwabenpower“ fast 80.000 Unterschriften gegen CETA übergeben. Kretschmann wollte sich aber nicht darauf festlegen, dass Baden-Württemberg im Bundesrat gegen CETA stimmen wird.

Die Freihandelsabkommen waren auch Thema bei der Rede des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude

Baden-Württemberg

Schwabenpower gegen CETA

Das hat sich der Ministerpräsident Winfried Kretschmann anders vorgestellt: Eigentlich war er am 15. September für einen Wahlkampfauftritt zum Karlsruher Kulturzentrum Tollhaus gekommen. Bevor er sich jedoch diesem widmen konnte, warteten auf ihn vor dem Eingang noch die Jugendlichen der parteiunabhängigen Gruppe Greenteam Schwabenpower. Sie hatten 79.717 Unterschriften ihrer Unterschriftenaktion auf der Online-Kampagnenplattform change.org bei sich: 79.717 Unterschriften von Menschen aus Baden-Württemberg, die den Ministerpräsidenten auffordern, sein Versprechen zu halten und sich im Bundesrat gegen das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA einzusetzen.

Der Unterschriftensammlung auf change.org waren u.a. eine Bürgerklage von Marianne Grimmenstein, die auch vom Europaabgeordneten der ÖDP, Prof. Dr. Klaus Buchner, unterstützt worden war, und der Volksantrag gegen CETA des ÖDP-Landesvorsitzenden Guido Klamt vorausgegangen. Bei dem Volksantrag hatte es sich um den ersten seiner Art in Baden-Württemberg gehandelt und es war schnell deutlich geworden, dass dieser mit einem enormen organisatorischen und formalen Aufwand verbunden sein würde. So sind am Ende zwar 6.000 Unterschriften eingegangen, die alleamt von den jeweiligen Gemeindebehörden bestätigt werden mussten, aber die für einen Erfolg erforderlichen 39.000 Unterschriften konnten trotz eines Unterstützerbündnisses nicht erreicht werden. Auch die Gruppe Greenteam Schwabenpower hatte den Volksantrag mit seinen Forderungen, der Landtag möge sich gegen CETA aussprechen und die grün-schwarze Landesregierung sich im Bundesrat gegen CETA, aktiv unterstützt. Als sich der Volksantrag dem Ende zuneigte, starteten die Jugendlichen von Greenteam Schwabenpower ihre eigene, weniger formale Unterschriftenkampagne. Dabei erhielten auch sie vielfältige Unterstützung, darunter von Marianne Grimmenstein, Prof. Dr. Klaus Buchner und der ÖDP.

Die Unterschriftenkampagne wurde ein Erfolg: Am Tag der Übergabe hatten die Jugendlichen 79.717 Unterschriften beisammen. Ministerpräsident Kretschmann war von dieser Aktion aber alles andere als begeistert. Er argumentierte den Jugendlichen gegenüber, dass in den Vertragstext doch schon Verbesserungen eingeflossen seien und das Freihandelsabkommen nötig sei. Den Ju-

gendlichen von Greenteam Schwabenpower warf er vor, gegen den Handel an sich zu sein. Sprach's und stieg vom Podium, zunächst ohne die Unterschriften mitzunehmen. Diese wurden ihm dann eilig hinterhergereicht.

An die Unterschriftenübergabe folgten drei Reden. In der ersten betonte Ludwig Essig, dass er und seine Mitstreiter von Greenteam Schwabenpower nicht gegen den Handel an sich seien, sondern nur gegen solche undemokratischen, unsozialen und unökologischen Handelsabkommen. In der zweiten Rede legte Marianne Grimmenstein dar, dass Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament und Bundestag gegen CETA seien und dagegen stimmen würden. Letztendlich entscheidend sei jedoch das Abstimmungsverhalten im Bundes-



Prof. Dr. Klaus Buchner und Marianne Grimmenstein (am rechten Bildrand)

gendlichen von Greenteam Schwabenpower warf er vor, gegen den Handel an sich zu sein. Sprach's und stieg vom Podium, zunächst ohne die Unterschriften mitzunehmen. Diese wurden ihm dann eilig hinterhergereicht. An die Unterschriftenübergabe folgten drei Reden. In der ersten betonte Ludwig Essig, dass er und seine Mitstreiter von Greenteam Schwabenpower nicht gegen den Handel an sich seien, sondern nur gegen solche undemokratischen, unsozialen und unökologischen Handelsabkommen. In der zweiten Rede legte Marianne Grimmenstein dar, dass Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament und Bundestag gegen CETA seien und dagegen stimmen würden. Letztendlich entscheidend sei jedoch das Abstimmungsverhalten im Bundes-

rat, in dem die Bundesländer CETA noch zu Fall bringen könnten, indem sie das Abkommen ablehnen. Hier sei aber nicht gesagt, dass die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung gegen CETA stimmen. Gerade im Hinblick auf Baden-Württemberg sei dies fraglich, wo nicht nur die CDU das Freihandelsabkommen unterstütze, sondern sich auch schon grüne Spitzenpolitiker dafür offen gezeigt hätten. Dass Kretschmann dazugehört, habe seine Reaktion bei der Unterschriftenübergabe gezeigt. In der abschließenden Rede machte Prof. Dr. Klaus Buchner deutlich, in welchem Maße die Durchsetzung von CETA und die Inhalte dieses Freihandelsabkommens demokratische Grundsätze mit Füßen treten. Er legte eindrücklich dar, wie Inhalte des Vertragstextes unter Verschluss gehalten werden, wie die Souveränität der Staaten bei der Gesetzgebung beschnitten wird, wie der jetzige SPD-Kanzlerkandidat



Ludwig Essig, Nils Körner, Winfried Kretschmann

Martin Schulz als Präsident des Europaparlamentes einfach eine Abstimmung verschieben ließ, als sie zu Ungunsten der Befürworter von CETA zu verlaufen drohte, und wie die Schiedsgerichtsverfahren zu einer Geldquelle der Kanzleien werden.

Die Bundestagswahl ist für die ÖDP in Baden-Württemberg eher enttäuschend verlaufen. An absoluten Stimmen hat sie leicht verloren und diesmal 21.789 Zweitstimmen erhalten (2013: 23.704). Das sind – wie schon 2013 – 0,4 %. Bei den Erststimmen haben sich 18.333 Wählerinnen und Wähler (= 0,3 %) für die ÖDP entschieden, wogegen es 2013 30.607 waren. Die Stimmzahlen bei den Erststimmen sind allerdings nur begrenzt miteinander vergleichbar, weil die Kandidatinnen und Kandidaten und Wahlkreise, in denen die ÖDP angetreten ist, verschieden sind und den Erststimmen ein etwas geringeres Gewicht beigemessen wurde. Bei den Zweitstimmen muss man berücksichtigen, dass diesmal in Baden-Württemberg deutlich mehr Parteien als bei der letzten Wahl angetreten sind und damit die Konkurrenz größer geworden ist. So haben aufgrund der Zerstrittenheit der Tierschutzbewegung gleich drei Parteien aus dem Bereich des (radikalen) Tierschutzes kandidiert. 2013 stand von diesen Parteien nur die Tierschutzpartei/MUT auf dem Wahlzettel.

Die besten Zweitstimmenergebnisse konnte die ÖDP in den Wahlkreisen Ravensburg (1,1 %), Biberach (0,9 %), Rottweil-Tuttlingen (0,7 %) und Odenwald-Tauber (0,7 %) einfahren. Die meisten Erststimmen vereinten Thomas Bergmann (WK Ravensburg), Gudrun Diebold (WK Biberach) und Axel Gebhardt (WK Odenwald-Tauber) mit 1,7 %, 1,3 % und nochmals 1,3 % auf sich.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek zum Ausgang der Bundestagswahl

Liebe ÖDP-Mitglieder in Bayern, im Namen des ÖDP-Landesvorstandes Bayern bedanke ich mich bei allen Mitgliedern, die sich im Bundestagswahlkampf engagiert haben. Ich danke insbesondere auch unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die ehrenamtlich viel Zeit und Kraft in den Meinungswettstreit um die besseren Konzepte investiert haben. 119.031 Bürgerinnen und Bürger haben unsere Direktkandidaten in Bayern gewählt, das sind 34.448 mehr als 2013 und eine Steigerung um 0,3 % auf 1,6 %. Bei den Zweitstimmen haben wir leider nur 0,9 % der Stimmen erreicht.

Zufrieden sind wir damit natürlich nicht, aber wir werden entschlossen weiterarbeiten. Denn es ist bitter, dass große Probleme wie die bedrohliche Überhitzung der Erdatmosphäre, die Benachteiligung der Familien, die Steuervermeidung durch große Konzerne und der weitgehend unfaire Welthandel im Wahlkampf keine Rolle gespielt haben: Je schärfer die Zukunftsprobleme werden, desto intensiver scheint die Versuchung zur Verdrängung zu sein.

Das Ergebnis der Bundestagswahl stellt einen ernsten Auftrag für alle demokratisch gesinnten Personen und Organisationen dar: Dass eine Partei wie die AfD, die offen rechtsradikale Personen und Aussagen in ihren Reihen duldet, mit weitgehend unbekanntem Kandidaten und ohne kommunalpolitische Verankerung zweitstärkste Kraft geworden ist, kann nicht einfach achselzuckend zur Kenntnis genommen werden.

Ich bitte Sie, uns auch in Zukunft zu unterstützen, zum Beispiel beim aktuellen Volksbegehren gegen maßlose Flächenversiegelung. Bayern braucht ein ökologisches Korrektiv in der politischen Mitte. Eine Partei für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Heimat, Familie und gesunde Lebensgrundlagen. Mensch vor Profit!



Klaus Mrasek
ÖDP-Landesvorsitzender in Bayern

Das Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt“ ist eines der wichtigsten Öko-Projekte in der Geschichte des Freistaates

München. Die bayerische ÖDP zählt von Beginn an zu den Trägern des Volksbegehrens gegen Flächenfraß. „Bayern ist leider Spitzenreiter beim Flächenverbrauch, bei der Vernichtung der Produktionsbasis der Landwirtschaft, bei der Verarmung der Lebensräume und bei der Verschärfung der Hochwassergefahren“, begründete Landesvorsitzender Klaus Mrasek bei der Auftakt-Presskonferenz den Einsatz der ÖDP für das Volksbegehren.

Die ÖDP werde ihre langjährige Erfahrung mit den Instrumenten der direkten Demokratie einbringen und dafür kämpfen, dass das Volksbegehren ein Erfolg wird, kündigte Mrasek an. „Die Bewahrung einer lebendigen Vielfalt der Landschaften braucht aus Sicht der ÖDP eine gesetzliche Regelung zur Reduzierung des Flächenverbrauchs“, so der ÖDP-Politiker.



Der Start des Volksbegehrens ist nach Ansicht der ÖDP „eines der wichtigsten ökologiepolitischen Projekte in der Geschichte des Freistaates. Ein erfolgreiches Volksbegehren zum Flächensparen wird die Landesplanung positiv verändern“, so Klaus Mrasek. Die ÖDP setzt auf die Gewinnung weiterer Bündnispartner, vor allem auch aus den kirchlichen Verbänden und der Heimatpflege.

Zu den Auftakt-Trägern gehören Die Grünen, ÖDP und Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Unterschriftenlisten gibt es in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle unter Tel. (08 51) 93 11 31 oder online auf www.oedp-bayern.de

Die TOP 10 der Bundestagsdirektkandidaten

40 engagierte Direktkandidatinnen und -kandidaten haben einen deutlichen Zuwachs der Erststimmen in

den bayerischen Bundestagswahlkreisen erkämpft. Sie haben an Bekanntheit gewonnen und stärken damit die ÖDP-Kreisverbände vor Ort. Allen gebührt großer Dank. Die zehn besten Ergebnisse liegen zwischen 3,5 % und 2,2 %. Zu den TOP 10 gehören:



Dr. Maiken Winter, Andreas Seitz, Elisabeth Sieber, Christina Treffler, Klaus Seufzger, Hannes Eberhardt, Dr. Stefan Scheingraber, Günther Brendle-Behnisch, Ludwig Maier, Agnes Thanbichler

Kandidat	Erststimmen	Wahlkreisname	beteiligte Kreisverbände
Dr. Maiken Winter	3,5 %	Weilheim	Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau
Andreas Seitz	3,1 %	Passau	Passau-Stadt, Passau-Land
Elisabeth Sieber	2,9 %	Altötting	Altötting, Mühldorf
Christina Treffler	2,7 %	Erding – Ebersberg	Ebersberg, Erding
Klaus Seufzger	2,5 %	Rottal-Inn	Dingolfing-Landau, Rottal-Inn, Landshut
Hannes Eberhardt	2,3 %	Regensburg	Regensburg
Dr. Stefan Scheingraber	2,3 %	Schwandorf	Cham, Schwandorf
Günther Brendle-Behnisch	2,3 %	Ansbach	Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen
Ludwig Maier	2,2 %	Rosenheim	Rosenheim
Agnes Thanbichler	2,2 %	Traunstein	Berchtesgadener Land, Traunstein

ÖDP trauert um Tutzinger Bürgermeister Rudolf Krug

„Seine versöhnliche Art, seine Fähigkeit, Brücken zu schlagen und Menschen gemeinsam zu einem Ziel zu führen, werden die Menschen in Tutzing und seine ÖDP-Parteifreunde vermissen! Rudolf Krug war als Mensch und Bürgermeister ein Vorbild!“ Mit diesen Worten würdigten ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek und



Foto: ÖDP Bayern

Rudolf Krug

Kreisvorsitzende Monica Blume-Hedemann den im August verstorbenen ÖDP-Politiker. „Seine leise Art brachte die Menschen zusammen.“ Für die ÖDP Bayern war Rudolf Krug ein Vorzeigebürgermeister, der jeden Tag anschaulich bewies, wie Herz und Heimatliebe eine Gemeinde in eine nachhaltige Zukunft führen können. „Rudolf Krug war ein Bürgermeister, wie man ihn sich wünscht, ein liebenswerter Mensch, frei von Selbstüberschätzung, Rechthaberei und Narzissmus. Er stellte immer die Bürger in den Mittelpunkt.“ 2014 war Rudolf Krug gemeinsam von ÖDP und Freien Wählern als Bürgermeisterkandidat aufgestellt worden und gewann in der Stichwahl mit über 80 % gegen die CSU-Bewerberin. Er wechselte von seiner eigenen IT-Firma ins Rathaus. In kurzer Zeit brachte er den stark polarisierten Gemeinderat zu einem fruchtbaren Miteinander. Der Familienmensch Rudolf Krug hinterlässt seine Frau und drei erwachsene Töchter, die ihn in der langen Zeit der Krankheit begleitet haben.

Anti-Korruptionskampagne der ÖDP reizt CSU: Minister Bausback kritisiert ÖDP-Kandidat Schmitt!

Die ÖDP hat mit ihrer Anti-Korruptionskampagne im Bundestagswahlkampf in Bayern die CSU gereizt. Ausgerechnet Justizminister Winfried Bausback beschwerte sich darüber beim Bundestagskandidaten der ÖDP und Stadtrat in Aschaffenburg, Bernhard Schmitt.

Aufgabe eines Justizministers ist es, Korruption in der Politik zu bekämpfen, stattdessen zeige er sich



Foto: ÖDP Bayern

ÖDP-Bundestagskandidat Bernhard Schmitt war mit seinen Plakaten gegen politische Korruption omnipräsent – auch in der Nähe der politischen Konkurrenten.

ertappt, wenn die ÖDP in Bayern auf Plakaten gegen Korruption argumentiert: Was die ÖDP da landesweit aufhänge, zeuge „von schlechtem politischem Stil“, so der CSU-Justizminister. Bernhard Schmitt entgegnete ihm: „Für mich ist es ein schlechter politischer Stil, als Partei Geld von Wirtschaftslobbyisten anzunehmen. Autobauer und Rüstungskonzerne ‚spenden‘ an Regierungsparteien und diese erhöhen im Gegenzug die Stickoxidgrenzwerte und erlauben Waffenexporte nach Saudi-Arabien.“, so Schmitt. Bedenklich sei, dass ausgerechnet im Bayerischen Justizministerium so wenig Sensibilität für den negativen Einfluss finanzkräftiger Lobbyisten auf unser Rechtssystem und das Gemeinwohl vorhanden sei.

Kontakt: ÖDP-Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de

Berlin

Erfolge durch Direktkandidaten – leichte Verluste für die ÖDP in Berlin

Im Berliner Wahlkampf lag der Fokus thematisch auf der Schließung des Flughafens Tegel, denn am Tag der Bundestagswahl fand darüber in Berlin eine Volksabstimmung statt. Das Gesicht der ÖDP-Tegel-Kampagne war der Direktkandidat im Wahlkreis Spandau/Charlottenburg-Nord, Jens-Eberhard Jahn, mit seinem Motto „Tegel schließen! Klima schützen!“.



Foto: ÖDP Berlin

Auszug aus einem Video-Kurzporträt des Spandauer Direktkandidaten Jens-Eberhard Jahn. Video abrufbar unter: <https://tinyurl.com/y7an76yp>

programmatisch zumindest scheinbar ähnlich aufgestellten Kleinparteien in Berlin sein. Hinzu kam die Polarisierung der WählerInnen aufgrund des absehbaren Erfolgs der rechtspopulistischen AfD. Ein Grund für den Erfolg der ÖDP in Spandau dürfte sein, dass die umwelt- und verkehrspolitischen Ziele der Ökodemokraten über ein aktuelles, lokal bedeutendes Thema („Tegel“) in Verbindung mit einem Direktkandidaten konkret fassbar wurden.

Die Berliner ÖDP wird das Wahlergebnis in den kommenden Wochen (selbst-)kritisch analysieren und strategische Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Kontakt: ÖDP Berlin
Erich-Weinert Straße 134, 10409 Berlin
Tel./Fax: (030) 49 85 40 50, info@oedp-berlin.de
www.oedp-berlin.de

Hamburg

Bundestagswahl: Hamburg steigert Ergebnis um 41%

Zur Bundestagswahl ist die ÖDP in Hamburg mit einer Landesliste und drei von sechs möglichen Direktkandidaten angetreten. Unser Zweitstimmenergebnis von 2013 konnten wir um 41% auf nun 2.774 Stimmen steigern (0,3%). Unsere Direktkandidaten erreichten insgesamt 3.346 Stimmen. Volker Behrendt konnte sein Ergebnis verdoppeln (jetzt 0,8%) und Martin Krause und Benjamin Krohn erreichten aus dem Stand 0,6%. Während des Wahlkampfes haben wir über 1.000 Plakate stellen können, wöchentlich Infostände durchgeführt und intensiv auf Facebook geworben.

Als etablierte Kleinpartei wurden wir dank der Arbeit der letzten Jahre auch medial stärker wahrgenommen. So besuchte uns der NDR für ein Interview an einem Infostand und ein großes lokales Wochenblatt berichtete ausführlich über Volker Behrendt als Direktkandidaten. Zudem gab es im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zahlreiche Anfragen von Organisationen und Interessierten und den Eintritt von drei neuen Mitgliedern. Ein Interessent half uns sogar beim Plakatieren.

Wir freuen uns, dass sich die kontinuierliche Aufbauarbeit der letzten Jahre inzwischen deutlich bemerkbar macht und sogar auf die benachbarten Bundesländer ausstrahlt.

Die umfassende Auswertung des Wahlergebnisses anhand der Ergebnisse in den 106 Hamburger Stadtteilen zeigt, dass wir u. a. dort, wo wir verstärkt plakatiert hatten, sehr große Steigerungen erzielten (siehe Karte) und unsere Stammwählerschaft zu großen Teilen mobilisieren konnten. Auch die Präsenz eines Direktkandidaten erzeugte den positiven Effekt, die Zweitstimme ebenfalls bei der ÖDP zu setzen. Es freut uns, dass wir immer mehr Stadtteile erreichen und bekannter werden und wir blicken deshalb optimistisch auf die Europawahl 2019 und die nächste Bürgerschaftswahl 2020.

ÖDP Hamburg BTW 2017: Gewinne/Verluste im Vergleich zur BTW 2013

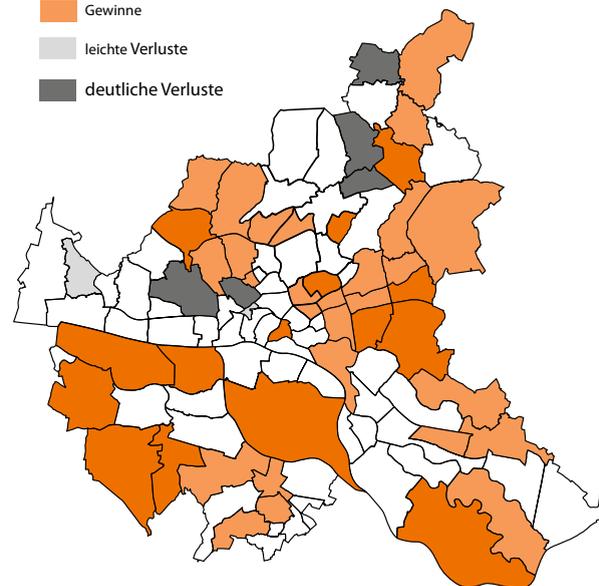


Foto: ÖDP Berlin

Fairer Handel statt Klamotten zum Spottpreis! Die ÖDP Berlin plakatierte im Wahlkampf auch direkt vor der Filiale der Billigmodekette Primark am Berliner Alexanderplatz.

Er wurde dort von genau 1.000 BürgerInnen gewählt und kam damit auf 0,8% der Stimmen. Bei den Zweitstimmen gewann die ÖDP hier 168 Stimmen dazu und erreichte in Spandau mit 0,3% prozentual das beste Berliner Ergebnis.

Unterm Strich verlor die ÖDP in ganz Berlin gegenüber 2013 allerdings über 300 Stimmen und erreichte so mit 3.200 Stimmen wieder ihr Ergebnis von 2009. Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung sind dies in relativen Zahlen nur 0,172% (2013: 0,195%; 2009: 0,183%).

Herbe Verluste (-143 Stimmen) gab es insbesondere in Kreuzberg-Friedrichshain. Prozentual lagen in Berlin genau die drei Wahlkreise vorn, in denen die ÖDP auch Direktkandidaten aufgestellt hatte (Spandau 0,3%; Pankow 0,23%; Mitte 0,18%). In Mitte erreichte Tim-Oliver Kray 0,5% der Erststimmen, ebenso wie Thomas Kuhn in Pankow, der hier auch das Zweitstimmenergebnis steigern half. In absoluten Zahlen fuhr die ÖDP in Pankow mit 432 Stimmen ihr bestes Ergebnis ein.

Ein Grund für das insgesamt unbefriedigende Abschneiden der ÖDP dürfte die starke Konkurrenz unter

Wir ermutigen auch die anderen Landesverbände, umfassende und detaillierte Auswertungen der Wahlergebnisse zu tätigen, um somit die Wirkung der Wahlkampfmittel zu analysieren und im nächsten Wahlkampf noch zielgerichteter einzusetzen.

Neu ist unser Nachhaltigkeitsaward, den wir vor Kurzem an Sandra Neumeier, Inhaberin eines Bioladens mit Namen „Twelve Monkeys – Vegankrams“, der auch verpackungslose Produkte anbietet, verliehen



Foto: ÖDP Hamburg

V. l. n. r.: Martin Krause (ÖDP Hamburg), Sandra Neumeier (Twelve Monkeys), Volker Behrendt (ÖDP Hamburg)

haben (siehe Foto). Ausschlaggebend für die Wahl war das herausragende soziale und politische Engagement der Preisträgerin.

Kontakt: ÖDP Hamburg
Curt-Bär-Weg 118, 21035 Hamburg
Tel.: (0176) 573 95 893, info@oedp-hamburg.de
www.oedp-hamburg.de

Niedersachsen

Bundestagswahlteilnahme stärkt den Landesverband

Überaus erfreulich verläuft der Strukturaufbau des Landesverbandes Niedersachsen. Neben einem sehr erfreulichen Mitgliederzuwachs von ca. 20% von Jahresbeginn an, haben sich mit den Kreisgruppen Wolfsburg/Helmstedt, Diepholz/Vechta und Lüneburg neue aktive Gruppen im Flächenland Niedersachsen gefunden.

Als unglaublichen Erfolg kann die Teilnahme zur Landtagswahl in Niedersachsen gewertet werden. Trotz Verkürzung der Sammlungsfrist von zehn Wochen

durch die vorgezogenen Wahlen konnten der Landeswahlleitung fast 2.500 Unterstützungsunterschriften fristgerecht übergeben werden. Der Landesverband bedankt sich ganz herzlich bei allen Unterstützern.

Der ordentliche Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen findet am 14.10.2017 in Lüneburg statt. Neben der Verabschiedung eines Landeswahlprogramms stehen Nachwahlen zum Landesvorstand und die Wahlen der Delegierten zum Bundeshauptausschuss und dem Bundesparteitag an.

Die Bundestagswahl in Niedersachsen hätte vom Stimmenanteil durchaus erfolgreicher verlaufen können. Bei 809 Erststimmen durch Inga Brettschneider als einzige Direktkandidatin in Bad Zwischenahn und 4.777 Zweitstimmen ist durchaus noch Luft nach oben. Allerdings hat sich die Teilnahme zur Wahl bezüglich des Mitgliederzuwachses und des Strukturaufbaus durchaus gelohnt.

*Kontakt: ÖDP Niedersachsen
Hogen Kamp 9, 26160 Bad Zwischenahn
Tel.: (0 44 03) 6 99 00 09, martin.f.dress@gmail.com
www.oedp-niedersachsen.de*



Bundestagswahlplakat der ÖDP NRW

Nordrhein-Westfalen

Bundestagswahl bringt ernüchterndes Ergebnis

In Nordrhein-Westfalen standen wir im Jahr 2017 gleich zwei Wahlen gegenüber: der Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September. Während wir bei der Landtagswahl unsere Zweitstimmen landesweit um etwa 70 % erhöhen konnten, war das Ergebnis der Bundestagswahl in Gänze eher ernüchternd. Herausragende Ergebnisse konnten wir in Aachen, Münster und Bad Driburg einfahren. Dort, wo wir präsent waren, konnten wir überall Stimmen hinzugewinnen. Vereinzelt Kolleginnen und Kollegen haben es darüber hinaus ermöglicht, auch in vielen sogenannten „Weißen Flecken“ Plakatierungen durchzuführen, wodurch wir über unsere Aktivengrenzen hinaus Gesicht gezeigt haben. Ein voller Erfolg war auch der Messestand auf der FAIR FRIENDS in Dortmund. Hier haben wir uns erneut als professionelle und ernst zu nehmende Partei präsentiert und wurden auch als solche wahrgenommen. Die dort entstandenen Kontakte begleiten uns bis heute.

Den nächsten Meilenstein stellt die Verhandlung über die 2,5-Prozent-Sperrklausel am 24. Oktober dar. Unsere Klage gegen diese demokratiefeindliche Hürde wird durch uns mit einer Aktion direkt vor dem Landesverfassungsgerichtshof begleitet. Jetzt geht es weiterhin darum, unsere knapp 70 neuen Mitglieder gut in die Partei einzufügen und daran zu arbeiten, aus den kommenden Kommunalwahlen und der Europawahl stärker denn je hervorzugehen.

*Kontakt: ÖDP NRW
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster
Tel.: (02 51) 760 267 45, info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de*

Sachsen

Tanzen, tanzen, tanzen

... so lautet der aus dem japanischen Original übersetzte Titel eines Buches von Haruki Murakami. Auf Deutsch wurde er abgewandelt in „Tanz mit dem Schafsmann“. Warum einem gerade dieser Buchtitel beim Nachdenken über die Bundestagswahl 2017 in den Kopf kommt? Es liegt vielleicht daran, dass der Held der Geschichte bei seiner Aufgabe, der Suche nach den verschwörerischen Umtrieben eines mysteriösen Schafes, gegen die mafiosen Verflechtungen von Militär, Wirtschaft und

Politik in Japan ankämpfen muss. Dabei hat er die Zusage des geheimnisvollen Schafsmannes, dass er trotz aller Entmutigungen und Unklarheiten einfach immer nur weiter sein Ziel verfolgen müsse, um dieses schließlich zu erreichen – im übertragenen Sinne: tanzen, tanzen, tanzen.

Ein einfacher Tanz waren die letzten Monate zwischen Görlitz und Plauen, Bad Brambach und Torgau für den Landesverband Sachsen allerdings nicht, die Choreografie neu und die Tanzpartner eher ungeübt. Denn es ging um den ersten Wahltritt bei einer Bundestagswahl seit 1998.



Kandidatenplakate der ÖDP Sachsen

Nach dem anstrengenden Kleinklein der Unterschriftensammlung folgte der rasche Übergang in den Wahlkampfmodus. Etwa zehn Aktive hatten sich der Aufgabe gestellt, das Flächenland mit ca. 6.000 Plakaten über die Existenz der ÖDP und deren Schwerpunkte zur Wahl zu informieren. Mit vier Pkws und zwei Handwagen wurden die knapp 18.500 km² unter die Räder genommen. Dazu wurden punktuell viele Tausend Flyer verteilt und über Facebook und Twitter der Wahlkampf im Netz unterstützt. Ende August konnte ein Vortrags- und Diskussionsabend mit der Bundesvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz angeboten werden, an dessen Abschluss sich die ÖDP gleich über einen Neueintritt freuen konnte. Die Erfahrung, dass Gastwirte und Veranstaltungsorte Parteien keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wollen, mussten die Organisatoren bei der Suche nach einem geeigneten Ort dafür allerdings machen. Die seit Mai neu hinzugekommenen zehn Mitglieder im Landesverband haben sich zum Teil schon sehr aktiv eingebracht und gaben zusätzlichen Schwung. Die Auswertung der unterschiedlichen Auftritte und Medien in der Öffent-

lichkeit wird den Verband noch die nächsten Wochen beschäftigen.

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2017

Die ÖDP hat in Sachsen 6.813 Zweitstimmen erhalten. Das sind 0,3 %. Es ist das beste Ergebnis der ÖDP in Sachsen bei allen bisherigen Wahltritten zu einer Bundestagswahl. Hier ein paar Zahlen zum Vergleich. 1990: 4.208 Stimmen, 1994: 4.799 Stimmen, 1998: 3.133 Stimmen. Seitdem war die ÖDP in Sachsen nicht zu einer Bundestagswahl angetreten. Bei der EU-Wahl 2014 entfielen auf die ÖDP, ohne Existenz eines Landesverbandes, 3.391 Stimmen.

Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle besonders an die beiden Direktkandidaten in Dresden!

Marcus Lieder in Dresden I kam auf 1.486 Stimmen bzw. 0,8 % und Sebastian Högen in Dresden II auf 1.791 bzw. 1,2 %.

Vielen Dank nochmals an die Wähler und alle, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben! Es ist ganz klar noch steigerungsfähig, aber es zeigt, dass sich die Mühe des vielen Plakatierens und Flyerverteilens lohnt. Schade zwar, dass wir den Einzug in den Bundestag deutlich verpasst haben, aber das ist kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Nach der Auswertung der einen wird der Landesverband somit gleich den Blick auf die nächste Wahl richten: Der Urnengang zum EU-Parlament und zum sächsischen Landtag steht für 2019 an. Es gibt bis dahin noch viel programmatische Arbeit, um Inhalt und Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre zu klären. Auch ist das Profil der ÖDP hierzulande noch zu schärfen, um bei regionalen und lokalen Themen klare Kante zu zeigen. Zum Beispiel muss der weitere Braunkohleabbau in der Lausitz schnell gestoppt werden. Damit wird sowohl der CO₂-Ausstoß deutlich verringert als auch der Verlust der von der sorbischen Minderheit bewohnten Landschaft und der sorbischen Identität beendet. Im einzigen Bundesland, in dem eine AfD drei Direktmandate und zum Teil Zweitstimmenergebnisse um die 40 % erreicht hat, ist schließlich diese Tatsache Ansporn genug, um mit ganzem Einsatz für „Mensch und Umwelt vor Profit“ zu arbeiten. Neue Mitglieder in der ÖDP, die hieran mitwirken wollen, sind herzlich willkommen!

*Kontakt: ÖDP Sachsen
Zur Pappel 8, 01728 Bannnewitz
Tel.: (03 51) 417 28 21, info@oedp-sachsen.de
www.oedp-sachsen.de*

Großer Erfolg!

Eine professionelle Kampagne bringt der ÖDP im Wahlkreis 226 das beste Bundestagswahlergebnis.

von Rosi Hutter

Noch nie wurde ein ÖDP-Bundestagswahlkampf im Wahlkreis 226 (Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen) so intensiv geführt wie im Jahr 2017. Seit Jahrzehnten ist dieser durch die CSU im Bundestag vertreten.

Als Glücksfall erwies sich die Auswahl der Direktkandidatin Dr. Maiken Winter, die zuvor noch nicht im Wahlkreis bekannt war. Maiken Winter ist Biologin und hat sich dem Klimaschutz verschrieben. Mit dem von ihr gegründeten Verein „WissenLeben“ hat sie Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit gesammelt. Mit großer Leidenschaft für die Themen der ÖDP und riesigem Engagement vertrat sie ihre Überzeugungen in der Öffentlichkeit. Ihr individuell gestaltetes Kandidatenplakat zeigte die sympathische Kandidatin bei ihrer Tätigkeit: in einer Iriswiese, ausgestattet mit einem Fernrohr. Der dazu passende Slogan war „Politik mit Weitblick“.

Doch eine Person alleine macht noch keinen Wahlerfolg aus. Als äußerst fruchtbar gestaltete sich die intensive Zusammenarbeit eines Wahlkampfteams aus beiden Kreisverbänden. Schon zu Jahresbeginn gab es erste Treffen. Gemeinsam wurden verschiedenste Veranstaltungen organisiert, z.B. Filmvorführungen von „Power to Change“, bei dem es um konkrete Lösungsansätze für die Energiewende geht, mit anschließenden Filmgesprächen. Ein Protagonist des Films, der Top-Unternehmer Amir Roughani,



V.l.: Rolf Beuting (Vorsitzender KV Garmisch-Partenkirchen), Dr. Maiken Winter (Direktkandidatin), Agnes Edenhofer (Vorsitzende KV Weilheim-Schongau)

hielt einen sehr gut besuchten Vortrag zum Thema „100 % Erneuerbare Energie bis 2030 – die Energie-

Ihr individuell gestaltetes Kandidatenplakat zeigte die sympathische Kandidatin bei ihrer Tätigkeit.

wende kommt, trotz Trump, Merkel & Co.“. Quasi nebenbei kamen bei den Veranstaltungen auch die nötigen Zulassungsunterschriften für die Direktkandidatin zusammen.

Als Renner erwies sich die entwickelte Kampagne „Mensch vor Auto“: Der Garmisch-Partenkirchener ÖDP-Kreisvorsitzende Rolf Beuting ist Bürgermeister des Mark-

tes Murnau. In seinem Amt wird er regelmäßig mit Beschwerden von Bürgern über Raser in den Wohngebieten konfrontiert. Aus dieser Erfahrung regte er an, Bundesverkehrsminister Dobrindt mittels einer Unterschriftensammlung davon zu überzeugen, Tempo 30 als neue Regelgeschwindigkeit in Orten – ausgenommen Durchgangsstraßen – einzuführen. Dobrindt ist Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 226. An Infoständen und bei einer einwöchigen Radtour der Kandidatin durch den Wahlkreis kamen über 1.000 Unterschriften zusammen, die im Beisein der Presse dem Büroleiter des Verkehrsministers übergeben wurden. Eine flächendeckende Plakatierung mit Themen- und Kandidatenplakaten und die Verteilung von über 50.000 Flyern wurden ebenfalls gestemmt.

Was haben all die Aktivitäten gebracht? In Zahlen ausgedrückt: ein Erststimmenergebnis von 3,5 % im Wahlkreis, Zweitstimmenergebnis 1,6 %. Bei den Erststimmen war dies ein Zuwachs von über 1.500 Stimmen und deutschlandweit das beste ÖDP-Ergebnis!

Das Ergebnis war zum einen erfreulich, andererseits auch ernüchternd: Denn was braucht es noch,

um die guten Themen der ÖDP zu „mainstreamen“?

Welches Fazit kann nach den vielfältigen Aktivitäten der Kreisverbände gezogen werden? Gutes Teamwork macht Spaß und kann sich auch in Zahlen bemerkbar machen. Die Kreisverbände fühlen sich nun gerüstet für den kommenden Landtagswahlkampf. ■

Tiere sind Mitgeschöpfe – kein Produktionsgut!

Die ÖDP-Bundestagskandidatin Christina Flora Aldenhoven machte sich im Bundestagswahlkampf für Tierschutz und gegen Massentierhaltung stark, denn Massentierhaltung schädigt unser Klima, multiresistente Keime gefährden unser Leben und Tiere sind kein lebloses Produktionsgut!

von Prof. Dr. Herbert Einsiedler

Wer ist der weltweit größte Produzent von Klimagasen? Nicht das Auto – nein: die Massentierhaltung. „Die weltweite Fleisch- und Fischindustrie hat einen weit größeren Einfluss auf klima- und umweltschädigende Treibhausgase als sämtliche anderen Abgasemissionen“, so die ÖDP-Bundestagskandidatin Christina Flora Aldenhoven auf mehreren Wahlkampfveranstaltungen der ÖDP.

Die Produktion und der Konsum solcher Fleischmengen wirken sich negativ auf Umwelt und Klima aus. Während rein pflanzliche Lebensmittel direkt verarbeitet und konsumiert werden können, gibt es bei Fleischprodukten Umwege in der Erzeugung. Zur Produktion von einem Kilogramm Schweinefleisch sind rund drei Kilogramm pflanzliches Futter erforderlich. Bei Rindern ist dieser Anteil sogar noch höher.

Die Tierhaltung in diesen Produktionsbetrieben ist nach Aldenhoven ein ausgemachter Skandal. „Erst seit diesem Monat ist es nicht mehr erlaubt, Kühe und Schweine hochschwanger zu schlachten. Schwangere Ziegen und Schafe werden weiterhin zur Schlachtbank geführt. Auch ist die Kastration noch bis 2019 ohne Betäubung erlaubt. Dies führt zu völlig unnötiger Tier-

quälerei.“ Als völlig inakzeptabel bezeichnete es die ÖDP-Bundestagskandidatin, dass Schweine über 100 kg bei uns auf 0,75 Quadratmetern gehalten werden dürfen. Auf dieser Fläche sei für ein ausgewachsenes Tier ein angemessener Tierschutz nicht möglich.

Aldenhoven führte aus, dass immer mehr Antibiotika in der Tierzucht zusätzlich eine gefährliche Zunahme von Antibiotika-Resistenzen verursachen. „Gelingt es nicht, die Infektionsgefahr durch multiresistente Keime in den Griff zu bekommen, steht der Menschheit 100 Jahre nach der Entdeckung der Antibiotika durch Fleming der Weg in ein ‚postantibiotisches Zeitalter‘ bevor. 75 % aller in Deutschland verabreichten Antibiotika würden



Christina Flora Aldenhoven

an Tiere verfüttert – nur 25 % von Menschen eingenommen. Erforderlich zum Schutze der Menschen sei ein Stopp der unnötigen und nicht indikationsgerechten Verordnung von Antibiotika, fordert die Studentin der Medizin.

Die intensive industrielle Massentierhaltung macht einen massiven Antibiotika-Einsatz erforderlich und führt zu unerträglichem Leid für Tiere. „Tiere sind Mitgeschöpfe – kein lebloses Produktionsgut“, so Aldenhoven. Das Grundsatzprogramm der ÖDP proklamiert: „Das in seiner Leidensfähigkeit dem Menschen nahe stehende Tier hat ein Recht auf artgerechte Haltung“, und befürwortet den Rückgang des Fleischkonsums aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes. ■



Foto: Matee Nuserm/shutterstock.com

Foto: ÖDP-Bundespressestelle

„Quo vadis, JÖ?“ Diskussionen anregen

Nico Riedemann und Nadine Schuller sind aktuell Praktikanten im Brüsseler EU-Büro. Sie machen sich intensiv Gedanken um die politische Arbeit der Jungen Ökologen, die Jugendorganisation der ÖDP, und wollen eine diskursivere und streitbarere JÖ.

von Nico Riedemann und Nadine Schuller

Im Zuge der „Nach-der-Wahl-Depression“ unterhielten wir zwei Praktikanten, Nico und Nadine, uns über die Zukunft der ÖDP und der Jungen Ökologen. Persönliche Erfahrungen zeigen uns immer wieder, dass die ÖDP in vielen Bereichen durchaus attraktiv für junge Wähler ist, aber einige Standpunkte dennoch als „No-Go“ eingestuft werden. Im Gespräch mit FreundInnen oder InteressentInnen wurden und werden wir häufig damit konfrontiert, ein konservativer Abklatsch der Grünen zu sein. Bei vielen Themen seien wir zu rückständig. Prominente Beispiele: Ehe für alle, Legalisierung von Cannabis, Position zur Abtreibung ... Diese Positionen, oder teilweise nur die öffentliche Wahrnehmung, machen es uns unheimlich schwer, ökologisch denkende gleichaltrige Menschen von einem Engagement in der ÖDP zu überzeugen.

Daher ist es vielleicht an der Zeit, bei den JÖ anzufangen und neue Entwicklungen zuzulassen. Um eine aktive Mitarbeit für potenzielle JÖler attraktiver zu machen, sind neue Konzepte der Mitwirkung wie beispielsweise das Initiativprinzip (<https://tinyurl.com/y9kc7hzs>) der neu aufgekommene Partei „Demokratie in Bewegung“ denk-



Nadine Schuller



Nico Riedemann

bar. Die Möglichkeit, unkompliziert und dennoch demokratisch legitimiert ohne physische Anwesenheit eigene Ideen einzubringen, ist einer unserer Vorschläge, die wir versuchen möchten, bei den JÖ umzusetzen. Das ist ein niedrigschwelliges Angebot, welches InteressentInnen

„Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.“

Mahatma Gandhi

zur Mitarbeit motivieren und so ohne direkten Parteieintritt an die JÖ heranführen kann. Auf diese Weise kommen wir auch den Menschen unserer Generation entgegen, die örtlich nicht gebunden und viel unterwegs sind beziehungsweise Schwierigkeiten haben, sich einem Verband zuzuordnen.

Was die Zukunft der JÖ betrifft: Eine Jugendorganisation einer Partei ist dazu da, auch mal unangenehme Themen anzusprechen oder eine Gegenposition zur Bundespartei einzunehmen, ja vielleicht sogar, sich etwas zu reiben. Das Problem: Unsere Meinung ist bisher selten sichtbar. Weder auf der Internetseite noch auf Flyern oder sonstigen Kommunikationskanälen gibt es inhaltliche Stellungnahmen zu aktuellen Debatten bis auf den Gelben

Sack (<https://tinyurl.com/yclp94rd>). Das wollen wir nun ändern: Wir bringen uns zu wenig ein, weder in der Öffentlichkeit noch innerparteilich, sind kaum auf Bundesparteitagen vertreten. Genau das ist aber notwendig, wenn wir die ÖDP voranbringen wollen. Eine Möglichkeit, die Motivation zur aktiven Mitwirkung zu steigern, wäre

beispielsweise, Delegierte über eine eigene Liste anteilmäßig an der Mitgliederzahl auf den Bundesparteitagen stellen zu dürfen.

Dies ist sowohl ein Aufruf an alle jungen Menschen in der ÖDP und den JÖ, sich einzubringen, sich mehr zuzutrauen, als auch ein Ap-

pell an die erfahreneren ParteikollegInnen, sich diese Ideen anzuhören und offen darüber zu diskutieren. Wir hoffen, dass Ihr, liebe ParteikollegInnen und Delegierte, diese Ambitionen auf dem nächsten Bundesparteitag auch in Form von Anträgen und Diskussionen erleben werdet. ■

„Quo vadis, ÖDP?“ Nach der Wahl ist vor der Wahl

In Nordrhein-Westfalen hatte die ÖDP in diesem Jahr zwei große Wahlen zu bestreiten – Bundestags- und Landtagswahl. Die Ergebnisse waren nicht durchweg zufriedenstellend. Nun gilt es dennoch, den Blick nach vorne zu richten.

Liebe Ökodemokraten,
Unterstützer und Freunde,

dem Ergebnis der Bundestagswahl hatten wir entgegengefeuert. Monate der Vorbereitung und wochenlangem, intensiver Wahlkampf haben uns begleitet. Das Ziel: 0,5 % für die ÖDP bundesweit.

In Nordrhein-Westfalen war die Doppelbelastung und Anspannung von Landtagswahl und Bundestagswahl seit Ende 2016 allgegenwärtig. Durch die vorgezogene Landtagswahl in Niedersachsen stehen die Kolleginnen und Kollegen vor Ort noch immer mitten im Wahlkampf und haben es während und trotz aller Strapazen geschafft, den Wahltritt in Niedersachsen zu sichern. Hierfür verdienen sie als sogenannter kleiner Landesverband große Anerkennung!

Viele neue Landesverbände haben seit Langem in diesem Jahr überhaupt wieder erstmals an einer überregionalen Wahl teilgenommen. Danke für diesen für uns als ÖDP wichtigen und großen Einsatz!

Ja, das Jahr 2017 war und bleibt spannend für die ÖDP. Und doch bleibt ein Gefühl von: „Hätten wir die 0,5 % unter Einsatz anderer Mittel doch noch erreichen können?“

Vierorts wird spekuliert, analysiert und protestiert. Aber wir stehen inmitten einer gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes,

in der es vielen Wählerinnen und Wählern darum ging, die AfD aus dem Bundestag fernzuhalten. Die daraus resultierende Wahlentscheidung trug auch dazu bei, dass die ÖDP das erhoffte Ziel von 0,5 % nicht erreicht hat. Die ÖDP sollte dem Wählerwillen nach nicht mit in den Ring geworfen werden und verpasste dadurch auch die staatliche Parteienfinanzierung. Die Bevölkerung entschied sich für politische



Benjamin Jäger

Sicherheit oder – besser gesagt – das Altbekannte. Dieses Phänomen ist nicht neu bei Bundestagswahlen.

Was mich und viele andere aber dazu motiviert weiterzumachen, ist der Umstand, dass etwa 20.000 Menschen mehr sich bei dieser Wahl für eine wahrhaft ökologische Alternative entschieden haben.

Über 144.000 Menschen haben mit ihrer Stimme ein Zeichen gesetzt und uns damit eine Botschaft mit auf den Weg gegeben: „Euer Weg ist wichtig und richtig. Führt diesen Weg weiter!“

Ein weiterer Erfolg sind die vielen neuen Mitglieder, die sich unserer Partei angeschlossen haben. In Nordrhein-Westfalen sind es seit Januar dieses Jahres 13 %.

Unsere Aufgabe ist es nun, den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler weiter voranzutreiben. Der Auftrag, eine wirkliche ökologische Alternative zu sein und uns nicht von Ewig-Gestrigen übermannen zu lassen. Die ÖDP muss nun mehr denn je in die Zukunft blicken und die alten und neuen Kräfte bündeln, um zukünftig stark und geschlossen für ihre Ideale einzutreten.

Wir haben das beste Programm und müssen uns nicht verstecken.

Lasst uns das Beste daraus machen und unsere Arbeit in den Kommunen, im Europaparlament und in unserem eigenen Wirkungskreis ausbauen. ÖDP is coming soon!

Mit ökologischen Grüßen,
Benjamin Jäger
Landesvorsitzender ÖDP NRW

Sommer, Sonne, Brüssel!



Die Jungen Ökologen besuchten Ende August den Europaabgeordneten Prof. Klaus Buchner im Europaparlament.

von Karolina Walsleben

Vom 30.08. bis zum 03.09.2017 fand eine Fahrt der Jungen Ökologen nach Brüssel statt. 19 Junge Ökologen aus ganz Deutschland reisten auf Einladung von MdEP Prof. Klaus Buchner in die „EU-Hauptstadt“, um dort die Stadt zu erkunden und – viel wichtiger – Europapolitik live zu erleben.

Am Mittwoch reisten wir selbstständig alleine oder in Gruppen mit dem Zug oder – wie es sich gehört – in Fahrgemeinschaften mit dem Auto an. Untergebracht wurde man in Gruppen in kleinen Ferienwohnungen. Nach der Ankunft traf man sich zum gemeinsamen Abendessen, bei dem auch Prof. Buchner dabei war. So konnte man sich kennenlernen und die nächsten Tage besprechen.

Den Donnerstag verbrachten wir im EU-Parlament. Es war natürlich kein Wunder, dass man nur von Mitarbeitern hineingebracht werden konnte und durch Sicherheitsschleusen musste. Wir konnten dann bei zwei Ausschusssitzungen vorbeischauen. Das Spannende ist, dass alle Reden und Wortmeldungen simultan in die EU-Sprachen übersetzt werden. Auch auf den Gästebänken gab es Kopfhörer, an denen man sich eine Sprache einstellen konnte.

Nach einem gemeinsamen Essen in der Kantine hatten wir noch eini-

ge Freizeit und konnten auf eigene Faust oder in Gruppen das Gebäude erkunden. So hatte man beispielsweise aus den oberen Stockwerken eine gute Sicht über Brüssel. Wir konnten auch einen Blick in Prof. Buchners Büro werfen. Später stand dann noch ein „Pflichtter-



Im „Europäischen Haus für Geschichte“ konnte man in einem Panoramafilm über die verschiedenen Seiten Europas staunen.

min“ im Besucherzentrum an. Uns wurde der Plenarsaal gezeigt und ein Referent erzählte etwas aus dem komplizierten Parlamentsalltag. So denkt man zum Beispiel nicht daran, dass jeder (Richtlinien-)Entwurf in alle möglichen Sprachen übersetzt werden muss. Die Texte

müssen dennoch juristisch und inhaltlich korrekt sein, sodass man sich vorstellen kann, dass diese Arbeit sehr aufwendig ist. Im Anschluss hatten wir noch etwas Zeit mit Prof. Buchner, der von interessanten Details aus seinem Alltag erzählte und Fragen beantwortete.

Die verbleibende Freizeit nutzte dann jeder anders. Wir wanderten durch Brüssels Straßen und entdeckten ganz zufällig einen Unverpackt-Laden. Am Abend ließen wir den Tag in großer Runde an der Place du Luxembourg ausklingen, wo tatsächlich jeden Donnerstag „Lobbyisten-Treffen“ in Bars und Restaurants stattfinden, für die sogar die Straße gesperrt wird.

Am Freitag stand ein Museumsbesuch an. Wir besuchten das

ausgelassen. Wir bemühten uns, einen kritischen Blick auf das heutige Europa zu behalten. Wie uns auch Prof. Buchner zuvor bestätigt hatte, tun sehr viele Abgeordnete leider nicht alles, was in ihrer Macht steht, um EU-weit oder gar weltweit Missstände aufzuheben oder zu mindern.

Nach einer Mittagspause besuchten wir das Büro der NGO (Non-governmental organization) „Transport and Environment“ („T&E“). Dort berichtete ein Mitarbeiter von den Zielen und der Arbeitsweise der Organisation. Wir erfuhren, dass Green Lobbying notwendig ist, um etwas gegen die konventionelle Industrielobbyarbeit ausrichten zu können. Danach schlenderten wir gemeinsam durch das hübsche Viertel „Marolles“.

Der Sonnabend stand zur freien Verfügung. Ob in kleinen Gruppen oder alleine, jeder tat und sah sich an, wonach ihm der Sinn stand. Meine Gruppe nutzte den Tag zum ausführlichen Sightseeing. So besuchten wir die Kathedrale und die berühmte Grand-Place, den großen Marktplatz mit dem prächtigen Rathaus. Um eine belgische Waffel kamen wir nicht herum. Wir fanden nach einiger Suche das „Manneken Pis“ und sahen uns dann noch in den kleinen Gässchen um. Wir fanden auch einen weiteren großen Unverpackt-Biomarkt.

Am Abend fanden wir uns wieder mit der ganzen Gruppe in einer gemütlichen Bar zusammen und ließen den Tag – und leider auch schon die ganze Reise – ausklingen.

Am Sonntag ging es zurück nach Bayern, Niedersachsen, Berlin oder auch weiter weg.

Wir danken ganz herzlich für die Möglichkeit, nach Brüssel zu reisen und einen Einblick in die Vorgänge in der EU zu bekommen. ■

Bundesverfassungsgericht rügt Bundestag

Die ÖDP sieht sich im Kampf für schärfere Kontrollen der Parteienfinanzierung bestätigt. In seinem jüngsten Urteil zur „verschleierte Wahlkampffinanzierung der Bundestagsparteien durch ihre Fraktionen“ kommt das Bundesverfassungsgericht einstimmig zu folgendem Schluss: „Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Einsatz von Abgeordnetenmitarbeitern sich öffentlich weitgehend



Werner Roleff

nicht nachvollziehen lässt. Zugleich führen die ... Überschneidungen zwischen der Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats im Wahlkreis und der Beteiligung am Wahlkampf zu einer in hohem Maße missbrauchsanfälligen Situation.“

Geklagt hatte der Staatsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, der die ÖDP bereits mehrfach erfolgreich in Karlsruhe vertreten hat. Zwar ist seine Wahlprüfungsbeschwerde diesmal formal zurückgewiesen worden, doch in der Sache haben ihm die Richter unter Vorsitz von Präsident Prof. Dr. Andreas Voßkuhle Recht zugesprochen.

„Eigentlich geben die Verfassungsrichter den Bundestagsparteien jetzt eine schallende Ohrfeige“, so Werner Roleff, Vorsitzender der ÖDP Köln und – als früheres Bundesvorstandsmitglied – mehrfach als Prozessbeobachter der ÖDP beim Bundesverfassungsgericht dabei, u.a. bei der erfolgreichen Klage gegen die 3-%-Hürde bei Europawahlen. „Denn“, so Roleff weiter, „das höchste deutsche Gericht nimmt in der kritischen

Bewertung der Finanzpraktiken kein Blatt vor den Mund. Immerhin spricht es von der ‚besonderen Missbrauchsanfälligkeit‘ beim Einsatz von Fraktionsmitarbeitern im Wahlkampf“.

So kann auch Prof. von Arnim diese Entscheidung durchaus als Erfolg für sich verbuchen, fordert doch das Bundesverfassungsgericht höhere Transparenz und bessere Kontrollen. Damit liegt es voll und ganz auf

der Linie der ÖDP, die seit Jahren die verdeckte Parteienfinanzierung über Fraktionskassen kritisiert und sowohl transparente Strukturen als auch eine grundlegende Neuordnung der Parteienfinanzierung fordert.

Das Gericht spricht nun davon, dass die bisherigen Regelungen unzureichend sind und es Ergänzungen im Abgeordnetengesetz braucht – leider ohne selbst konkrete Vorgaben zu machen. Außerdem solle die Verwendung der zur Verfügung stehenden (Finanz-) Mittel nachvollziehbarer Kontrolle unterliegen.

Werner Roleff: „Damit hat der neue Bundestag schon einige wichtige Hausaufgaben bekommen – noch bevor er sich konstituiert hat. Ob, wann und wie er diese Aufgaben lösen wird, bleibt abzuwarten. Die ÖDP jedenfalls wird kritisch verfolgen und beobachten, ob hier nicht der Bock zum Gärtner gemacht wurde.“

Das komplette Urteil unter: www.bundesverfassungsgericht.de; Aktenzeichen: 2BvC 46/14



Viele Aktive haben zusammengeholfen, um das wichtige ÖDP-Projekt zum Erfolg zu führen. Die Grünen haben sich lange gegen das Bürgerbegehren ausgesprochen und sind erst in letzter Minute kurz vor Abschluss der Unterschriftensammlung dem Anti-Kohle-Bündnis beigetreten.

Foto: ÖDP München

„Raus aus der Steinkohle“

Der Bürgerentscheid in München war ein voller Erfolg. Die ÖDP hat 52.000 Unterschriften gesammelt!

von Ben-Said Sharif Samani

Nach zwei Jahren ist es geschafft: In einem nervenaufreibenden Endspurt hat das von der ÖDP initiierte Bündnis „Raus aus der Steinkohle“ die letzten nötigen Unterschriften für einen Bürgerentscheid gegen den Steinkohlemeiler des HKW Nord in Unterföhring am 5. November gesammelt.

Das städtische Münchner Kohlekraftwerk bläst pro Jahr über 2 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft und ist damit für mehr CO₂-Emissionen verantwortlich als alle Autos und Lkws im Münchener Stadtverkehr zusammen. Die Stadtwerke München produzieren mithilfe des Kraftwerks hochgiftiges Quecksilber und

importieren Steinkohle aus den USA, Sibirien und Tschechien. Die große Koalition im Münchner Rathaus ist damit indirekt für die beim

Abbau entstehenden Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und lassen die Stadtwerke I dennoch mit dem Slogan „100% erneuerbar“ werben.

Mehr als genug Gründe also, eine schnellstmögliche Stilllegung zu verlangen. Leider sträubten CSU, SPD, FDP, Bayernpartei, Rechte und

Grüne sich dennoch lange gegen die längst überfällige Entscheidung und Forderung von ÖDP und LINKE. Selbst wenn die Grünen sich fünf Tage vor Abgabeschluss der Unterschriftenlisten doch noch an die Farbe in ihrem Parteilogo erinnerten und dem Bündnis beitraten, wehren sich CSU und SPD bis heute gegen die Abschaltung. Letztlich werden es also die Münchner Bürger und Bürgerinnen sein, die mithilfe der direkten Demokratie

Bürgernahe Klimapolitik hat in München einen farbigen Namen bekommen und der lautet: ÖDP.

und ihrer Stimme auch darüber entscheiden, ob die Stadt ihre Klimaziele einhalten kann.

Die ÖDP hat den größten Teil der 52.000 Unterstützerunterschriften gesammelt – neben den Unterschriften zur Bundestagswahl. Die Mobilisierung hierfür war eine organisatorische Meisterleistung.

ÖDP-Mitglieder aus ganz Bayern kamen zum Sammeln zu Hilfe. Auch der Europaabgeordnete Klaus Buchner kam zum spannenden Sammelfinale. Fünf Tage vor Abgabeschluss fehlten ÖDP & Co. noch 3.000 Unterschriften. Michael Schabl, Thomas Prudlo und das Sammelkernteam gaben nicht auf und schafften es mithilfe von 50 ÖDPlern und vielen über das Internet Mobilisierten, binnen eines Wochenendes 7.000 Unterschriften in München zu sammeln – und das teils bei Nieselregen.

Diese Leistung zeigt die Kampagnenstärke der Münchner ÖDP und dass mit dem Thema Steinkohle und saubere Luft ein Nerv getroffen wurde. Hiermit wurde die ÖDP eindeutig zur Klimaschutzpartei Nummer eins!

Bürgernahe Klimapolitik hat in München einen farbigen Namen bekommen und der lautet: ÖDP.

Unabhängig davon, wie der Bürgerentscheid am 5. November ausgeht, ist es angebracht, sich schon an dieser Stelle zu bedanken. Bei all den Bündnispartnern, die seit zwei Jahren engagiert für Münchens saubere Luft kämpfen. Bei all den Aktiven, die an der Sammelfront aktiv waren. Bei Markus Raschke, der dafür sorgte, dass niemand vergisst, wofür er seinen Samstagabend opfert (Sammeln!). Bei Thomas Prudlo, der eine Truppe von chaotischen Umweltschützern organisiert, koordiniert und immer wieder eine Richtung vorgibt. Und natürlich bei Michael Schabl und Klaus von Birgelen von der ÖDP, den Initiatoren des Bürgerbegehrens, die die ganze



Stadtverbandsvorsitzender Thomas Prudlo

Foto: ÖDP München

Zeit über mit Herzblut bei der Sache waren. Mehr Informationen unter: www.raus-aus-der-steinkohle.de



Ökologisch-Demokratische Partei

MACH DEIN DING!



The Greens | European Free Alliance
in the European Parliament



Pressearbeit & politische Events planen und leiten

6.-8. APRIL 2018

ANMELDUNG & INFO	klaus.buchner@europarl.europa.eu	Anmeldeschluss: 1. März 2018
PROGRAMM	Workshop „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“, Workshop „Organisation von Veranstaltungen“, Workshop „Vorbereitung der Moderation“, Workshop „Rhetorik und Körpersprache“, Vortrag mit Diskussion	
ZIELGRUPPE	Junge, engagierte Menschen und die, die sich gerne gesellschaftlich und politisch beteiligen würden, aber noch nicht wissen, wie.	
VERANSTALTER	EU-Büro des Abgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner Die Veranstaltung ist kostenlos. EU-Büro, Ebelingstr. 8, 10249 Berlin	

Bildrechte: flyinger

25-jähriges Bestehen

Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.



Das Hambacher Schloss, die „Wiege der Demokratie“, bot das geeignete Ambiente für die Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V. am 10.09.2017.

Stiftungsvorsitzender Hans-Joachim Ritter begrüßte zu Beginn die Ehrengäste, u.a. den früheren Bundesumweltminister und Bundesbauminister sowie Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms UNEP, Prof. Dr. Klaus Töpfer, die rheinland-pfälzische Umweltministerin und „Ökologia 2017“, Ulrike Höfken, die „Ökologias“ 2004, 2006 und 2010, Margit Conrad, Staatsministerin a.D., die Ehrenvorsitzende des BUND Deutschlands, Prof. Dr. Angelika Zahrt, und Staatssekretärin a.D. Jacqueline Kraege, ferner den stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungskuratoriums, den ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner sowie die Kuratoriumsmitglieder Prof. Hans See und den Speyerer Oberbürgermeister Hansjörg Eger, außerdem die ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und den südpfälzischen Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas Gebhart.

Ritter schilderte, wie alles angefangen hat, nämlich nach einer ÖDP-Bundesvorstandssitzung in Freiberg/Sachsen, als er Bundesvorsitzender war, und gab einen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten seit Bestehen der gemeinnützigen Organisation. Über 200 Tagungen, Vorträge und Bildungsreisen haben stattgefunden. Darüber hinaus konnten Projekte wie die Energieagentur Speyer-Neustadt/



V.l. n.r.: Michael König, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Ulrike Höfken, Umweltministerin von Rheinland-Pfalz und „Ökologia 2017“, Prof. Dr. Klaus Töpfer und Stiftungsvorsitzender Hans-Joachim Ritter.

Südpfalz oder „Klimawandel-Lernen RLP – BauGB“ realisiert werden. Weitere Projekte seien in Vorbereitung. Vergleiche man die Umweltsituation im Jahr 1992 mit der heutigen, habe sich nicht allzu viel geändert. Inzwischen würden allerdings die Erkenntnisse der zunehmenden Erderwärmung ernster genommen als damals, allerdings würde beim Klimaschutz noch viel zu wenig geschehen. Beispielsweise habe die Bundesregierung beschlossen, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 %, bezogen auf das Jahr 1990, zu reduzieren. Bis 2016 sei jedoch lediglich um 28 % reduziert worden. Der Stiftungsvorsitzende sieht noch wichtige Zukunftsaufga-

ben für die Stiftung, da die Themen Ökologie und Demokratie nach wie vor große Herausforderungen darstellen. Auch sei die angestrebte Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft noch nicht verwirklicht. „Die Schöpfung zu bewahren, ist und bleibt unsere Daueraufgabe“, stellte Hans-Joachim Ritter abschließend unter großem Beifall fest.

Umweltministerin und „Ökologia“ Ulrike Höfken würdigte in ihrem Grußwort die Arbeit der Stiftung und ihres Vorsitzenden und dessen Frau sowie die große Lebensleistung des Preisträgers Prof. Dr. Töpfer.

Der Geschäftsführer der Landesenergieagentur, Thomas Pensel,

überreichte dem Stiftungsvorsitzenden eine Plakette über die Energiewoche, in der auch die Jubiläumsveranstaltung stattfand. Er betonte die gute Zusammenarbeit zwischen den Energieagenturen RLP und Speyer-Neustadt/Südpfalz der Stiftung, zwischen denen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen worden sei.

Dr. Thomas Gebhart, südpfälzischer CDU-Bundestagsabgeordneter, lobte das vorbildliche Engagement des Ehepaars Ritter und die gute Arbeit der Stiftung. Auch begrüßte er die Auszeichnung von Prof. Dr. Töpfer mit dem Preis „Goldener Baum“.

Der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Michael König, würdigte die Lebensleistung von Prof. Dr. Klaus Töpfer in seiner Laudatio. Er beschrieb Töpfers wichtigste Stationen seines Lebens sowie seine politischen Erfolge.

Anschließend erfolgte die Preisverleihung des „Goldenen Baumes“ an Prof. Dr. Klaus Töpfer durch den Stiftungsvorsitzenden Hans-Joachim Ritter und Umweltministerin Ulrike Höfken als „Ökologia 2017“. Prof. Dr. Klaus Töpfer dankte anschließend in seiner Rede für die Auszeichnung und beglückwünschte die Stiftung für ihr 25-jähriges erfolgreiches Wirken.

In seiner Rede zog er einen weiten Bogen der Themen, die heute Handeln erfordern, und er begründete den Zusammenhang von Ökologie und Demokratie. Ökologische Maßnahmen, die nicht demokratisch legitimiert seien, könnten nicht verwirklicht werden. Er sei ursprünglich ein Anhänger der Kernkraft gewesen. Doch jetzt sei es wichtig, die Energiewende umzusetzen. Deutschland gehe einen Weg, der für die ganze Welt Vorbildcharakter habe.

Die Veranstaltung wurde durch das Duo für Violoncello und Violine von Heidrun Mertes und Carolyn Soo musikalisch umrahmt. Dem Festakt schloss sich ein Empfang an. (pz)

Sehr geehrter Herr Ritter, sehr geehrte Damen und Herren,

25 Jahre Stiftung Ökologie und Demokratie, ein Vierteljahrhundert Beitrag zur politischen Meinungsbildung. Gratulation, herzlichen Dank und ausreichend Kraft für die kommenden Jahre. Die Themen sind längst gesetzt.

Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht an das Buch von Dr. Herbert Gruhl, erschienen 1975, mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik.“ Nachdem der Club of Rome 1972 die „Grenzen des Wachstums“ auf unserer Erde aufzeigte, fragte Dr. Gruhl in seinem Buch nach den noch verbleibenden Möglichkeiten unseres Wirtschaftens. Dieses Buch gilt noch immer als Standardwerk. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel bedankte sich am 15. November 2010 bei Ole von Beust für dessen Arbeit als Präsidiumsmitglied und Umweltbeauftragter der CDU mit einer Ausgabe von Gruhls Bestseller. Vielleicht hätte Angela Merkel das Buch nicht verschenken, sondern selber lesen sollen.

2013, also gut 40 Jahre später, überschreibt der Club of Rome seinen neuerlichen Zustandsbericht mit dem Titel: „Der geplünderte Planet“. Dort heißt es: „Die allmähliche Erschöpfung kostengünstiger mineralischer Bodenschichten stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Zukunft des Wohlstands und des Wirtschaftssystems dar.“ Die Bilanz unserer Politik ist nicht nur aus ökologischer Sicht desaströs, allein der Schrecken bleibt ebenso aus wie ein konsequentes Umsteuern hin zu einer großen Transformation.

Ignoranz, kosmetische Korrekturen, kurzfristige bequeme Lösungen ersetzen die erforderlichen politischen Handlungen nicht. Friedrich Schmidt-Bleek, der Gründungs-Vizepräsident des Wuppertal-Instituts spricht vom „blinden Fleck“ im Bewusstsein der Öffentlichkeit, und die Umweltbewegung ist ratlos, ob sie für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen noch die richtigen Antworten parat hat.

Mensch und Umwelt vor Profit und ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet, nimmt uns alle in die Pflicht. Alles Handeln, egal ob von Unternehmen, Politik oder als privater Mensch, muss folgende Grundsätze erfüllen: Dient es den Menschen? Dient es der Umwelt? Dient es dem Frieden? Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie Mitbestimmung und Transparenz... Mehr braucht eine gelingende Gesellschaft nicht.

In diesem Sinne: Die Herausforderung wächst täglich. Was unsere Gesellschaft braucht, ist Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Verfolgen Sie die Stiftungsgrundsätze weiterhin mit Nachdruck.

Ich verbinde meine Gratulation mit dem Wunsch, dass das zentrale Ziel der Stiftung, nämlich die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die dauerhaft zukunftsfähig ist, bald gelingen möge. Ökologisches und demokratisches Bewusstsein muss mehr denn je gebildet und geschärft werden.

Gabriela Schimmer-Göresz, ÖDP-Bundesvorsitzende

Zusammengestellt von Pablo Ziller

ÖDP: Unternehmensspenden an politische Parteien gefährden unser Gemeinwohl!

(18.09.2017) Vor Kurzem hat die Nichtregierungsorganisation LobbyControl e.V. eine Datenbank der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die der Bevölkerung die Möglichkeit gibt nachzuvollziehen, welche enormen Geldsummen von der Wirtschaft in die Politik bzw. an die politischen Parteien fließen. „Hier zeigt sich überdeutlich: Firmenspenden an politische Parteien demolieren die Arbeit für das Gemeinwohl und den Auftrag des Wählers!“, so Gabriela Schimmer-Göresz, Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die ÖDP arbeitet aktiv für mehr Transparenz, gegen Korruption und verdeckte Parteienfinanzierung. Sie ist seit 35 Jahren frei von Firmenspenden.

Als aktuelles Beispiel nennt Schimmer-Göresz die Spenden der Autolobby an die politischen Parteien. Rund 17 Millionen Euro hätten die Autokonzerne in den vergangenen Jahren an CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne gespendet. „Wen wundert es da noch, dass sich die Autoindustrie stets auf politischen Rückenwind für ihren Abgas-Betrug am Verbraucher verlassen kann?“ Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte dagegen fälschlicherweise kürzlich in der Wahlarena in der ARD behauptet, Unternehmensspenden an Parteien spielten eine immer geringere Rolle aufgrund der Compliance-Regeln der Großunternehmen. „Dies ist absolut falsch! Auch DAX-Konzerne spenden nach wie vor hohe Summen!“, entgegnet Schimmer-Göresz. Die Geldzahlungen hätten sich zudem auf indirekte Kanäle verlagert, was deren Gefahr für das Gemeinwohl aber nicht mildere.

Die ÖDP fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an politische Parteien und steht auch für ein Verbot des Parteien-Sponsoring, zum Beispiel durch Anzeigenschaltung in den Parteimagazinen oder Flächenvermietung auf den Parteietagen. Die Grünen beispielsweise lassen sich ihr Parteimagazin durch Anzeigen von der Verpackungsindustrie sponsern. „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Das Parteien-Sponsoring ist ein wachsender ‚Markt‘, sehr bedenklich und für Unternehmen steuerlich absetzbar“, so Schimmer-Göresz. Auch hier ginge die ÖDP mit positivem Beispiel voran: „In unserer Parteizeitung ÖkologiePolitik gibt es keine Werbung und auf unserem Parteitag darf sich kein Unternehmen präsentieren“, bilanziert Schimmer-Göresz.

ÖDP fordert Maßnahmen für menschenwürdige und bedarfsgerechte Pflege

(20.09.2017) Äußerst irritiert hat der Bundestagskandidat und Experte der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Andreas Roling aus Nordhorn, selbst Krankenpfleger und Lehrer für Pflegeberufe, das plötzliche Interesse der etablierten Parteien an der Reform der Pflege zur Kenntnis genommen. Offensichtlich müsse erst ein junger Auszubildender etwas Stimmung in der TV-Wahlarena machen und in den Sozialen Medien Aufmerksamkeit erzielen, damit sich Kanzlerkandidat Schulz und die Bundeskanzlerin des Themas endlich annehmen. Schon seit Jahren würden die Interessenverbände der Pflege auf die dramatische Situation hinweisen, ohne dass sich wirklich etwas Wesentliches getan hätte. Jetzt so zu tun, als ließen sich die Defizite in kurzer Zeit regeln, mache zwar Hoffnung, so Roling, ziele aber vor allem darauf ab, zusätzliche Wählerstimmen zu sichern.

Nichtsdestotrotz fordert Roling von der zukünftigen Bundesregierung Maßnahmen, um eine qualitativ gute, bedarfsgerechte und menschenwürdige Pflege zu sichern. „Dazu gehört die Einführung einer verbindlichen Personalbemessungsgrenze in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Mindestbesetzungsregel), die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch leistungsgerechte Bezahlung, das Recht auf geplante Freizeit, die Schaffung von Springerstellen und die Förderung von Fort- und Weiterbildung“, zählt Roling auf. Geht es nach ÖDP-Kandidat Roling, dann dürfen Gewinne nur in die pflegebetreffenden Leistungen reinvestiert werden.

„Es darf keine Gewinnmaximierung auf Kosten von Pflegebedürftigkeit und Pflege geben. Hier hätten CDU und SPD schon lange reagieren können“, so Roling. Auch in der Ausbildung müsse sich einiges ändern. Der eklatante Fachkräftemangel in der Pflege lasse sich nicht durch die Abwerbung von Pflegenden aus dem Ausland im großen Stil kompensieren. Nur durch eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe könnte dem akuten Fachkräftemangel entgegensteuert werden. „Daher brauchen wir eine gesicherte Finanzierung der Ausbildung (Abschaffung des Schulgelds) und die Einführung einer bundeseinheitlichen Ausbildungsplatzabgabe, die Einführung einer echten generalisierten

Ausbildung und die Zusammenführung der drei Pflegeberufe sowie eine gesicherte Finanzierung der Praxisanleiterausbildung und eine finanzierte Freistellung in der Praxis“, betont Roling.

ÖDP kritisiert grüne Politik und „grünes“ Programm

(21.09.2017) „Der Versuch der Grünen, in diesem Bundestagswahlkampf das ökologische Thema wieder neu zu besetzen, erscheint angesichts der Regierungspolitik in vielen Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung als Farce“, so der Generalsekretär der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Dr. Claudius Moseler. Er kritisiert beispielsweise die unklare Haltung von Ministerpräsident Kretschmann (Grüne Baden-Württemberg) zum Freihandelsabkommen CETA oder die Zustimmung der Grünen zum Hochmoselübergang in der rheinland-pfälzischen Regierungsbeteiligung. Schwarz-Grün in Hessen baut am Frankfurter Flughafen ein neues Terminal und die Nordwestlandebahn bleibt offen. „Mir ist durchaus klar, dass zur Realpolitik auch Kompromisse gehören. Wenn allerdings zentrale ökologische Themen zur Disposition gestellt werden, dann fragt man sich schon, wofür es die Grünen noch braucht.“ Die ÖDP fordert für die ökologische Politik in unserem Land mehr Klarheit und vor allem mehr Konsequenz.

Die ÖDP will ein anderes Wirtschaften, das natürliche Ressourcen schont, Energie- und Materialeinsatz mindert sowie durch umweltschonende Produktionsweisen und faire Löhne die menschliche Ausbeutung beseitigt. Wirtschaftswachstum zulasten von Mensch und Natur wird abgelehnt. Die Grünen setzen auf ei-

nen „green new deal“ und wollen allein durch moderne technische Möglichkeiten die Umwelt retten, nicht aber durch Einschränkungen des verschwenderischen Lebensstils. „Dies wird aus unserer Sicht nicht ausreichen, um z.B. den Klimaschutz glaubwürdig und wirksam voranzutreiben“, so Moseler. Der Forderung, Klimaschutz und Schutz vor radioaktiver Verstrahlung als eine von jedem Bürger einklagbare Verpflichtung des Gesetzgebers im Grundgesetz festzuschreiben, stehen die Grünen unentschlossen gegenüber, während diese Forderung des Solarenergiefördervereins Deutschland e.V. von der ÖDP geteilt wird.

„Um lobbyfreie Politik machen zu können, müssen Firmenspenden an Parteien verboten werden. Die ÖDP nimmt seit ihrer Gründung keine Firmenspenden an“, so Moseler weiter. Außerdem fordert die ÖDP ein Verbot von Partesponsoring. Die Grünen hingegen nehmen Konzern- und Firmenspenden an. Sie wollen lediglich „entsprechende Regeln auch für das Partesponsoring einführen“ und es nicht grundsätzlich verbieten. Im Wahlprogramm fordern die Grünen ein Europaparlament, welches mehr Kompetenzen bekommen und die Bürgerbeteiligung stärken soll. Fakt ist jedoch, dass die Grünen dem „Lissabon-Vertrag“ zugestimmt haben, der die Demokratie noch weiter einschränkt und lebenswichtige Entscheidungen auf nicht gewählte EU-Instanzen überträgt. Die ÖDP hingegen will Volksentscheide über alle zentralen politischen Fragen und ein starkes EU-Parlament. „Europa braucht mehr Demokratie, damit Europa von den Menschen wieder positiv begleitet wird“, unterstreicht Moseler.

Die ÖDP tritt im Bereich Familienförderung für ein steuer- und sozialabgabenpflichtiges Erziehungsgehalt ein. Eltern sollen Wahlfreiheit haben und somit benachteiligungsfrei entscheiden können, ob sie ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen, in eine Betreuungseinrichtung geben oder eine Tagesmutter anstellen wollen. Außerdem soll es in gleicher Weise auch ein Pflegegehalt geben, wenn es darum geht, Angehörige zu Hause selbst zu versorgen. Die ÖDP hält nach wie vor den Artikel 6 Grundgesetz (Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung) für wertvoll und unverzichtbar. „Für die Grünen ist die Familie offenbar ein Auslaufmodell; dies zeigt sich an der Vorstellung, die Kindererziehung alleine dem Staat zu überlassen“, so die ÖDP.

Abschließend stellt Moseler fest: „Wer Ökologie, Demokratie und Familie stärken und Politik für alle Menschen und nicht nur für finanzstarke Akteure organisieren will, der wählt am kommenden Sonntag ÖDP!“

The image shows a screenshot of the website 'ÖkologiePolitik ÖDP-Journal online'. The header features the site's name in large orange and white text. Below the header, there is a navigation menu with links for 'ARTIKEL', 'THEMA', 'MINIATUR', 'EINE URL', and 'KONTAKT'. The main content area displays a news article with a black and white photograph of a group of people. The article title is 'Interview: „Die Persönlichkeit ist zur Ware geworden“'. To the right of the article, there is a small box with the text 'Ist Tru National'. At the bottom of the screenshot, the website's URL 'www.oekologiepolitik.de' is displayed in white text on an orange background.

Zum Titelthema „Grundeinkommen Pro & Contra“ aus ÖP 173

Kein Bezug zu den gesellschaftlichen Verhältnissen

An der ÖDP-Debatte zum BGE vermisste ich den Bezug zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Privathaushalten der Arbeiterbürger und zur Vermögenssituation in der Wirtschaft.

Zur Einleitung für die Werbung für das BGE hier drei Zahlen:

1) 70 % der Arbeiter sind im Beruf dauerüberlastet laut DGB.

2) Über 60 % haben zu wenig Lohn oder Rente, um ihre fünf Grundbedürfnisse voll bezahlen zu können; sie müssen deutlich verzichten – das sorgt für Dauerärger in den Familien über die Verteilung der Einkommen unter den Familienmitgliedern.

3) Das Geld- und Aktienvermögen der Wirtschaft beträgt zurzeit laut FAZ 6,2 Billionen Euro, aber mindestens 60 % der Arbeiterhaushalte haben keine Chance, Vermögen zu bilden oder zu sparen.

Also darf man schreiben: dass die Wirtschaft in den letzten dreißig Jahren horrendes Vermögen aus Gewinnen angesammelt hat, die durch Ausbeutung und schlechte Entlohnung der Arbeiterbürger gemacht wurden. Wir brauchen also dringend eine große Entspannung in der deutschen Arbeitswelt und einen besseren Lohn. Und Rentenquote, damit die Menschen sich erholen können und gerechtere Verteilung der Reichtümer erbracht wird, zum Wohl des Ganzen: Staat, Volkswirtschaft, Sozialkassen, Menschen!

Dazu nun die Idee: Wir haben 43 Millionen Menschen in Arbeit; 3 Millionen suchen bessere Arbeit und 2,5 Millionen sind arbeitslos. Wenn nun die jetzigen Vermögen der Wirtschaft mit 5 % ein Jahr lang besteuert werden, kommen 300 Milliarden Euro zusammen. Das reicht aus, um alle 20 Millionen Rentner und alle 43 Millionen Arbeitsplätze mit je 500 Euro im Monat zusätzlich zu entlohnen.

Die Wirtschaft wird behaupten, dass sie das nicht bezahlen könne – dann kann gesagt werden: Diese 300 Milliarden Euro sind für die Volkswirtschaft nicht verloren – denn die Arbeiter und Rentner geben dieses Geld ja wieder in die Volkswirtschaft zurück. Über mehr Konsum, Sparen und Anlegen ermöglichen sie, dass mehr Nachfrage und damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden! Dazu kommt: Wegen höherer Einkommen entspannt sich auch die Lage in den Fa-

milien – das wieder bedeutet sinkende Sozialausgaben von Staat und Sozialkassen; somit können die Steuer- und Abgabensätze verringert werden. Es entsteht also ein sich selbst verstärkender guter Kreislauf aus Arbeit, die billiger wird, mehr Konsum und Sparen und damit mehr Geld für Investitionen.

Diese Idee zeigt: Der Effizienz- und Produktivitätssteigerungswahn hat auch der Wirtschaft selbst zwar höhere Gewinne gebracht – aber auch Millionen kranke und kaputte Menschen, die der Volkswirtschaft teilweise oder ganz fehlen als Leistende, weswegen die Gewinne praktisch von den Sozialkassen und dem Staat bezahlt wurden! Dass der Staat das zugelassen hat, das ist der Wachstumsgier geschuldet. Der Staat hätte besser die natürlichen Grenzen der Arbeiterbürger respektiert und die Wirtschaft durch Gesetze gezwungen, diese auch zu sehen und anzuerkennen.

Wenn eine derartige Idee in Deutschland eingeführt würde, würde also auch die Wirtschaft selbst enorm gewinnen: Gesunde und gut bezahlte Menschen aus glücklichen Familien arbeiten viel besser. Dazu kann diese 5%-Idee mit einem Aufbau aller Arbeit gekoppelt werden, die in den letzten 28 Jahren auf Druck der Geldwirtschaft und der Konzerne abgebaut wurde: in Ehrenamt, in Soziales, Ökologie und Politik aller Art, in Familien, Wissenschaft und Bildung, Sport und Kultur usw. Wenn beides dann zu wirken beginnt, dann wird die deutsche Volkswirtschaft nach innen viel stärker sein und gegen externe Schocks viel höhere Widerstandskraft besitzen. Die Wirtschaft würde dann endlich wohl verstehen: dass alles Wirtschaften und Arbeiten ein immerwährender Kreislauf ist und nicht nur dazu dient, Gewinne anzuhäufen. Mensch und Wirtschaft würden beide viele Gewinne aller Art einfahren können; der soziale Frieden und der Zusammenhalt würden gleich gestärkt.

Werner Krebs, 88214 Ravensburg

Zum Artikel „Ignoranz und fehlende Aufklärung“, ÖP 173

Weißer Zonen für die Betroffenen

Vor Kurzem bin ich über meinen Homöopathen in Deutschland auf den Artikel zur Multiplen Chemikaliensensitivität (MCS) gestoßen. Als selbst davon Betroffene habe ich mich sehr über diesen treffenden Bericht gefreut, denn die öffentliche Wahrnehmung der Gesundheitsgefahr durch Schadstoffe und Elektromog-

hinkt leider hinter den realen Fakten weit hinterher. Trotz der rasant steigenden Erkrankungszahlen der Umwelterkrankten schläft die Politik (auch in der Schweiz). Zumind. eine medizinische Mindestversorgung sowie schadstoff- und elektromogarme „Weiße Zonen“ für Betroffene sollten in den Partei- und Wahlprogrammen einen Platz haben, wenn schon nicht ein wesentlich konsequenterer präventiver Schutz für alle möglich ist.

Astrid Falk, 9300 Wittenbach (Schweiz)

Zum Artikel „Das Geschäft auf Kosten der jungen Generation“, ÖP 174

Pauschale Verurteilung digitaler Medien greift zu kurz!

Bereits 1480 wurden u. a. in Venedig die Gefahren des Buchdrucks diskutiert. Werden die vielen verfügbaren Bücher die Menschen nicht komplett verdrücken und alles Wissen oberflächlich machen? Die Argumente des Autors gehen vereinzelt in eine ähnliche Richtung. Der Artikel von Peter Hensinger hat aus Lehrersicht sehr viele Angriffsflächen, ich möchte mich aber auf wenige beschränken.

Sicherlich gibt es kommerzielle Interessen bei der Verbreitung von Tablets an Schulen und diese sind zu hinterfragen und zu reglementieren. Aber der Autor verkennet die Veränderung der Lebenswelt der Schüler, der Medien, des Lehrens und der Schule im Allgemeinen. Selbstverständlich führt die Nutzung digitaler Medien nicht automatisch zu besseren Schülerleistungen. Ebenso wenig tut dies die Nutzung von guten Lehrbüchern. Der Schüler (und der Lehrer) muss diese sinnvoll einsetzen. Dabei dient das Tablet entweder „nur“ als Buchersatz, sinnvoller und effektiver ist es jedoch, die verschiedenen Möglichkeiten zu nutzen: In den Naturwissenschaften kann ein Versuch mit dem Tablet gefilmt werden und im Anschluss von jedem Schüler im selbst gewählten Tempo genau untersucht werden. Im Musikunterricht hat auf einmal jeder Schüler ein vereinfachtes Keyboard, auf dem Liedstrukturen gespielt und veranschaulicht werden können, im Deutschunterricht werden Szenen aus einem Roman gespielt, gefilmt und analysiert, im Erdkundeunterricht lassen sich durch digitale Globen und Satellitenbilder auf einmal Räume erschließen, die man früher nie hätte besuchen können. So ergeben sich in allen Fächern ungeahnte Möglichkeiten, den Unterricht aktuell, relevant und spannend zu gestalten, sodass die Schüler letztendlich mehr lernen.

Natürlich darf dabei das Handwerkszeug – Schreiben und Lesen – nicht vergessen werden. Aber das tun wir Lehrer nicht. Aber das Handwerkszeug hat sich besonders im Alltag verändert. Waren es früher Zettel und Stift, werden diese heute durch eine Tabellenkalkulation und eine Textverarbeitung ergänzt. Auch dies muss in der Schule gelehrt werden. Dafür ist eine schnelle und funktionierende digitale Infrastruktur notwendig und der angesprochene 5-Mrd.-Euro-Zuschuss des Bundes ist zwingend erforderlich.

Elmar Stamm, 26954 Nordenham

Zu den Artikeln „Das Geschäft auf Kosten der jungen Generation“ und „Mit Kultusminister Hans Maier wäre das nicht passiert“, ÖP 174

Schulsystem grundsätzlich mangelhaft

In der letzten Ausgabe des ÖDP-Journals heißt es in der Diskussion um das G9/G8, das bayerische Schulsystem ist nach Ansicht der ÖDP grundsätzlich gut. Obwohl ich überzeugtes Mitglied der ÖDP bin, kann ich diese Ansicht nicht teilen. Zum einen halte ich die Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems für unsinnig. Wir brauchen keine Hauptschulen, die Jugendlichen kaum Perspektiven bieten und sie mehr demotivieren als bilden. Ich halte es generell für unfair, Kinder nach ein paar Jahren Grundschule bereits als minderbegabt auszusortieren. Zudem krankt unser Schulsystem an überbordenden Lehrplänen. Schüler müssen Unmengen an Texten und Zahlen auswendig lernen, die sie nach dem Abfragen sowieso meist wieder vergessen. Dabei lernen sie viel Wesentliches für das tägliche Leben nicht. So wichtige Themen wie Gesundheit und Ökologie werden nur am Rande behandelt. Darum verwundert es auch nicht, dass es nicht mehr ÖDP-Wähler gibt. Es gibt viele gute und engagierte Lehrer, aber wir brauchen einfach bessere Lehrpläne und zum Teil auch andere Lehrmethoden. Grammatikregeln und Vokabellisten pauken z. B. verdirbt nur die Freude an Fremdsprachen. Auch sollte es mehr Projektarbeiten geben, in denen Schüler sich gemeinsam etwas erarbeiten. Darüber hinaus brauchen Kinder und Jugendliche keinen Berg von Hausaufgaben, sondern mehr Zeit für Spiel, Kreativität und Bewegung. Auch die Überdigitalisierung, die mehr und mehr auch in die Schulen vordringt, halte ich für bedenklich. Der Artikel von Peter

Hensinger über digitale Bildung bringt es genau auf den Punkt. Wir können und müssen Schulen besser gestalten. Die ÖDP könnte und sollte einen wichtigen Beitrag hierfür leisten.

Ralf Keilwerth, 84513 Töging am Inn

Zum Bundestagswahlergebnis 2017

Mit der ÖDP aufhören

Als ich vor 27 Jahren – 1990 – in die ÖDP eintrat, war kurz darauf Bundestagswahl. Wir waren (verglichen mit heute) miserabel organisiert, hatten kaum kommunale Mandate. Und bekamen bundesweit 0,4 % Zweitstimmen, in Bayern 1,2 %. Inzwischen sind wir viel besser organisiert, haben Hunderte Mandatsträger, einen Abgeordneten im Europaparlament, mehrere Volksbegehren erfolgreich durchgeführt. Und bekamen 0,3 % Zweitstimmen bundesweit und 0,9 % in Bayern.

Ein altes Sprichwort sagt: „wenn dein Pferd tot ist – steig ab.“ Das Ziel der ÖDP, in den Bundestag oder auch nur in den Landtag zu kommen, halte ich mittlerweile für unerreichbar. Wir haben jahrzehntelang alles versucht, uns den A... aufgerissen, und haben heute weniger Wähler als 1990.

Die ÖDP hat für mich immer noch das beste Programm und die besten Mitglieder aller Parteien, aber in der bundespolitischen Arbeit kann ich angesichts der Wahlergebnisse keinen Sinn mehr sehen. Meiner Ansicht nach wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, als eigenständige Partei aufzuhören. Mit unserem Engagement und unserer Erfahrung könnten wir die anderen demokratischen Parteien unterstützen (die größte programatische Nähe zu uns sehe ich bei den Grünen), für eine lebenswerte Zukunft und gegen die Bedrohung von rechts (AfD).

Dr. Franz Hitzelsberger, 91522 Ansbach

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Januar 2018** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Januar 2018**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommeggasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Eisenacher Straße 17, 80804 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Flora Aldenhoven, Ulrich Brehme, Matthias Dietrich, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Rosi Hutter, Jens-Eberhard Jahn, Benjamin Jäger, Jahn Claude Kohlen, Urban Mangold, Tobias Montag, Dr. Claudius Moseler, Nico Riedemann, Hans-Joachim Ritter, Andreas Rohling, Werner Roleff, Ben-Said Sharif Samani, Gabriela Schimmer-Göresz, Nadine Schuller, Bernhard Suttner, Karolina Walsleben, Dirk Zimmermann

Externe Autoren

Markus Reinisch

Interviewpartner

Dr. Daniele Ganser, Uli Gellermann, Yvonne Hofstetter, Prof. Dr. Dirk Löhr, Prof. Dr. Rainer Mausfeld, Prof. Dr. Jürgen Pfeffer, Prof. Dr. Fabian Thiel

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (030) 49 85 40 50, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
 Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
 Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommeggasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im März 2018

Big Data

Durch die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche hinterlassen wir im Internet immer mehr Spuren, einen „digitalen Fußabdruck“ – genauer gesagt: einen riesigen, rapide wachsenden Berg persönlicher Daten. Mithilfe von intelligenten Algorithmen versuchen Konzerne, Polizei-behörden und Geheimdienste, diesen systematisch zu analysieren. Sie suchen nach Mustern, um verlässliche Aussagen über unser künftiges Verhalten zu erhalten. Wie können und wollen sie diese Erkenntnisse nutzen? Wie verändern sich dadurch unser Alltag, unsere Arbeitswelt, unsere Gesellschaftskultur, unsere Demokratie, unsere bürgerliche Freiheit und rechtsstaatliche Ordnung? Und: Wer überwacht die Überwacher?

TERMINE

Sa. 18.11.2017	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Gerlingen)
Sa. 18.11.2017	Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (in Rosenheim)
Sa. 25.11.2017	Bundesversammlung Junge Ökologen (in Würzburg)
Sa.–So. 20./21.01.2018	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Hirschaid bei Bamberg)
Sa.–So. 5./6.05.2018	Bundesparteitag in Aschaffenburg
So. 06.05.2018	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
Herbst 2018	Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern
Herbst 2018	Landtagswahl in Hessen
Frühjahr 2019	Europawahl



Karikatur: Christiane Prohlmann